Erich Thomas

Der Einfluß der Randbemerkungen Bismarcks und Kaiser Wilhelms II. auf die deutsche auswärtige Politik

1930

Der Einfluß der Randbemerkungen Bismarcks und Kaiser Wilhelms II. auf die deutsche auswärtige Politik

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
einer Hohen Philosophischen Fakultät
der Universität zu Tübingen

Vorgelegt von
Erich Thoma aus Reutlingen

Gedruckt mit Genehmigung
der philosophischen Fakultät der Universität Tübingen

Referent: Prof. Dr. Adalbert Wahl

Tag der mündlichen Prüfung:
1. November 1930.

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Vorwort.

Vorliegende Arbeit legt ihren Untersuchungen ausschließlich die Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes: „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914" zugrunde. Dadurch ist zugleich ihr Vorzug und ihr Mangel begründet. Ihr Vorzug, insoweit, als dadurch ein äußerst günstiges Nachprüfen der aufgezeigten Ergebnisse gewährleistet ist, ihr Mangel, insofern, als durch das dem Werk zugrundeliegende Editions- und Auswahlprinzip viele Schriftstücke, insbesondere der ersten und zweiten Serie, keine Aufnahme gefunden haben, die für die Untersuchung des Einflusses der Randbemerkungen immerhin von Wichtigkeit hätten sein können. Dadurch ist auch im wesentlichen der Umfang der einzelnen Kapitel bedingt.

Bei der Unmenge kaiserlicher Marginalien konnte selbstverständlich eine Untersuchung, die sich auf den ganzen Zeitraum der Regierungszeit erstreckte, nicht in Frage kommen. Die drei behandelten Zeitabschnitte aus der Regierung Kaiser Wilhelms II. mußten auch unter dem Gesichtspunkt der Häufigkeit vorkommender Randbemerkungen ausgewählt werden. Für die Untersuchung wurde in Betracht gezogen die Zeit anfangs der neunziger Jahre, dann um die Jahrhundertwende, und schließlich als letzte die unmittelbaren Vorkriegsjahre.

Für Anregung und Förderung meiner Arbeit bin ich Herrn Professor Dr. Adalbert Wahl zu ganz besonderem Dank verpflichtet.

Inhaltsübersicht.

Vorwort . . . . . :
Einleitung 6

I. **Hauptabschnitt**: Der Einfluß der Randbemerkungen Bismarcks auf die deutsche auswärtige Politik . . .

1. Kapitel: Erster Zeitabschnitt 1873—74.

Trübungen des deutsch-französischen Verhältnisses 1873—74. 10

2. Kapitel: Zweiter Zeitabschnitt 1880—82.

A. Das Drei-Kaiser-Bündnis 1880—82 12

B. Der Erste Dreibundvertrag 1882 14

3. Kapitel: Dritter Zeitabschnitt 1886—87.

Der Zweite Dreibundvertrag 1886—87 21

II. **Hauptabschnitt**: Der Einfluß der Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf die deutsche auswärtige Politik

1. Kapitel: Erster Zeitabschnitt 1890—95.

A. Helgoland-Sansibar Vertrag 1890 25

B. Deutsch-französische Beziehungen 1890 26

C. Die Bedeutung der Orientfragen für die Gruppierung der Mächte 1890—95 26

D. Versuch einer Neugruppierung der Mächte. Graf Goluchowskis Fiasko 1895 31

2. Kapitel: Zweiter Zeitabschnitt 1898—1903.

A. Die Erste Haager Friedenskonferenz 1898 35

B. Zum Burenkrieg 1899—1902 41

C. Die Kaisermächte und die Mazedonische Frage. Das Mürzsteger Reformprogramm 1900—03 48

3. Kapitel: Dritter Zeitabschnitt 1912—13.

A. Die Mission Lord Haldanes nach Berlin und ihre Nachklänge 1912 61

B. Der Erste Balkankrieg 1912 68

C. Die Londoner Botschafterreunion und der Zweite Balkankrieg 1912/13 84

D. Der Dritte Balkankrieg 1913 99

Schlußbetrachtung 102

Quellen- und Literaturangabe 103

Einleitung.

Untersucht man die vielen Bände der Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes auf die Randbemerkungen des Fürsten Bismarck und die viel gelästerten Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II., so ist vor allem der wesentliche Unterschied zwischen Wert und Bedeutung der Randbemerkungen des Fürsten Bismarck und denen Kaiser Wilhelms II. auffällig. Mit Recht haben daher die Herausgeber der Publikation bei der Veröffentlichung der Akten eine unterschiedliche Behandlung der Randbemerkungen Bismarcks und Kaiser Wilhelms II. daraus abgeleitet, „daß die Randbemerkungen Bismarcks von der größten sachlichen Bedeutung sind und durchweg die Direktiven für die weitere geschäftliche Behandlung des Gegenstandes geben, während die Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. größtenteils nur Gefühlsäußerungen und Augenblicksstimmungen sind, die — es mag seltsam klingen, aber es ist so! — nur selten einen Einfluß auf die Politik gehabt haben." *)

Bei der überragenden und einflußreichen Persönlichkeit Bismarcks war es ausgeschlossen, daß seine Untergebenen im Auswärtigen Amt auch nur im entferntesten gewagt hätten, die Randbemerkungen des Fürsten irgendwie abzuschwächen oder sie gar ganz außer acht zu lassen! Darum sind sie auch größtenteils wörtlich in die Erlasse des Auswärtigen Amtes aufgenommen worden.

Anders ist es bei Kaiser Wilhelm II., der bei der Durchsicht der ihm vorliegenden Schriftstücke den Marginalstil Friedrichs des Großen anzuwenden liebte. Da er in der Tat einen sehr großen Teil der auswärtigen Gesandtschaftsberichte gelesen und mit Bemerkungen versehen hat, ist die Zahl seiner Marginalien unübersehbar geworden. Daß darum nicht jede einzelne Randbemerkung bei der Beurteilung auf die „Goldwage" gelegt werden darf, ist selbstverständlich.

Für ein richtiges Verständnis der Marginalien ist eine gerechte Beurteilung der Ausdrucksweise des Kaisers unerläßlich. Die leidenschaftliche Heftigkeit vieler Aeußerungen, sowie die drastischen Epitheta für Freund und Feind haben nur bei Uneingeweihten Verblüffung hervorgerufen, während die charakteristische Stilisierung der Randbemerkungen, die sich durch das impulsive Temperament und den militärisch-drastischen Ton des Kaisers ergab, den amtlichen Lesern der Aktenstücke natürlich längst vertraut war!**)

Großadmiral von Tirpitz, der ja mit dem Kaiser in sehr naher Beziehung stand, schreibt in seinen „Erinnerungen": „.... Um nun aber

*) Friedrich Thimme, Preußische Jahrbücher Bd. 189, 1 (Juli 1922); S. 75.

**) Georg Karo, Kaiserliche Randbemerkungen in „Deutscher Offizier-Bund" Nr. 34 vom 5. Dezember 1928: S. 1356 f.

den geschichtlichen Wert oder Unwert dieser und ähnlicher Augenblickskundgebungen ermessen zu können, muß man den Kaiser sehr genau genau gekannt haben. „Auf meine Randbemerkungen darf man mich nicht festlegen", hat er selber geäußert."*) „Die Marginalien sind zum größten Teil nichts anderes als der impulsive Niederschlag von den Momenteindrücken des Kaisers beim ersten Lesen der Schriftstücke."**) Sie bezweckten oft gar nicht eine politische Aktion und haben deshalb auch keinen Bestandteil der Politik gebildet. Es waren, um mit Friedrich Frekſa zu reden, „Unmuts- oder Beifallsäußerungen aus der kaiserlichen Loge über die Akteure der diplomatischen Welt auf dem Theater unten." ***) Richtig ist, was einer der Herausgeber der Aktenpublikation, Friedrich Thimme, über den Einfluß der Randbemerkungen schreibt. „Die viel berufenen Randbemerkungen des Kaisers zu den Akten sind von dem Auswärtigen Amt keineswegs respektvoll aufgenommen oder zur Grundlage von Entscheidungen gemacht worden. Oft blieben sie unbeachtet, und wenn das nicht anging, so erfolgten Vorstellungen bei dem kaiserlichen Urheber."†) Auch sind sie nicht immer „als unumstößliche Direktiven angesehen", vielmehr häufig als „quantité négligeable"††) behandelt worden. An anderer Stelle sagt er zur Rechtfertigung seiner Editionstechnik: „Dagegen konnten viele Glossen Kaiser Wilhelms II., die nur Gefühlsäußerungen und Augenblicksstimmungen vorstellen, übergangen werden, da sie bei ihrer unpolitischen Natur keinerlei Einfluß auf die amtliche Politik gehabt haben."†††)

Andererseits darf nicht übersehen werden, daß der Inhalt der momentanen Aeußerungen manchmal sehr wertvoll ist, trotzdem die Form oft dabei gelitten hat und jener auffällige Ton in seine Bemerkungen hereingekommen ist, der gelegentlich anstößig wirken konnte. Kaiser Wilhelm II. hat häufig mit gesundem Menschenverstand die Gefahren der Verwicklungen erkannt, die sich aus politischen Handlungen ergeben konnten. Seine Bemerkungen zeugen von einem Instinkt, der „oft im ersten Augenblick das richtige spürte"§), und von einem raschen und klaren Blick, „der mehrfach fast seherisch in die Zukunft drang!"§§)

Gleichzeitig tritt aber die große Frage, die auch dieser Untersuchung zugrunde liegt, in den Vordergrund: Welche grundsätzliche Bedeutung

*) Alfred von Tirpitz: „Erinnerungen" (Leipzig 1919) S. 137.

**) Fr. Frekſa: „Menschliche Rechtfertigung Kaiser Wilhelms II." (München 1920) S. 12; Bethmann Hollweg in einer vom Wolffschen Büro am 13. Dez. (1920? Jahreszahl nicht angegeben!) veröffentlichten Erklärung.

***) Fr. Frekſa: a. a. O. S. 15.

†) Archiv für Politik und Geschichte, 2, 1924, I., S. 33.

††) Archiv für Politik und Geschichte, a. a. O., S. 34.

†††) Große Politik, 1, S. IX. (Große Politik: Abkürzung für: „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914". Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes herausgegeben von J. Lepsius, A. Mendelssohn Bartholdy, Fr. Thimme. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin.)

§) Fr. Stieve: „Deutschland und Europa 1890—1914", S. 35.

§§) E. v. Schmidt-Pauli: „Der Kaiser" (Berlin 1928), S. 169.

für den Gang der Ereignisse ist nun tatsächlich diesen Randbemerkungen beizumessen? Haben seine Randentscheidungen den ihnen gebührenden Einfluß auf die auswärtige Politik gehabt oder sind sie unbeachtet beiseite geschoben worden?

Einen Beitrag zur Beurteilung gibt uns Georg Karo, wenn er sagt: Keine der verantwortlichen Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes „hat die Kraftausdrücke als in vollem Umfang bindende Willensäußerungen des Monarchen aufgefaßt, er selbst hat sie gewiß nicht so gewertet.“*) Alfred von Tirpitz gibt derselben Ansicht in seinen „Erinnerungen“ Ausdruck mit den Worten: „Der Kaiser setzte eben stets voraus, daß seine verantwortlichen Ratgeber seine Aeußerungen prüften und daß sie das dauernd Bedeutsame von bloßen Stimmungsäußerungen zu unterscheiden vermochten. Im allgemeinen nahm auch der Kaiser begründete Einwendungen an. Leider haben die Kabinette den Randbemerkungen des Kaisers zu einer übertriebenen Scheinbedeutung verholfen, indem sie die zu prüfenden Bemerkungen ‚chemisch fixieren‘“.**) Daß die Bemerkungen einen, wie von vielen Seiten behauptet wird, übergroßen Einfluß auf die auswärtige Politik erhielten, war schon verfassungsrechtlich nicht möglich. Herr von Bethmann Hollweg gibt zur Erklärung, daß, „wenn die Marginalien des Kaisers Anhaltspunkte zu politischen Entschlüssen boten“, „diese erst auf Grund anschließender Vorträge und eingehender Erwägungen gefaßt worden“ sind.***) Ja, Staatssekretär von Kühlmann betont gelegentlich, „daß er während seiner Amtszeit die Marginalien keineswegs als Direktiven angesehen habe, sondern lediglich als flüchtigen Ausdruck der Auffassung des Kaisers bei der Lektüre des jeweiligen Berichts, die aber für die endgültige Behandlung der politischen Fragen ohne Konsequenzen gewesen sei.“ †)

Diese Einstellung Kühlmanns zu den kaiserlichen Randbemerkungen mochte wohl für die letzten Kriegsjahre gegolten haben. Wir gingen jedoch viel zu weit, wenn wir dieselben allen Staatsmännern der Regierungszeit Kaiser Wilhelms II. zuschreiben wollten. Staatssekretär von Kiderlen dürfte sich am ehesten dem Standpunkt Kühlmanns genähert haben. Wenn Reichskanzler von Caprivi und sein Staatssekretär von Marschall den Randbemerkungen des Kaisers nicht so kritisch gegenüberstanden wie die Kanzler und Staatssekretäre der späteren Jahre, die sie auf das rechte Maß zurückzuführen verstanden, so dürfte das daher rühren, daß sie noch politische Neulinge waren.

Anders zu beurteilen ist der Einfluß der Randbemerkungen, die der Kaiser in seiner Eigenschaft als oberster Kriegsherr den Schriftstücken beigefügt hat. In diesem Falle war es selbstverständlich, daß die ihnen zukommende Bedeutung in den Akten klar zum Ausdruck gebracht wurde. Oftmals wiederum wurden weniger wichtige Aeußerungen und Glossen,

*) Georg Karo, Kaiserliche Randbemerkungen, a. a. O., S. 1357.
**) A. v. Tirpitz, a. a. O., S. 137.
***) Fr. Freksa, a. a. O., S. 12.
†) E. v. Schmidt-Pauli, a. a. O., S. 12.

die er vielleicht nach schon stattgehabten Besprechungen mit den Ministern angemerkt hatte, aus Höflichkeit gegenüber dem Monarchen formell in die abgehenden Aktenstücke aufgenommen.

Daneben kann aber auch als eines der überraschendsten Ergebnisse der großen Aktenpublikation und Memoirenwerke festgestellt werden, daß der Kaiser insbesondere in späteren Jahren Ratschlägen und Warnungen des Auswärtigen Amtes in weit höherem Maße zugänglich war, als man gemeinhin annimmt, und daß die leitenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes oft eine bemerkenswerte Selbständigkeit gegenüber dem Kaiser gezeigt haben.

Nach den erwähnten verschiedenartigen Auffassungen wird es nun die Aufgabe der vorliegenden Arbeit sein, im einzelnen genau zu untersuchen, wie sich die Randbemerkungen Bismarcks und Kaiser Wilhelms II. in der auswärtigen Politik in Wahrheit ausgewirkt haben!

I. Hauptabschnitt.

Der Einfluß der Randbemerkungen Bismarcks auf die deutsche auswärtige Politik.

1. Kapitel: Erster Zeitabschnitt 1873—74.

Trübungen des deutsch-französischen Verhältnisses.

Zum Verständnis des folgenden seien in Kürze einige wenige Sätze vorausgeschickt, die die politische Lage beleuchten, in der sich Deutschland und Frankreich am Ende des Jahres 1873 befanden. Der Bischof von Nancy ließ in den Kirchen der Diözese Nancy und Toul, auch in den zu Deutschland gehörigen, ein Mandement von den Kanzeln verkündigen, das zu Gebeten für die Wiedervereinigung von Metz und Straßburg mit Frankreich aufforderte. Bismarck will daraufhin bei der französischen Regierung energisch darauf hingewiesen haben, daß es die Pflicht der französischen Regierung sei, derartigen Agitationen ein Ziel zu setzen, wenn sie uns nicht zwingen wollten, unsererseits Vorkehrungen gegen dieselben zu treffen.

Ungehalten ist Bismarck ferner über die provozierende Sprache der französischen Presse! Er ersucht den deutschen Botschafter in Paris, den Grafen von Arnim, er möge den Herzog von Broglie, den französischen Minister des Auswärtigen, darauf aufmerksam machen, daß Deutschland eine solche Sprache unter keinen Umständen dulden könne. Im folgenden Schriftstück berichtet Graf von Arnim von seiner Audienz beim Herzog von Broglie. Arnim habe letzterem gegenüber geäußert: „Die heutigen Grenzen Frankreichs und die politische Verfassung Deutschlands sowie seiner Verbündeten sind in unseren Augen die nicht mehr diskutierbare Basis, auf welcher die europäischen Staaten und Völker ihre internationalen Beziehungen zueinander nach ihren Interessen regeln müssen. Wer diese Basis mit uns ohne Hintergedanken[1] akzepiert, würde in Deutschland eine befreundete, wohlwollende Macht begrüßen können. — Wer nicht — nicht!“*) Bismarck bemerkte dazu am Rande mit Recht: „[1]Zu viel verlangt.“

Aus der darauf am 1. November abgegangenen und von der Hand des Vortragenden Rats Bucher konzipierten Antwort ersehen wir, daß diese und die folgenden Randbemerkungen Bismarcks durch Bucher nahezu wörtlich ausgeführt wurden! Er schreibt dem Grafen, daß er aus dem Gedankenkreis, in dem sich die Erlasse des Auswärtigen Amtes be-

*) Arnim an Bismarck, 17. Oktober 1873, Große Politik, 1, 218 (Nr. 136).

wegen, herausgetreten sei, wenn er dem französischen Minister die Annahme der von ihm vorgeschlagenen Basis zumute. Man könne doch einer Großmacht, die durch den Krieg Teile ihres Gebiets verloren habe, „nicht sobald eine solche Entsagung zutrauen."*) Auch einer anderen Randbemerkung des Fürsten zum Arnimschen Bericht wurde im Erlaß Rechnung getragen. Arnim spricht davon, daß die Situation in Wirklichkeit mehr einem Waffenstillstand gleiche, „welchen Frankreich sich vorbehielte, im ersten günstigen Augenblick zu kündigen",**) wozu des Kanzlers Bemerkung „richtig"**) lautete. Bucher berichtet wortgetreu: „Ew. pp. haben selbst die Situation treffend bezeichnet als einen Waffenstillstand, den Frankreich im ersten günstigen Augenblick zu kündigen sich vorbehält."***)

An anderer Stelle seines Berichts meldet Arnim, daß der Herzog von Broglie den Wunsch ausgesprochen habe, durch irgend einen diplomatischen Akt vor aller Welt zu bekunden, „daß er in Bezug auf die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich ganz die Anschauungen teile[4], welche ich ihm dargelegt hätte."†) Damit ist jedoch Bismarck nicht zufrieden und macht am Rande die Bemerkung: „[4]er muß sie bethätigen". Bucher gibt dies mit folgenden Worten wieder: Wir erwarteten, „daß die friedfertige Gesinnung, welche er als Vertreter Frankreichs ausgesprochen habe, durch ein Einschreiten der französischen Regierung gegen den Bischof von Nancy und gegen die hetzenden Zeitungen betätigt werde."††) Aus dem folgenden Bericht Arnims vom 10. November 1873 †††) über eine Unterredung mit dem Minister erfahren wir, daß er eine scharfe Sprache geführt und seiner Enttäuschung darüber Ausdruck gegeben hat, daß bis jetzt trotz Herzog von Broglies Versicherungen in Wirklichkeit nichts getan worden sei.

Als Beweis für seinen guten Willen läßt der Minister ihn den an den Bischof gerichteten Erlaß sehen und gibt ihm die Zusicherung, daß die Presse angewiesen sei, nichts Deutschfeindliches zu veröffentlichen. Am 31. Dezember 1873 hält der Staatssekretär Bernhard Ernst von Bülow das mit dem französischen Botschafter in Berlin, Vicomte de Gontaud-Biron, Gesprochene in einer Aufzeichnung fest, in welcher der letztere Deutschland des Friedenswillens seiner Regierung versichert und der Hoffnung Ausdruck gibt, durch die getroffenen Maßnahmen Deutschland Genugtuung getan zu haben.§) Auch sprach er „über die schadenstiftende Presse beider Länder, die sanglanten Beleidigungen Frankreichs in den hiesigen Witzblättern und in dem Wunsch, daß in dieser Beziehung beiderseits[1] zur Ruhe gemahnt werden müsse."§§) Randbemerkung Bismarcks: „[1]Bischöfe eingeschlossen?"

*) Bismarck, z. Z. Varzin, an Arnim, 1. November 1873, (dat. Varzin, den 30. Oktober), Große Politik, 1, 220, (Nr. 137).
**) a. a. O., Große Politik, 1, 218 und 220.
***) a. a. O., Große Politik, 1, 220.
†) a. a. O., Große Politik, 1, 219.
††) a. a. O., Große Politik, 1, 221.
†††) Arnim an Bismarck, 10. Nov. 173, Große Politik 1, 221, (Nr. 138).
§) Aufzeichnung Bülows vom 31. Dezember 1873, Große Politik, 1, 225ff. (Nr. 141).
§§) Siehe Anmerkung §): S. 227.

In einer Aufzeichnung vom 6. Januar 1874 schreibt nun Bülow, daß er noch einmal in einem Gespräch mit dem französischen Botschafter diesen darauf hingewiesen habe, daß Deutschland noch nicht befriedigt sei, sondern daß mit gesetzlichen Mitteln insbesondere gegen die Bischöfe vorgegangen werden müsse.*) Ein neues Zirkular der französischen Regierung sprach sich denn auch ganz deutlich gegen die Bischöfe aus unter Vorbehalt weiterer Schritte!

Wenngleich Bismarck auch damit noch nicht zufrieden war, so ersehen wir doch aus dem oben angeführten, in welch hohem Maße Bismarcks Randvermerke auf die Durchführung dieser strittigen Angelegenheit eingewirkt haben.

2. Kapitel: Zweiter Zeitabschnitt 1880—82.

A.

Das Drei-Kaiser-Bündnis 1880—81.

Schon im Sommer des Jahres 1879 hatte der russische Gesandte in Athen, Saburow, der zum Botschafter in Konstantinopel ernannt worden war, auf seiner Durchreise durch Berlin und während seines Aufenthalts in Kissingen wiederholte Besprechungen mit Bismarck über die wechselseitigen Beziehungen von Deutschland und Rußland. Als er dann anfangs Januar 1880 Botschafter in Berlin wurde, setzte er die Besprechungen fort mit dem Ziel, wenn möglich eine engere entente à trois auf Grund der Basis des Berliner Vertrags und der Kongreßbestimmungen herbeizuführen.

Inzwischen war Baron Haymerle, der neue österreichische Minister des Aeußeren über die geheimen Verhandlungen Deutschlands mit Rußland unruhig und skeptisch geworden und legte dem deutschen Botschafter in Wien, Prinzen Heinrich VII. Reuß, seine Stellung zu den Nachbarstaaten und insbesondere zu Rußland dar. Oesterreich würde sehr viel daran liegen, in gutem Verhältnis zu den Nachbarstaaten zu stehen, aber Rußland gebe wenig Beweise seines Entgegenkommens, in welcher Frage es auch immer sei! „Ueberall stieße Oesterreich auf den offenen oder versteckten Widerstand Rußlands",**) wozu Bismarck am Rande bemerkt: „²nicht auch vice versa?"

Das Auswärtige Amt nimmt diese Bemerkung in seinen Erlaß auf und schreibt: „Wenn Baron Haymerle „überall" auf offenen Widerstand Rußlands stößt, so möchte ich vermuten, daß die russischen Staatsmänner auf der Balkanhalbinsel vice versa den analogen Eindruck von der österreichischen Politik haben."***)

*Aufzeichnung Bülows vom 6. Januar 1874, Große Politik, 1, 227 ff. (Nr. 142).
**) Reuß an Bismarck, 18. Dezember 1880, Große Politik, 3, 149, (Nr. 520).
***) Bismarck, z. Z. in Friedrichsruh, an Reuß, 22. Dez. 1880, (Unsigniertes Konzept von Graf Herbert von Bismarck) Große Politik, 3, 153. (Nr. 521).

Prinz Reuß fährt in seinem Bericht von der Unterredung mit Baron Haymerle fort, daß eine wichtige Vorbedingung für etwaige Abmachungen mit Rußland darin bestehe, daß die amtliche Tätigkeit der russischen Vertreter auf dem Balkan im Einklang stünde mit den amtlichen Versicherungen! Wenn dem nicht abgeholfen werden könne, fehle das nötige Vertrauen! Bismarck sieht darin ganz klar und schreibt: (Rb. 6) „Die Rivalität wird doch immer bleiben, dagegen hilft ein Vertrag nicht; nur gegen controllirbare Handlungen."*) Dem Sinne nach kehrt dies in der Antwortnote wieder, wenn er schreibt, daß ein solcher Vertrag oder Garantie nur eine äußerlich erkennbare Staatsaktion zum Gegenstand haben könne. „Gegen unkontrollierbare diplomatische Einwirkungen und Intrigen kann ein Vertrag keine Bürgschaft herstellen!"**)

Auch Baron Haymerle bezweifelt stark den Wert einer solchen Garantie, wenn nicht Beweise der Freundschaft vorausgegangen seien[7], und stellt die Frage, ob Bismarck „Vertrauen in eine solche Garantie[8] setze?"***) Der Kanzler bemerkt daraufhin am Rande zu ersterem: „[7] dann hätte sie nur Werth, wenn sie anfängt überflüssig zu werden", und auf die letzte Frage: „[8] doch mehr als ohne".†) Das Schreiben an Reuß lautet, daß es den Anschein habe, als ob Haymerle die Garantie erst dann haben will, wenn er sie wegen der Freundschaft nicht mehr braucht . ."††) Auch habe Bismarck zu Rußlands Dispositionen „mit Vertrag doch immer noch mehr" Vertrauen „als ohne!". ††)

Als Bismarck mitgeteilt wird, der österreichische Minister befürchte, von Rußland betrogen zu werden [10], schreibt er an den Rand: „[10] ohne noch leichter wie mit."§) Diesen Einwurf nimmt der Erlaß auch auf! Die Gefahr, bei einem Anlaß betrogen zu werden, sei groß, „aber ohne Vertrag mit dem Kaiser wird das noch leichter möglich sein."§§)

Bei der Formulierung der Artikel des Drei-Kaiser-Bündnisses waren die Randbemerkungen des Kanzlers von nicht zu unterschätzender Bedeutung! Österreich wollte, daß darin sein Verhältnis zu Bosnien, der Herzegowina, dem Sandschak von Novibasar etc. ausdrücklichst erwähnt werden soll. Damit war der Reichskanzler auch einverstanden, wie seine vielen Randbemerkungen „richtig", „ja", etc., zeigen. Der Erfolg derselben tritt bei der endgültigen Formulierung klar zutage!§§§)

*) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 151 (Nr. 520).

**) Bismarck an Reuß, a. a. O., Große Politik, 3, 152 (Nr. 521).

***) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 151 (Nr. 520).

†) Vergl. Anmerkung ***): S. 152.

††) Bismarck an Reuß, a. a. O., Große Politik, 3, 152 (Nr. 521).

†††) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 151, (Nr. 520).

§) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 151 (Nr. 520).

§§) Bismarck an Reuß, a. a. O., Große Politik, 3, 152, (Nr. 521).

§§§) Reuß an Bismarck, 2. Mai 1881, Große Politik, 3, 167 ff.; Reuß an Bismarck, 2. Mai 1881, Große Politik, 3, 170ff.; Text des Drei-Kaiser-Bündnisses von 1881, Nr. 532, Große Politik, 3, 176ff.

B.

Erster Dreibundvertrag 1882.

Sowohl Rußland als auch Italien bemühten sich, mit den Mittelmächten Deutschland und Oesterreich in ein gutes Verhältnis zu kommen. Rußland war endlich durch das Drei-Kaiser-Bündnis, das ihm die gewünschte Verständigung gebracht hatte, ans Ziel gelangt. Jedoch schloß diese Wiedererneuerung des Drei-Kaiser-Bündnisses die Annäherung Italiens an Deutschland und Oesterreich nicht aus, obgleich Italien, trotz des unverkennbaren Entgegenkommens Oesterreichs, den zunächst unternommenen Versuch, zur Verständigung zu gelangen, wieder hatte fallen lassen. Aber sowohl in Wien als auch in Berlin sah man ganz klar voraus, daß Italien eines Tages von sich aus doch wieder die Initiative ergreifen würde, weshalb man auch dort ruhig zuwartete. Italien hatte durch die französische Besetzung von Tunis einen schweren Schlag erlitten und mit erschreckender Deutlichkeit gesehen, in welch isolierter Lage es sich tatsächlich befand!

Ehe der Gedanke an eine engere Verbindung aber wirklich ausgeführt werden konnte, galt es neben anderen Schwierigkeiten auch solche bei Bismarck zu überwinden, der den Italienern nichts weniger als freundlich und günstig gesinnt war.

Den ersten Auftakt zu den Verhandlungen gab die „Mission" des Journalisten Gronert Goercke, der am 3. September 1880 durch die Vermittlung des deutschen Botschafters in Wien, Prinz Heinrich VII. Reuß, dem Reichskanzler ein Schreiben übersandte, in dem er über Unterredungen mit dem Generalsekretär Grafen Maffei berichtete, die am 26./28. August in Belgirate am Lago Maggiore in der Villa des Ministerpräsidenten Cairoli stattgehabt hatten. Darin sei deutlich die Absicht einer deutsch- und österreichfreundlichen Politik bekundet worden; ja, Cairoli und Maffei würden „der erstere endlich, der letztere mehr wie je" den Anschluß an den Zwei-Kaiser-Akkord wünschen!*)

Von einem über diese Frage stattgehabten Gespräch des Baron Haymerle mit dem deutschen Botschafter in Rom, Herrn von Keudell, erfahren wir aus zwei Berichten, dem des Prinzen Reuß vom 17. Oktober 1880 und dem vom 2. November datierten Bericht Keudells selbst. Die darauf angebrachten Bemerkungen Bismarcks geben ein deutliches Bild seiner Stellung zu dieser Frage und lassen erkennen, wie er sie behandelt wissen wollte. Die Antwortnote des interimistischen Leiters des Auswärtigen Amtes, Gesandten z. D. Grafen zu Limburg-Stirum, ist denn auch, wie wir sehen werden, fast nichts anderes als eine peinlich genaue Zusammenstellung aller Randbemerkungen Bismarcks! Er selbst sagt zu Eingang seines Schreibens: „Der Herr Reichskanzler ... hat sich zu den beiden eingangs erwähnten Berichten in Randbemerkungen geäußert, deren Ten-

*) Große Politik, 3, Anmerkung *** auf Seite 183.

denz ich, seinem Auftrage gemäß, in Nachstehendem wiederzugeben mich beehre." *)

Reuß berichtet, Baron Haymerle meine, es sei wohl noch nicht an der Zeit, die italienische Regierung zu Verständigungspolitik aufzufordern oder gar bindende Versprechungen erlangen zu wollen. Doch werde es von Nutzen sein, die Tendenzen, die sich in Italien für solch eine Haltung zeigen möchten, zu pflegen! „Der Augenblick könnte vielleicht kommen, wo diese Tendenzen dort greifbarer [1] zutage treten würden, dann würde es nützlich sein, ein Neutralitätsversprechen zu erlangen[2]." **) Rb. Bismarcks: „[1]Aber nicht dauernd" und „[2]Italien darf man nicht nachlaufen, wenn man etwas von ihm will; Versprechen gibt außerdem keine Bürgschaft, wenn Italien kein Interesse am Halten hat." ***) Aus Rb. 1 macht Limburg-Stirum: „Dergleichen Tendenzen mögen einmal greifbarer werden, aber nie dauernd hervortreten . ."; und aus Rb. 2: „Sich der italienischen Regierung zu nähern ist nicht zweckmäßig, weil sie dadurch in übertriebenen Vorstellungen von ihrem internationalen Gewicht, zu dem der italienische Charakter ohnehin geneigt ist, bestärkt würde. Ein Versprechen dieser Regierung gibt dem anderen Teile keine Bürgschaft, wenn Italien kein Interesse hat, dasselbe zu halten." †)

Der österreichische Minister habe auch daran erinnert, daß der Reichskanzler einmal den Gedanken geäußert habe, wie ungemein nützlich es für den Frieden sein könnte, „wenn sich möglichst viel Großmächte zusagen wollten, sich nicht anzugreifen[3]." ††) Bismarck stellt dies in Frage: „[3]? einer so gewagten Aeußerung erinnre ich mich nicht." ††) Graf zu Limburg-Stirum dementiert demzufolge auch die Aeußerung Bismarcks. †††)

Reuß schreibt ferner, daß Haymerle nur zu gut den „leicht erregbaren und ebenso leicht wechselnden Charakter[5]" der Italiener kenne, um dortigen plötzlichen Strömungen besonderen Wert beizulegen. Auch glaubt er, daß er in dieser Hinsicht der Uebereinstimmung des Kanzlers sicher sei[6]. §) Rb. Bismarcks: „[5] und den kindlichen Egoismus!", und „[6] in dieser gewiß.". §) Der Erlaß besagt denn auch, daß Herr von Haymerle „der Uebereinstimmung des Herrn Reichskanzlers sicher" sei, „wenn er bei dem erregbaren Temperament und dem kindlichen Egoismus der Italiener auf die Strömungen der öffentlichen Meinung wenig gibt". §§)

Keudell gewann aus einer Unteredung mit Baron Haymerle vom 16. Oktober die Ueberzeugung, daß diesem „der Abschluß eines Neutralitäts-

*) Limburg-Stirum an Berchem, 8. Nov. 1880, (ab 16. Nov.) Große Politik, 3, 188. (Nr. 535).
**) Reuß an Bismarck, 17. Nov. 1880, Große Politik, 3, 184. (Nr. 533).
***) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 185.
†) Limburg-Stirum an Berchem, a. a. O., Große Politik, 3, 188.
††) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 185.
†††) Limburg-Stirum an Berchem, a. a. O., Große Politik, 3, 189.
§) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 185.
§§) Limburg-Stirum an Berchem, a. a. O., Große Politik, 3, 189.

vertrages mit Italien erwünscht sein würde[1]" und daß er eine gegenseitige Verpflichtung der beiden Nachbarreiche, sich nicht anzugreifen, für wertvoll halte[2].*) Bismarck warnt jedoch in seinen Randbemerkungen vor zu großem Optimismus: „[1]Oest(er)r(eich) hält ihn, It(alien) nicht!" und in Rb. 2: „[2]nicht die Spur! nur für Italien".**) Der Erlaß lautet demgemäß, daß die Form eines Vertrages noch nicht die Sicherheit der Erfüllung in sich berge; auch sei „für die Erhaltung des Weltfriedens" der Vertrag „absolut wertlos".***)

Als dann Keudell von einer österreich-ungarischen Zusage tunlichster Berücksichtigung der, wie Bismarck am Rande bemerkt, „sehr weitreichenden"†) italienischen Interessen am Mittelmeer berichten kann, vermerkt Bismarck: „[4]um Frankreich zu beunruhigen?"††) In der Antwort heißt es: „Die italienischen Interessen im Mittelmeer reichen, wie sich in Tunis und Aegypten gezeigt, sehr weit ... Eine Begünstigung dieser Interessen würde Frankreich beunruhigen, gegen welches doch der italienisch-österreichische Vertrag nicht seine Spitze kehren soll."†††)

Auf Grund der Aeußerungen des Ministerpräsidenten Cairoli erwähnt der deutsche Botschafter in Rom, daß dieser unter anderem als einen Gesichtspunkt[8] der italienischen Politik die Erhaltung des türkischen Weltreiches[9] bezeichnet habe.§) Bismarck macht zu Rb. 8 ein Fragezeichen und zu Rb. 9 die Bemerkung: „[9]u(und) doch hängt It(alien) sich an Rußland! u(nd) ist zu jeder Heeresfolge bereit das alles sind m(eines) E(rachtens) wechselnde Lügen, nach Bedarf."§§) In dem folgenden Erlaß kehren diese Aeußerungen etwas gemildert wieder, wenn Graf zu Limburg-Stirum schreibt: „Mit den bezeichneten Interessen Italiens ist ferner schwer verträglich die Behauptung Cairolis, es sei ein leitender Grundsatz der italienischen Politik, zur möglichst langen Erhaltung des türkischen Weltreiches beizutragen. Die Glaubwürdigkeit dieser Behauptung des Herrn Ministerpräsidenten verliert allerdings sehr durch die Tatsache, daß Italien sich an Rußland hängt und zu jeder Heeresfolge gegen die Türkei, von welcher Seite immer das Aufgebot erfolgt, bereit ist. Die italienischen Politiker sprechen nicht nach ihrer Ueberzeugung, sondern nach den wechselnden Bedürfnissen des Augenblicks; und daß sie sich nicht aufrichtig mit dem Gedanken eines zuverlässigen Anschlusses an Oesterreich-Ungarn tragen, braucht kaum gesagt zu werden."§§§) Diese in den Randbemerkungen zum Ausdruck gekommene Ansicht Bismarcks führt dazu, daß Limburg-Stirum auch Keudell in ablehnender Weise Bescheid gibt![I])

*) Keudell an Bismarck, 2. November 1880, Große Politik, 3, 185, (Nr. 534).
**) Keudell an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 187.
***) Limburg-Stirum an Berchem, a. a. O., Große Politik, 3, 188.
†) und ††) Keudell an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 187.
†††) Limburg-Stirum an Berchem, a. a. O., Große Politik, 3, 188.
§) Keudell an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 186.
§§) Keudell an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 187.
§§§) Limburg-Stirum an Berchem, a. a. O., Große Politik, 3, 188.
I) Limburg-Stirum an Keudell, 19. Mai 1881 (ab am 30. Mai), Große Politik, 3, 190f. (Nr. 537),

Zeigte sich Bismarck auch im Laufe des Jahres 1881 immer noch nicht geneigt, auf einen Neutralitäts- oder Garantievertrag mit Italien einzugehen, so brachte das Ende des Jahres einen Umschwung! Der Kanzler machte sich jetzt immerhin mit dem Gedanken vertraut, daß eines Tages der Vorschlag konkrete Form annehmen könne. So schreibt er: „Gleichwohl gehe ich gern und mit Dank auf den Vorschlag des Grafen Kalnoky ein, unsere Gedanken weiter darüber auszutauschen, wie ein derartiger Vertrag, wenn er doch an uns herantreten sollte, zu behandeln sein würde."*) Mitte Januar rückt denn auch der italienische Botschafter in Wien, Graf Robilant, mit seinem Vorschlag heraus, vermeidet jedoch sorgfältigst, von „Neutralitäts-" oder „Garantie"vertrag zu reden. Von einem Abkommen möchte aber Bismarck vorerst nichts wissen! Da nur Italien mit Oesterreich Reibungsflächen besitze, müsse auch Italien zuerst mit Oesterreich die Grundlagen eines Abkommens vereinbaren. Deutschland wolle sich dann nach Möglichkeit dem anschließen, was an Vereinbarungen zwischen den beiden Staaten getroffen worden sei.**)

Die in dem Erlaß Nr. 548 vom 28. Februar 1882 enthaltene Idee eines Defensivbündnisses „für den Fall eines unprovozierten Angriffes von Seiten Frankreichs"***) wollte Kalnoky etwas mehr verallgemeinert haben, denn er könne nicht verstehen, wenn bei einer Tripleallianz, in die Italien mit einbegriffen werde, nur einseitig gegen Frankreich defensive Front gemacht werde! Italien könne täglich von Frankreich bedroht werden, Oesterreich nie!! (Rb. Bismarcks: „[1]?".†) Es sei daher wünschenswert, daß „die Zusage gegenseitigen Beistandes nicht bloß für den Fall eines unprovozierten Angriffes von Seiten Frankreichs" gegeben werde, „sondern dieselbe, auch ohne Rußland beim Namen zu nennen, zu verallgemeinern".††) Bismarcks Bemerkung dazu: „[3]gut, faktisch ist es für It(alien) doch nur Fr(an)kr(ei)ch".††) Diese Auffassung Bismarcks gibt der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Busch, in seinem Erlaß an Reuß auch klar wieder: Der Reichskanzler habe absolut keine Bedenken, eine allgemein gehaltene Formulierung der Vereinbarungen anzunehmen, nur möchte er hervorgehoben wissen, daß „tatsächlich Italien in erster Linie von Frankreich bedroht werde".†††) Auch bezweifle er, daß Österreich von Frankreich nichts zu befürchten habe, wie Kalnoky der Meinung sei!

---

*) Bismarck an Reuß, 31. Dez. 1881 (ab am 3. Jan. 1882), Große Politik, 3, 195. (Nr. 541).

**) Aufzeichnung Bismarcks über eine Unterredung mit de Launay vom 31. Januar 1882, (Nr. 545), Große Politik, 3, 205 ff.

***) Reuß an Bismarck, 10. März 1882, Große Politik, 3, 218 (Nr. 552.)

†) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 219.

††) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 219.

†††) Busch an Reuß, 16. März 1882, Große Politik, 3, 220 (Nr. 553).

Nach langem Hin und Her war endlich ein Einvernehmen zustande gekommen! Bismarck machte an den italienischen Vorschlag, den Reuß am 24. März 1882 ihm zugesandt hatte, eine Menge Bemerkungen, die alle in den Rahmen seiner Motive, von denen er sich in den Verhandlungen leiten ließ, hereingehören: nach Möglichkeit Zustimmung zu den zwischen Wien und Rom vereinbarten Formulierungen der Artikel. Wenn diese Randbemerkungen im einzelnen auch nicht von entscheidender Bedeutung sind, so verstärken sie doch im Zusammenhang mit den anderen Bemerkungen die gezeigte Tatsache, daß Bismarcks Marginalien den ihnen zugedachten Einfluß auf die geschäftliche Behandlung der Fragen in hohem Maße gehabt haben. Das Auswärtige Amt hat hier die Randbemerkungen des Kanzlers mit wörtlicher Genauigkeit nach Wien weitergegeben!

Wir stellen daher im folgenden Immediatbericht und Erlaß einander gegenüber! „Gut" hieß Bismarck am Reußschen Bericht, daß Italien und Oesterreich sich in dem Abkommen das Versprechen geben wollten, einander nicht zu bekriegen und kein Bündnis gegen eine der vertragschließenden Mächte einzugehen; ferner, daß Graf Kalnoky nicht auf die Anerkennung des Besitzstandes eingegangen ist.*) Diese Bemerkungen werden in dem Erlaß durchweg verwertet!**)

In Artikel I des italienischen Vorschlags wird „gegenseitige Unterstützung in allgemeinen politischen Fragen[3] vorgesehen[4]." Rb. Bismarcks: „[3] geht in der Allgemeinheit zu weit", und „[4]nach Maßgabe der eignen Interessen. Kann uns für alle ital(ienischen) Ansprüche in Egypten engagiren."***) In der Antwortnote heißt es wörtlich: „Gegen Artikel I findet er zu erinnern, daß derselbe in der Allgemeinheit zu weit gehe, uns für alle italienischen Ansprüche in Aegypten engagieren würde, und schlägt daher vor, einzuschalten: nach Maßgabe der eigenen Interessen."†)

Nahezu wörtlich wird auch die Randbemerkung 10 übermittelt! Graf Kalnoky habe den Wunsch, Artikel III so zu formulieren, daß Italien sich auch zu aktivem Vorgehen für den Fall verpflichten würde, „daß bei einem Kriege, in welchen Deutschland oder Oesterreich mit Rußland verwickelt würden, Frankreich durch eine provozierende Haltung Deutschland oder Oesterreich zwingen sollte, dasselbe anzugreifen[10]."††) Dazu bemerkt Bismarck: „[10]wäre zu fein gespitzt, um casus foed(eris) nachweisen zu können; ist Italien ehrlich u(nd) Herr seiner Entschlüsse so wird es von selbst interessirt sein, den Sieg Frankreichs zu hindern; unser Bedürfniß

*) Reuß an Bismarck, 24. März 1882, Große Politik, 3, 223. (Nr. 556).

**) Busch an Reuß, 3. April 1882, (ab am 4. April), Große Politik, 3, 224f. (Nr. 557).

***) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 224.

†) Busch an Reuß, a. a. O., Große Politik, 3, 225.

††) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 224.

geht kaum weiter als wohlwollende Neutralität; Italiens Macht vielleicht auch nicht. Ersparung öst(er)r(eichischer) Streitkräfte ist mehr Zweck als Gewinnung italienischer".*) Der Erlaß greift diese Gedanken auf und führt aus: „Die von dem Grafen Kalnoky gesuchte andere Fassung des Artikels III würde, fürchtet er, immer zu fein zugespitzt sein, als daß man daraus einen casus foederis nachweisen könnte. Sei Italien ehrlich und Herr seiner Entschlüsse, so werde es von selbst interessiert sein, den Sieg Frankreichs zu verhindern; unser Bedürfnis gehe kaum über eine wohlwollende Neutralität hinaus, vielleicht reiche auch die Leistungsfähigkeit Italiens nicht weiter. Als unseren Zweck betrachte er mehr die Ersparung österreichischer, als die Gewinnung italienischer Streitkräfte."**)

Als Reuß ferner berichtet, daß Kalnoky Rußland eventuell nur in umschreibender Form[11] in den Vertrag hineinnehmen wolle, bemerkt Bismarck: „[11]ja wäre anständiger, rebus sic stant (ibus)".***) Dies wird in der Antwort wörtlich zitiert.†)

An anderer Stelle betont Bismarck in einer Randbemerkung: „[8]Oest(er)reichs Einv(erständnis) ist Vorbedingung für unsre."††) Busch schreibt daraufhin: „Mit der Geheimhaltung des Vertrages und einer fünfjährigen Dauer desselben ist er einverstanden und wiederholt, daß Oesterreichs Einverständnis die Vorbedingung für das unserige ist."†††)

Ende April des Jahres hatte Graf Robilant in einer Besprechung mit Graf Kalnoky diesem erklärt, daß seine Regierung im allgemeinen dem österreichischen Entwurf zustimme, aber mit Hilfe einiger Amendments den defensiven Charakter des Vertrages noch deutlicher hervorzuheben wünsche.

Zu dem Passus des Artikels III: „Si une ou deux des Hautes Parties contractantes sans provocation directe de Leur part viennent à être attaquées et à se trouver par ce fait engagées dans une guerre . . .",§) hatte Kalnoky dem Grafen Robilant gegenüber geäußert, daß „engagées" vollkommen das ausdrücke, was man sagen wolle. Die Feststellung, wer angegriffen habe, sei überaus schwierig! Bismarck gibt seine Ansicht dazu in einer Randbemerkung kund: „[2]richtig; die Hauptsache bleibt aber doch nur, daß Italien dem Angreifer nicht beisteht."§§) Ihren wörtlichen Ausdruck fand die Bemerkung in einem Schreiben des interimistischen Leiters des Auswärtigen Amtes, Grafen von Hatzfeldt, an Reuß!§§§)

*) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 224.
**) Busch an Reuß, a. a. O., Große Politik, 3, 225.
***) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 224.

†) Busch an Reuß, a. a. O., Große Politik, 3, 225.
††) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 224.
†††) Busch an Reuß, a. a. O., Große Politik, 3, 225.

§) Reuß an Bismarck, 28. April 1882, Große Politik, 3, 232 (Nr. 561).
§§) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 234.
§§§) Hatzfeldt an Reuß, 4. Mai 1882 (ab am 5. Mai), Große Politik, 3, 239 (Nr. 564).

Kalnoky würde auch seine ursprüngliche Redaktion der Aenderung des italienischen Ministeriums in Artikel IV vorziehen, die den Zusatz wollte: „... venait à être attaquées par une grande Puissance",*) wozu Bismarck vermerkt: „[3]ja, aber nicht condit(io) sine qua non";**) und zu demselben Artikel in den Anlagen I: „grande" Puissance ist „[1]nicht nöthig aber auch nicht schädlich; wenn Rum(änien) Oest(e)r(reich) angriffe, wird Italien doch Rum(änien) nicht beistehen können. Es müßte dann wieder, laut Vertrag, gegen sich selbst, als „Gr(ande) puiss(ance) agressive" eintreten."***) Daraufhin schreibt Graf Hatzfeldt: „Die vorgeschlagenen Einschaltungen in Artikel IV findet der Herr Reichskanzler nicht nötig, aber auch nicht schädlich. Wenn z. B. Rumänien Oesterreich angriffe, wird Italien doch dem Angreifer nicht beistehen können; denn es müßte ja wieder laut des Vertrages gegen sich selbst als „grande puissance aggressive" eintreten müssen. Auch er werde die ursprüngliche Redaktion vorziehen, aber die Beibehaltung derselben nicht zu einer conditio sine qua non machen."†)

Ein Leichtes wäre es, für die vielen Randbemerkungen des Kanzlers am Reußschen Bericht mit seinen Anlagen wörtliche Wiedergaben im Erlaß des Grafen von Hatzfeldt zu finden! Jedoch dürfte schon durch obige Beispiele ein hinreichender Beweis geliefert sein!

Die fortwährenden Mahnungen Bismarcks, Italien möglichst schonend zu behandeln, und sich zufrieden zu geben, wenn man eine wohlwollende Neutralität Italiens erreichen könne, haben angedauert und schließlich auch zum Erfolg geführt! Ja, als Graf Robilant selbst, um dem fortwährenden Aendern der Fassung ein Ende zu machen, Kalnoky bat, er möge in Rom erklären, daß an der inzwischen hergestellten Redaktion von Berlin und Wien nichts mehr geändert werde, schreibt Bismarck das Marginale: „[3]nur kein Druck auf Italien! Kein „à pendre ou à laisser!"'"††) Graf Wilhelm von Bismarck übermittelt diese Bemerkung dem Auswärtigen Amt mit den Worten: „Wenn man den Italienern die Wien-Berliner Abmachungen als Diktat à prendre ou à laisser hingeben wollte und dann nicht reüssierte, sondern Italien zurückschreckte, so würde dessen Hinneigung zu Frankreich viel stärker sein als früher, und es alsdann besser gewesen sein, daß man überhaupt Verhandlungen gar nicht eingeleitet hätte."†††) Prinz Heinrich VII. Reuß wurde denn auch im Sinne der Bismarckschen Direktive durch Erlaß Nr. 305 vom 9. Mai beschieden!§)

---

*) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 232.

**) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 234.

***)Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 3, 236.

†) Hatzfeldt an Reuß, a. a. O., Große Politik, 3, 239.

††) Reuß an Bismarck, 4. Mai 1882, Große Politik, 3, 241. (Nr. 565).

†††) Wilhelm von Bismarcks Aufzeichnung vom 8. Mai 1882, Große Politik, 3, 241, (Nr. 567).

§) Siehe Anmerkung ** Große Politik, 3, 241.

3. Kapitel: Dritter Zeitabschnitt 1886—87.

Der zweite Dreibundvertrag 1886—87.

Unter den Zielen, die sich Bismarck Mitte der achtziger Jahre gesetzt hatte, waren es zwei, auf die er in besonderer Weise sein Augenmerk richtete: die Option Italiens für England gegen Frankreich zu befördern, sowie die Erneuerung des Dreibundes dadurch zu betreiben, daß er Oesterreich zum Entgegenkommen gegen die Wünsche Italiens drängte.

Im Monat Oktober 1885 ging von dem italienischen Außenminister, Grafen Robilant die erste Anregung zur Erneuerung des Geheimvertrages zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn und Italien aus. Er hatte dem Grafen Kalnoky in diesem Zusammenhang geklagt, daß Italien bisher eigentlich keinen positiven Nutzen von dem Freundschaftsverhältnis der drei Staaten gehabt habe und gab zu verstehen, daß man im Falle einer Erneuerung des Vertrages der Unterstützung ihrer Interessen auch entsprechend Rechnung tragen müsse. Zu ersterem bemerkte der Reichskanzler am Rande: „[2]wir etwa?" und zur Frage der Unterstützung italienischer Interessen: „[3]defensiv! Beistand für Eroberungen lag nicht in Absicht".*) Diese und die folgenden Randbemerkungen macht sich der Staatssekretär Graf Herbert von Bismarck denn auch völlig zu eigen, wenn er schreibt: Für Italien würde es sehr schwer sein, herauszufinden, „welchen positiven Nutzen Deutschland von dem Verhältnis gehabt habe!"**) Die Unterstützung ihrer Interessen sei ihnen doch nur im Falle der Defensive zugestanden; ein „Beistand für Eroberung habe nicht in unserer, durch den Vertrag klar ausgedrückten Absicht gelegen."***)

Kalnoky hat den Vorwurf des Grafen Robilant damit beantwortet, daß er darauf hinwies, daß die Interessen Italiens derart außerhalb der österreichischen Interessensphäre lägen, daß Italien nicht verlangen könne, daß man deswegen in Konflikte mit anderen Großmächten gerate. Bismarck meint dazu, „[4]dasselbe sollte sich Oest(er)reich wegen seiner bulgarischen Ambition ad notam nehmen"!†) In obigem Erlaß schreibt dann Herbert von Bismarck an Reuß, der Reichskanzler finde den Einwurf des Grafen Kalnoky ganz richtig, nur könne der darin ausgesprochene Gedanke „gerade jetzt auf Oesterreich selbst wegen seiner bulgarischen Ambition Anwendung finden."††)

Ein Jahr verging, ehe die Verhandlungen Ende Oktober wieder intensiv aufgenommen wurden. Schwierigkeiten gab es dadurch, daß die Italiener einige Aenderungen am alten Vertrag anbringen wollten, ehe dieser er-

*) Reuß an Bismarck, 10. Oktober 1885, Große Politik, 4, 183 (Nr. 820).
**) Herbert von Bismarck an Reuß, 14. Okt. 1885, Große Politik, 4, 183 (Nr. 821)
***) Herbert von Bismarck an Reuß, a. a. O., Große Politik, 4, 183 (Nr. 821).
†) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 4, 183.
††) Herbert von Bismarck an Reuß, a. a. O., Große Politik, 4, 183.

neuert würde! Doch hat sich schließlich der österreichische Kaiser und mit ihm Kalnoky bereit gefunden, das Begehren des Grafen Robilant nicht von vornherein abzulehnen. Sie baten den Fürsten Bismarck, da dem italienischen Wunsch betreffs eine Garantie gegen französische Besitznahme von Tripolis keine Bedenken entgegenstanden, um eine nähere Definierung derselben. Bismarck lehnt diese Bitte ab mit der Bemerkung: „[1] darüber werde ich mir ein Bild machen, sobald die von Gr(a)f Robilant zu erbittende Fassung vorliegt".*) Der Staatssekretär gibt in einem Erlaß vom 30. Oktober das Marginale genau wieder: er wolle bemerken, „daß Fürst Bismarck sich darüber erst ein Bild wird machen können, sobald die vom Grafen Robilant zu erbittende Fassung vorliegt."**)

Kalnoky hat ferner Reuß zu wissen gegeben, daß Oesterreich es sich sehr überlegen würde, mit seiner ganzen Land- und Seemacht für Italien einzutreten, falls Frankreich Tripolis besetzen würde; „denn weder österreichische, noch auch, wie er glaube, deutsche Interessen würden durch eine solche[3] französische Besitzergreifung direkt geschädigt werden."***) Rb. Bismarcks: „[3]wohl aber durch ein Bündniß Italiens mit Frankreich". Diese sehr wichtige Stellungnahme des Kanzlers wurde auch Reuß mitgeteilt. An und für sich komme eine unmittelbare Schädigung österreichischer oder deutscher Interessen nicht in Frage, wohl aber würde sie wesentlich berührt werden, „als dieselbe leicht zu einem Bündnis Italiens mit Frankreich führen kann."†)

Sollte aber Italien wirklich Tripolis garantiert werden, so fährt Reuß über die Unterredung mit Kalnoky fort, dann müßte dieses auch größere Gegenleistungen vollbringen, oder aber müßte es noch fester[5] an Deutschland und Oesterreich-Ungarn gebunden werden, als dies der Fall sei! In Oesterreich wolle man Italien halten, aber dann auch „dieser Macht ganz sicher sein[6]".††) Rb. Bismarcks: „[5]wenn es hält!?", und „[6]wenn Italien von Frankreich Beistand für Tripolis als Preis eines ital(ienischen) franz(ösischen) Bündnisses fordern wollte, so würde Frankreich wahrscheinlich zuschlagen".†††) Der Staatssekretär verfehlt nicht, diese Randbemerkungen in gebührender Weise Reuß gegenüber zu verwerten: Binde man Italien noch fester an sich, so sei die Frage, „ob das zu straff angezogene Band auch halten wird."§) „Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß, wenn Italien von Frankreich Beistand für Tripolis als Preis eines italienisch-französischen Bündnisses fordern wollte, Frankreich wahrscheinlich zuschlagen würde."§)

Wichtig sind auch die Randbemerkungen des Fürsten Bismarck zum

*) Reuß an Bismarck, 26. Oktober 1886, Große Politik, 4, 199 (Nr. 832).
**) Herbert von Bismarck an Reuß, 30. Oktober 1886, (ab am 31. Oktober), Große Politik, 4, 200. (Nr. 833).
***) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 4, 198.
†) Herbert von Bismarck an Reuß, a. a. O., Große Politik, 4, 200.
††) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 4, 198.
†††) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 4, 199.
§) Herbert von Bismarck an Reuß, a. a. O., Große Politik, 4, 201.

italienischen Vertragsentwurf! Als Oesterreich zu dem Artikel II den Zusatz macht: .... le maintien du statu quo dans les régions „des Balcans et des côtes et îles ottomanes dans l'Adriatique et dans la Mer Egée ...“*), vermerkt Bismarck: „3der Tausch von Egée wäre für uns ohne Bedenken? für „Balcans“ wird Italien vielleicht nicht fechten wollen .... wir können eine Pflicht, für status quo im Balkan einzutreten, nicht übernehmen; er wäre schon alterirt, wenn Rußl(and) in Bulgarien einrückte.“**) Zu demselben lautet eine andere Randbemerkung: „5 ... wenn Rußl(an)d Bulgarien besetzte, so können w i r dafür nicht fechten. Wollen Oestr(eich) u(nd) Italien es, so mögen sie“.***) Der Staatssekretär weist in seiner Aufzeichnung auf diese Randbemerkungen hin und schreibt, w i r könnten dem Zusatz Oesterreichs nicht zustimmen, weil „w i r eine Pflicht, dort den status quo zu erhalten, nicht zu übernehmen vermöchten.“†)

Wie der Reichskanzler in Randbemerkung 15 ausführt, sei Deutschland nicht geneigt, gegen Rußland in einen Krieg einzutreten, solange dieses „die von uns gedachte u(nd) proponirte Demarcationslinie nicht überschreitet“.††) Herbert von Bismarck wendet dies positiv und schreibt, daß Deutschland „an der von uns proponierten Demarcationslinie der Interessensphären zwischen Oesterreich und Rußland festhalte“†††), nämlich, daß Serbien österreichische, Bulgarien dagegen russische Interessensphäre werde.

Als Graf Robilant in seinem Erlaß an den italienischen Botschafter Graf de Launay von der Alternative sprach, entweder Annahme seines Entwurfs ohne österreichische Verbesserungen oder aber Annahme des österreichischen Gegenvorschlags, bemerkte Bismarck: „5auch gut, u(nd) für uns annehmbar, aber die erste Alternative ist für Östreich annehmbarer.“§) Im Erlaß an Reuß fügte Herbert von Bismarck zu dessen persönlicher Information hinzu, daß „nach der Meinung des Reichskanzlers“ die erste Alternative „für Oesterreich annehmbarer sein würde als der neue Vorschlag.“§§) Auch noch einige Zustimmungen des Reichskanzlers fanden ihre Verwertung in dem Erlaß!

Betreffs der Vertragserneuerung schreibt Bismarck an den Kopf eines Berichts des deutschen Botschafters in Wien vom 16. Januar 1887: „Resp(ondeatur) wir würden einfache Verlängerung bei It(alien) empfehlen, u(nd) pro marg(inalibus).§§§) Herbert von Bismarck greift

*) Reuß an Bismarck, 20. Dezember 1886, Anlage, Große Politik, 4, 218 (Nr. 839)
**) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 4, 219.
***) Aufzeichnung Herbert von Bismarcks vom 23. Dezember 1886, Große Politik, 4, 222. (Nr. 840).
†) Aufzeichnung Herbert von Bismarcks, 27. Dezember 1886, Große Politik, 4, 223. (Nr. 841).
††) Aufzeichnung Herbert von Bismarcks, a. a. O., Große Politik, 4, 222.
†††) Aufzeichnung Herbert von Bismarcks, a. a. O., Große Politik, 4, 223.
§) Aufzeichnung Herbert von Bismarcks, 3. Januar 1887, Anlage, Große Politik, 4, 230. (Nr. 843).
§§) Herbert von Bismarck an Reuß, 5. Jan. 1887, Große Politik, 4, 230. (Nr. 844).
§§§) Reuß an Bismarck, 16. Januar 1887, Große Politik, 4, 237 (Nr. 845).

diese Bemerkung in seiner Antwortnote auf und erwidert, daß die zum Ausdruck gelangte Auffassung, „wonach die einfache Verlängerung des italienischen Vertrages einer Erweiterung desselben vorzuziehen sein würde", noch nicht aufgegeben worden sei!*)

Auch Randbemerkung 11 des Kanzlers fand seinen Niederschlag in der Note. Bismarck kennzeichnet darin die Lage folgendermaßen: „11wir wünschen mit Rußland, Oestr(eich) wünscht mit Frankreich nicht zu fechten, weil wir unsere Truppen gegen Fr(ankreich) Oestreich seine gegen R(ußland) braucht; wir entsprechen Oestr(eichs) Wünschen gegen Osten nicht, Oestreich wünscht die Pflicht los zu sein, uns gegen Westen zu helfen."**) Herbert von Bismarck gibt diese Randbemerkung formell verschieden, aber inhaltlich ganz gleich wieder!***) Ebenso Randbemerkung 13, die teilweise wörtlich in dem Erlaß wiederkehrt.†)

Der Einfluß der Randbemerkungen des Fürsten Bismarck auf die Behandlung und Lösung der politischen Fragen ist auf Grund dieser Untersuchungen ganz unverkennbar, und zwar hatten, wie wir sahen, seine Marginalien nicht nur in bestimmten Zeitabschnitten seiner Kanzlerschaft große Konsequenzen nach sich gezogen, sondern die sachliche Bedeutung der Randbemerkungen auf den Gang der Ereignisse erstreckte sich über seine ganze Amtszeit hin!

Wenn wir nun im folgenden Abschnitt den Einfluß der Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf die auswärtige Politik untersuchen, so müssen wir dabei immer der in der Einleitung ausführlich dargelegten verschiedenartigsten Momente persönlicher wie sachlicher Art eingedenk bleiben, die einer wirksamen Durchführung der Marginalien in der auswärtigen Politik teilweise fördernd, größtenteils jedoch nur hindernd im Wege standen. Auch wird uns bei der Untersuchung des Einflusses der Randbemerkungen in den einzelnen Zeitabschnitten die interessante Tatsache deutlich werden, daß den Marginalien des Kaisers gegen Ende seiner Regierungszeit eine ungleich geringere Bedeutung zugemessen wurde als zu Anfang.

---

*) Herbert von Bismarck an Reuß, 24. Januar 1887, (ab am 27. Januar), Große Politik, 4, 238 (Nr. 846).

**) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 4, 237.

***) Herbert von Bismarck an Reuß, a. a. O., Große Politik, 4, 239.

†) Reuß an Bismarck, a. a. O., Große Politik, 4, 237; und Herbert von Bismarck an Reuß, a. a. O., Große Politik, 4, 239.

II. Hauptabschnitt.

Der Einfluß der Randbemerkungen Kaiser Wilhelms II. auf die deutsche auswärtige Politik.

1. Kapitel: Erster Zeitabschnitt 1890—95.

A.

Der Helgoland-Sansibar-Vertrag. 1890.

Schon Bismarck hatte großen Wert darauf gelegt, mit England in einem möglichst reibungslosen Verhältnis zu stehen, um so ein Gegengewicht gegen Frankreich und Rußland zu erhalten. Auch der Erwerb Helgolands war von ihm schon ins Auge gefaßt worden, nur wollte Bismarck der Entwicklung nicht vorgreifen und die Engländer die Initiative ergreifen lassen, um nicht allzu hohen Gegenforderungen zu begegnen! Nach den Scheiden Bismarcks aus der Leitung der auswärtigen Politik, nahm die Caprivische Regierung die Verhandlungen mit England auf, die dann im Sommer 1890, am 24. Juni und am 1. Juli, auch zum Ziele führten!

Die Kompensationsobjekte für Helgoland waren das Protektorat über Sansibar und größere, an England zugestandene Konzessionen im Norden und Süden Deutsch-Ostafrikas. Der Staatssekretär Freiherr Marschall von Bieberstein meldet dem Kaiser am 4. Juni, daß Lord Salisbury bei seinen Kollegen große Aengstlichkeit gefunden habe was die Konzessionen anbetrifft, sodaß es vielleicht besser sei, „die damit zusammenhängenden Fragen[1] wegen des Protektorats über Sansibar noch zu vertagen[2] und einem späteren Abkommen vorzubehalten[3].“*) Rb. des Kaisers: „[1]!“; „[2]Nein! Zusammen oder Nichts!“; „[3]nein!“**)

Marschall schreibt an den Grafen Hatzfeldt, den deutschen Botschafter in London, daß er ganz damit einverstanden sei, wenn er die in Aussicht gestellten Konzessionen nur aufrecht erhalte, „wenn ein nach jeder Richtung befriedigendes Ensemble bezüglich aller schwebenden Fragen erzielt wird.“***) Von allgemeinen Gesichtspunkten aus „bilden für uns die schwebenden ostafrikanischen Fragen samt Sansibar und Helgoland in ihrer Gesamtheit ein untrennbares Ganzes.“†) Der diesem Erlaß folgende Bericht des Grafen Hatzfeldt bringt dann auch die gewünschte Lösung!††)

*) Marschall an Kaiser Wilhelm, 4. Juni 1890, Große Politik, 8, 21. (Nr. 1648).
**) Marschall an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 8, 21.
***) Marschall an Hatzfeldt, 4. Juni 1890, Große Politik, 8, 21. (Nr. 1685).
†) Marschall an Hatzfeldt, a. a. O., Große Politik, 8, 22.
††) Hatzfeldt an Caprivi, 5. Juni 1890, Große Politik, 8, 22f. (Nr. 1686).

B.

Deutsch-Französische Beziehungen 1890.

Viel Reibungs- und Explosivstoffe gab es anfangs der neunziger Jahre in dem Verhältnis von Frankreich zu Deutschland! Insbesondere wurde die unter Kaiser Friedrich eingeführte sehr strenge Paßkontrolle an der deutsch-französischen Grenze von den Franzosen als lästig und änderungsbedürftig angesehen. Ueber die Gründe, die die deutsche Regierung dazu bestimmten, von einer Aenderung der Kontrolle Abstand zu nehmen, unterrichtet die Aufzeichnung Hohenlohes vom 23. März 1890.*) Weithin wurde in dieser Frage die Stellungnahme Caprivis von den Randbemerkungen des Kaisers beeinflußt, die die Aufhebung der Kontrolle als unmöglich bezeichneten! — — — — So findet sich eine Randbemerkung zum Bericht des deutschen Botschafters in Paris, des Grafen Münster, vom 1. April 1890 über eine Unterredung mit dem französischen Außenminister Ribot, in welcher der letztere über die gegenseitigen Beziehungen sagte, „er hoffe aufrichtig, daß die Beziehungen zwischen unseren beiden Nationen sich stetig bessern werden.[2] Wesentlich dazu beitragen würde vor allem die Aufhebung des Paßzwanges für Elsaß-Lothringen.[3]“ Dazu bemerkt der Kaiser: „[2]ja fangt ihr auch an!“ und „[3]ach So! Leider unmöglich.“**) Marschall gab darauf am 12. April Münster zur Antwort: „... da eine Abänderung der reichsländischen Paßkontrolle nicht beabsichtigt ist, so wird es erwünscht sein, wenn Ew. bei geeignetem Anlaß den diesbezüglichen Gerüchten in ruhiger Weise entgegentreten.“***)

An dieser Ansicht hielt der Reichskanzler von Caprivi auch noch Mitte Mai 1890 laut eines Marginals vom 14. Mai fest.†) Gelegentlich einer Interpellation des Abgeordneten Richter über die Paßpflicht und die Aufenthaltsbestimmungen für Elsaß-Lothringen, stellte Caprivi am 10. Juni im Reichstag eine mildere Handhabung der Paßverordnung in Aussicht, erklärte aber ausdrücklich, daß an eine Aufhebung nicht gedacht werde.†)

C.

Die Bedeutung der Orientfragen für die Gruppierung der Mächte. 1890—1895.

Im Monat März des Jahres 1890 fing die Pforte an, sich besonders viel mit Nachrichten über russische Kriegsvorbereitungen im Schwarzen

*) Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, II, 463. (Stuttgart und Leipzig 1907).

**) Münster an das Auswärtige Amt, 1. April 1890, Große Politik, 7, 265. (Nr. 1541).

***) Marschall an Münster, 12. April 1890, (ab am 13. April), Große Politik, 7, 266. (Nr. 1542).

†) Siehe Anmerkung * auf S. 266, Große Politik, 7.

Meer zu beschäftigen und versuchte auch, die englische Aufmerksamkeit darauf zu lenken. Durch die Vervollständigung der russischen Schwarzen Meer-Flotte und der in Aussicht genommenen größeren Manöver war die Möglichkeit eines russischen Handstreiches auf die Bosporusmündung doch in beträchtliche Nähe gerückt; dazu kamen dauernde Beunruhigungen durch starke Munitionstransporte nach Batum. Im Hinblick darauf verdoppelte England seine Mittelmeerflotte, da, wie Salisbury Hatzfeldt gegenüber sich äußerte, eine Forcierung der Dardanellen „sich nicht als eine Unmöglichkeit darstelle".*)

Im Laufe einer Unterhaltung mit Hatzfeldt vom 16. Juli 1890 regte Lord Salisbury von neuem die Dardanellenfrage an. Sollte es zu einer Krisis kommen, so sind nach seiner Ansicht drei Fälle möglich: Erstens, der Sultan fordert die Engländer auf, ihm zu Hilfe zu kommen; dann würde die Durchfahrt durch die Dardanellen diesen keine Schwierigkeiten bereiten. Oder aber zweitens: „der Sultan verbietet unter russischem Einfluß die Durchfahrt den Engländern und leistet demgemäß militärischen Widerstand; dann dürfte die Passage schwerlich zu forcieren sein.[2]"**) (Rb. Wilhelms II.): „[2]in der Nacht ganz gut!"***) Dem Premierminister sehr wahrscheinlich dünkend ist der dritte Fall: „Der Sultan tut nichts, das heißt, weder er ruft die Engländer, noch leistet er ihnen Widerstand; dann dürfte die Passage wohl zu ermöglichen sein![3]"†) Der Kaiser stellt jedoch in einer Randbemerkung anschließend einen vierten Fall auf: „[3]Oder die Russen erscheinen plötzlich mit der Schwarzen Meer-Flotte vor Constantinopel, besetzen dasselbe, und fahren direkt in die Dardanellen, wo sie im Verein mit den Batterien, welche durch erzwungene Befehle vom Sultan aus angewiesen würden den Russen zu helfen = den Engländern das Einlaufen verwehren können, wenn sie nur einen Theil der Mittelmeerflotte hinschicken".††)

Da vom Sultan bereits im Januar des Jahres drei, allerdings nicht armierten russischen Kanonenbooten die Durchfahrt durch die Dardanellen gestattet wurde, könne sich mit der Zeit im Schwarzen Meer eine beliebig große russische Flotte versammeln, wozu der Kaiser am Rande ein „ja" vermerkt. Wie ihm gegenüber der stets gut informierte englische Botschafter Sir William White vertraulich geäußert habe, wolle Nelidow demnächst dem Sultan einen Handelsvertrag vorlegen, „wonach in Zukunft russischen Transportschiffen[7] die Passage durch die Dardanellen ohne weitere Anfrage gestattet sein würde."††) (Rb. Wilhelms II.): „[7]diese könnte(n) nachts sehr leicht eine unvermuthete Landung vornehmen".††)

All diese Bemerkungen gibt denn auch Caprivi Hatzfeldt zur Kenntnis!

*) Hatzfeldt an Caprivi, 2. Mai 1890, Große Politik, 9, 18. (Nr. 2082).

**) Hatzfeldt an Caprivi, 16. Juli 1890, Große Politik, 9, 42, (Nr. 2095).

***) Hatzfeldt an Caprivi, a. a. O., Große Politik, 9, 43.

†) Hatzfeldt an Caprivi, a. a. O., Große Politik, 9, 42.

††) Hatzfeldt an Caprivi, a. a. O., Große Politik, 9, 43.

Er schreibt: „Neben den drei Eventualitäten, welche Lord Salisbury hinsichtlich der Dardanellen erwähnt, gibt es noch eine vierte, daß nämlich eine russische Flotte mit Transportschiffen den Bosporus durch Ueberfall in ihre Gewalt bringt ... Dieser vierte Fall wird dann möglich, wenn der Sultan fortfährt, nicht armierte russische Kriegsfahrzeuge ins Schwarze Meer hineinzulassen .... Durch eine derartige Nachgiebigkeit liefert der Sultan den Russen die Mittel, einen erfolgreichen Ueberfall zu bewerkstelligen."*)

Aus einer viel späteren Aufzeichnung des Grafen Hatzfeldt vom 28. Oktober 1891 geht hervor, daß die obigen Randbemerkungen noch zu jener Zeit die Gedanken Salisburys beschäftigten. Er erklärte Hatzfeldt, daß er den vierten Fall für möglich, aber für wenig wahrscheinlich halten könne, da derartige Vorgänge dem englischen Geschwader rechtzeitig bekannt würden und dieses in kurzer Zeit vor den Dardanellen stünde!**)

Doch wurde die Meerengenfrage in der Folgezeit immer wieder akut und machte große Schwierigkeiten. England war, wenn es seine Macht im Mittelmeer aufrecht erhalten wollte, ohne weiteres daran interessiert, ebenso Italien und Frankreich! Doch war es merkwürdig, wie zurückhaltend sich England noch im Jahre 1893 verhielt, sodaß unter den übrigen Mächten ein nicht ungerechtfertigtes Mißtrauen gegen die englische Politik Fuß fassen konnte, das Lord Rosebery durch eine bedeutende Vermehrung der englischen Mittelmeerflotte beseitigen wollte. Was Deutschland anbetrifft, so konnte Marschall dem Grafen Paul Schuwalow am 27. Januar 1892 mitteilen, daß die deutsche Regierung im Orient „keine anderen Ziele als die Erfüllung der bestehenden internationalen Verträge, die Erhaltung von Ruhe und Ordnung und damit die Fortdauer des Friedens"***) verfolge.

Als dann im Januar 1894 verlautete, daß Rußland die Absicht habe, im Mittelmeer mehrere Kohlenstationen anzulegen, gab Lord Rosebery, der Staatssekretär des Aeußern, Berlin und Wien offen zu wissen, daß er einer freien Durchfahrt durch die Dardanellen russischerseits entschiedenen Widerstand entgegensetzen werde, und daß er dies mit der englischen Flotte auch erfolgreich zu tun können glaube.†) Dazu macht Kaiser Wilhelm die Bermerkung: „ja gewiß, die russische Flotte zu schlagen, ist viel leichter als die französische von Toulon".††) Lord Rosebery gesteht jedoch zu, daß die englische Flotte nicht stark genug sei, wenn die französische Mittelmeerflotte auf Rußlands Seite treten und der englischen Flotte in den Rücken fallen würde. In diesem Fall würde es sich um die Frage handeln, ob „Österreich mit den ihm befreundeten Mächten sich der Aufgabe unterziehen wolle, England gegen Frankreich zu decken?" und

*) Caprivi an Hatzfeldt, 31. Juli 1890, Große Politik, 9, 44, (Nr. 2097).
**) Aufzeichnung Hatzfeldts vom 28. Oktober 1891, Große Politik, 9, 73 (Nr. 2117).
***) Aufzeichnung Marschalls vom 27. Jan. 1892, Große Politik, 9, 79, (Nr. 2120).
†) Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 14. Februar 1894, Große Politik, 9, 128. (Nr. 2147).
††) Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 9, 129.

dadurch dessen Einmischung zugunsten Rußlands zu verhindern.*) (Rb. des Kaisers) „[2]dazu hat weder Östreich noch Östreich + Italien die maritimen Machtmittel. England wird es schwerlich wagen, sein Mittelmeergeschwader bei den Dardanellen einzusetzen, solange es eine unversehrte oder siegreiche französische Mittelmeerflotte im Rücken hat".**)

Lord Rosebery fügt hinzu, er könne „sich des Eindrucks nicht erwehren, daß der österreichische Minister jetzt einer Verständigung Österreichs mit Rußland den Vorzug gebe".***) Dem stimmt Kaiser Wilhelm zu: „[3]daran wird er auch klug tun, solange Lord Rosebery solche Ansichten hat und zur Geltung bringen kann."†) Diese Bemerkungen lassen Kaiser Wilhelms Stellungnahme in der Meerengenfrage ganz deutlich erkennen! Er selbst verhält sich völlig zurückhaltend und weiß wohl, daß Italien und Oesterreich mit ihrer geringen Zahl von Schlachtschiffen nicht die Rückendeckung Englands abgeben können in seinem Kampf mit Rußland! Caprivi hat sich auch, wie eine Aufzeichnung vom 8. März 1894 zeigt, diese Auffassung der Lage ganz angeeignet. Auch er meint, daß „das englische Mittelmeergeschwader, welches schwächer ist als die Flotte von Toulon, nicht wagen kann, diese in seinem Rücken lassend sich am östlichsten Ende des Mittelmeers zu engagieren.... Oesterreich-Ungarn kann mit seiner geringen Flotte nicht eingreifen und hat zu Lande keine Berührungspunkte mit Frankreich."††)

Wie Hatzfeldt in seinen Berichten vom 27. und 28. Februar 1894 melden kann†††), hat Rosebery seinen Plan wieder fallen lassen, um durch das Eingreifen der „Oesterreich befreundeten Mächte" keinen europäischen Krieg entstehen zu lassen. Doch wünscht er, daß auf Frankreich ein Druck ausgeübt werden möge, um dieses am Eingreifen zu verhindern. Caprivi weist aber dieses Ansinnen ganz in Uebereinstimmung mit Kaiser Wilhelm ohne weiteres zurück!

Die Stellung, die der deutsche Botschafter in London zu der Frage der gegenseitigen Beziehungen Deutschlands und Englands einnimmt, heißt der Kaiser in vielen Randbemerkungen „gut". „Hatzfeldt hat seine Sache vorzüglich gemacht."§) Insbesondere ist die Schlußbemerkung, in der der Kaiser von seiner Unterredung mit Oberst Swaine spricht, sehr wichtig! Dem Befehl des Kaisers, dieselbe Hatzfeldt sofort mitzuteilen, kommt Reichskanzler Hohenlohe am 16. November nach. Er schreibt: „Ew. beehre ich mich anbei eine Abschrift des Berichts Nr. 697 mit den Allerhöchsten Rand- und Schlußbemerkungen zu übersenden. Diese sind umso wertvoller, weil aus denselben hervorgeht, daß Oberst Swaine sich über das eventuelle

*) Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 9, 128.
**) Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 9, 129.
***) Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 9, 128.
†) Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 9, 129.
††) Aufzeichnung Caprivis vom 8. März 1894, Große Politik, 9, 136. (Nr. 2152).
†††) Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 27. Februar 1894. (Nr. 2148) und desgleichen 28. Februar (Nr. 2150), Große Politik, 9, 129 f. und 131 ff.
§) Hatzfeldt an Hohenlohe, 11. November 1894, Große Politik, 9, 159. (Schlußbemerkung), (Nr. 2161).

Preisgeben der Meerengen in gleichem Sinne wie Lord Rosebery aussprach, etc.“*) In diesem Fall läßt sich erkennen, daß Hohenlohe bemüht war, den Randbemerkungen des Kaisers Einfluß und Geltung zu verschaffen, indem er sie dem Botschafter zur Verwertung weitersandte!

Der Kaiser bezeichnet zum Bericht des Botschafters in Wien, Grafen zu Eulenburg, vom 4. Dezember die Aussage Kalnokys, daß die Beziehungen Englands zu Deutschland „nicht mehr genau in dem alten Geleise“**) rollen würden, als unrichtig! Er bemerkte: „!Wieso das? ist ganz falsch!“***) In einem Erlaß an Eulenburg nimmt Hohenlohe die Gelegenheit wahr, sich über die Lage und Haltung der Dreibundmächte zu äußern. Er wisse nicht, was das Ziel verrückt haben soll! Der Kaiser habe daher auch mit Recht „in einem Randvermerke die von Ew. pp. berichtete Aeußerung Kalnokys ... als durchaus irrig zu bezeichnen geruht“.†)

Direkt wörtlich kehrt Randbemerkung 3††) im Erlaß Hohenlohes wieder. Die Behauptung des Grafen Kalnoky, daß England sich durch „unaufhörliche deutsche Nadelstiche auf kolonialem Gebiet“ verletzt fühle, entbehre jeder Begründung und Seine Majestät habe „am Rande die Bemerkung zu machen geruht, daß eher das Umgekehrte der Fall sei.“†††) Da wo Hohenlohe jedoch nicht der Meinung Kaiser Wilhelms ist, läßt er dessen Marginalien ruhig unbeachtet und antwortet dem Botschafter nach eigenem Gutdünken. So geht aus dem folgenden hervor, daß dem Kaiser die Möglichkeit einer englisch-russisch-französischen Verständigung durchaus nicht so fern zu liegen scheint, wie dies Hohenlohe in seinem Erlaß an Eulenburg darstellt.

Der Kaiser bemerkte zu dem Eulenburgschen Bericht: „Es macht den Eindruck, daß die Dardanellenfrage in den Vordergrund treten will; England trägt sich mit der Absicht dieselben Rußland anzubieten; Frankreich ist vielleicht auch so weit gegangen. Wenn Rußland nur geschäftsmäßig rechnet, was können wir ihm dann noch bieten? N i c h t s, was den Dardanellen gleichkommt. Also ist das Faktum der Möglichkeit einer Verständigung über die Dardanellen zw(ischen) England u(nd) Rußl(and) unter s t i l l s c h w e i g e n d e m Z u s e h n Deutschland(s) der wahre Grund für das Mißtrauen Kalnokys und unsrer Verbündeten überhaupt.“§) Hohenlohe dagegen führt aus: „Der Gedanke einer russisch-französisch-englischen Verständigung steht einer Verwirklichung doch wohl recht fern. Der aus der Gleichartigkeit der Wünsche in Mittelmeerfragen sich ergebene Gegensatz der Interessen unter den genannten drei Großmächten ist ein solcher, daß eine Einigung kaum denkbar ist ...!“§§)

*) Marschall an Hatzfeldt, 16. November 1894, Große Politik, 9, 160. (Nr. 2162).
**) Eulenburg an Hohenlohe, 4. Dezember 1894, Große Politik, 9, 172. (Nr. 2168).
***) Eulenburg an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 9, 175.

†) Hohenlohe an Eulenburg, 13. Dez. 1894, Große Politik, 9, 176 (Nr. 2169).
††) Eulenburg an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 9, 175.
†††) Hohenlohe an Eulenburg, a. a. O., Große Politik, 9, 177.

§) Eulenburg an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 9, 175.
§§) Hohenlohe an Eulenburg, a. a. O., Große Politik, 9, 178.

Aehnlich verhält es sich, als Kalnoky in einem Gespräch mit Eulenburg die Auffassung vertrat, daß in der englischen Politik die Presse das bestimmende Moment sei und nicht die Persönlichkeit des jeweiligen Staatsmannes! Obwohl der Kaiser dieser Ansicht völlig zustimmte, schrieb der Reichskanzler gerade das Gegenteil! Es heißt in dem Eulenburgschen Bericht, daß in England die Erregung oder Wendung der öffentlichen Meinung auf die Entschließungen des Ministeriums bestimmend einwirke! „Bei einer solchen Wendung der öffentlichen Meinung ist es völlig gleichgültig, w e r das Ministerium vertritt. Die Persönlichkeit Lord Roseberys hat nichts damit zu tun. Ein Lord Salisbury oder ein anderer wird in derselben Lage sein, der öffentlichen Stimmung Rechnung zu tragen. Es liegt also gewissermaßen die Entscheidung für eine tatsächliche Aenderung der englischen Politik in den Händen der Presse[2]*) (Rb. des Kaisers): „[2]richtig".**)

Dagegen vertritt Hohenlohe in seinem Erlaß den Standpunkt, daß die englische Politik „ihren Charakter je nach der Persönlichkeit des jeweilig leitenden englischen Staatsmanns" ändere!***) Mit dieser Aussage setzte sich der Reichskanzler in direkten Gegensatz zu Kaiser Wilhelm II.

D.

Versuch einer Neugruppierung der Mächte. Graf Goluchowskis Fiasko. 1895.

In der Orientpolitik des Jahres 1895 können wir im allgemeinen einen ziemlich starken Einfluß der Randbemerkungen Kaiser Wilhelms auf den Gang und die Führung unserer auswärtigen Politik feststellen. Wenn auch angenommen werden kann, daß Hohenlohe und seine Mitarbeiter mit dem Kaiser dieselbe Anschauung teilten, so können wir doch schon rein äußerlich die Aneignung kaiserlicher Ansichten bemerken! In England war Ende Juni 1895 die konservative Regierung mit Lord Salisbury an der Spitze an das Ruder gelangt und hatte ihre entsprechende Haltung auch in der türkischen und armenischen Frage wieder eingenommen. Die Konservativen legten Wert auf die Erhaltung der Türkei als eines Bollwerkes gegen Rußland und sahen daher auch mit verschränkten Armen der Verschleppungstaktik des Sultans in diesen Fragen zu. Auf der anderen Seite konnten sie aber auch dieses Spiel nicht zu weit treiben, um nicht die Opposition der Liberalen hervorzurufen, die in der Sympathie weiter Kreise Englands für die Armenier den geeigneten Boden für ihre Agitation fand.

Salisbury selbst schien großen Zweifel zu hegen, ob es noch von Wert sei, für die Erhaltung der Türkei einzutreten und wollte deshalb schon im

*) Eulenburg an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 9, 172 f.
**) Eulenburg an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 9, 175.
***) Hohenlohe an Eulenburg, a. a. O., Große Politik, 9, 176.

voraus eine Verständigung der Kabinette über deren Aufteilung anregen.*) Der Kaiser, der sich auf einer Englandreise befand, wurde von Hatzfeldt gebeten, auf derartige Andeutungen Salisburys hin sich möglichst zurückhaltend zu äußern. Wenn es auch fraglich war, ob eine derartige Verständigung über die Interessensphären auf dem Balkan und dem Orient schwere Konfliktstoffe in sich geborgen hätte, so hatte sich Deutschland auf jeden Fall in gegenteiligem Sinn erklärt, schon weil es wußte, daß Oesterreich beim Aufrollen dieser Fragen sich gegen einen Machtzuwachs Rußlands auf dem Balkan aussprechen würde.

Kaiser Franz Joseph hatte in Ischl in einer Unterredung mit Eulenburg in bestimmtem Tone geäußert: „Ich werde niemals dulden, daß Rußland allein seine Hand auf Bulgarien[1] hält."**) Wilhelm II. bemerkt dazu am Rande: „[1]Was denn?" Auch glaubt Eulenburg sicher sagen zu können, daß Franz Joseph sich einer Auslieferung der Dardanellen oder Konstantinopels an Rußland widersetzen werde[2] (Rb. des Kaisers): „[2]sehr unpraktisch! Die Dardanellen kann sich Rußland alle Tage ungehindert einstecken wenn es will! Er sollte an gute Compensationsobjekte denken".***) Zu der von Franz Joseph gemachten Aeußerung: „Ich gebe niemals zu, daß Rußland Konstantinopel[3] nimmt"†), setzt der Kaiser hinzu: „[3]er kann es aber doch nicht hindern"††). Daß sich ferner der Kaiser einer Annäherung England an den Dreibund skeptisch gegenüber verhält, ersehen wir daraus, daß er „abwarten"†††) am Rande eines diesbezüglichen Passus vermerkt.

Diese die Einstellung Kaiser Wilhelms charakterisierenden Randbemerkungen übersendet Hohenlohe dem Botschafter mit der allerdings sehr abschwächenden Bemerkung: „zu Ihrer gefälligen Information."§) In der weiteren Ausführung zu diesen Randbemerkungen zieht Hohenlohe dann die Folgerung: Wenn Oesterreich nach den Aeußerungen Franz Josephs anscheinend eine energische Politik auf dem Balkan verfolgen möchte, so rechne es allem Anschein nach auf unsere Unterstützung! Diese sei jedoch keineswegs selbstverständlich, da eine derartige Haltung der Tradition unserer Balkanpolitik völlig zuwiderlaufen würde.

Als der Geschäftsträger in Wien, Prinz von Lichnowsky, am 30. Oktober 1895 dem österreichisch-ungarischen Außenminister Grafen Goluchowski auseinandersetzte, daß „durch unsere Beziehungen zu Großbritannien ein auf gemeinsamen Sonderinteressen beruhendes Einvernehmen unserer Verbündeten mit dem Inselreich nicht berührt werde", da wir in den Orientfragen nicht in demselbem Grade beteiligt seien, entgegnete der Graf, daß

*) Berichte Hatzfeldts vom 10., 23., 25., 26. Juli, Große Politik, 10, 40 ff.
**) Eulenburg an Hohenlohe, 8. August 1895, Große Politik, 10, 139 (Nr. 2488).
***) Eulenburg an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 10, 141.
†) Eulenburg an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 10, 139.
††) Eulenburg an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 10, 141.
†††) Eulenburg an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 10, 141.
§) Hohenlohe an Eulenburg, 19. August 1895, (ab 21. August) Große Politik, 10, 141, (Nr. 2489).

er diese auch in unserer Presse immer wiederkehrenden Anschauungen nicht teilen könne. „Eine Trennung unserer politischen Interessen sei schon deshalb undenkbar, weil jede Schwächung des einen Bundesgenossen auch den andern schädigen müsse".*) Der Orient ginge daher uns gerade so an wie sie!3 (Rb. des Kaisers): „3ahem! zu deutsch: wir sollen helfen die Russen nicht nach Stamboul hereinzulassen".**) Und wenn er ferner schreibt: „Die Knochen des Pommerschen Grenadiers werden so wenig für London als für Stamboul eingesetzt werden",***) so stellt sich Kaiser Wilhelm bewußt auf den alten Bismarckschen Standpunkt! Daß an dieser Auffassung der Lage auch das Auswärtige Amt festhielt, zeigte der weitere Verlauf!

In einer Aufzeichnung Marschalls vom 4. November 1895 kommt zum Ausdruck, daß er den österreichischen Botschafter darauf hingewiesen hat, daß Deutschland alles aufbieten werde, Oesterreich-Ungarn von einer Aktion abzuhalten, solange bis England selbst in Aktion getreten sei! Andernfalls werde Oesterreich auf eine Unterstützung Deutschlands nicht hoffen können.†) Derselbe Gedanke kehrt auch in einem Erlaß Hohenlohes an Eulenburg wieder!††)

Aber nicht nur auf Oesterreich übte in dieser Hinsicht Wilhelm II. seinen Einfluß aus, sondern auch auf Italien, das in der Person seines Ministerpräsidenten Crispi ein zu aktivem Vorgehen geneigtes Kabinettsmitglied besaß. Der italienische Außenminister Baron Blanc machte dem Botschafter in Rom, Bernhard von Bülow, die Mitteilung, daß Crispi unter dem Eindruck der fortwährenden Zersetzung der Türkei gefragt habe, „ob es nicht angezeigt wäre, die italienische Flotte in der Nähe der Dardanellen kreuzen zu lassen!".†††) (Rb. des Kaisers): „1 also war mein Verdacht voll gerechtfertigt. England hat schon Italien bearbeitet und thut es noch um es und damit den 3-Bund zu engagiren, und dies dann Rußland gegenüber zu exploitiren. Unter keinen Umständen dürfen Ital(ienische) Schiffe eher an den Dardanellen erscheinen als bis England sich selbst fest engagirt und Feuer gegeben hat. Italiener an den Dardanellen sind wie ein Brennend Licht am Pulverfaß; ... Bülow soll Tag und Nacht über Blanc wachen; vor allem aber die Schiffssendung verhindern. W."§) An anderer Stelle bittet er, die Italiener möchten sich „2ums Himmels Willen nicht"§§) vorschieben lassen.

*) Lichnowsky an Hohenlohe, 30. Oktober 1895, Große Politik, 10, 147 (Nr. 2491).
**) Lichnowsky an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 10, 147.
***) Lichnowsky an Hohenlohe, a. a. O., Schlußbemerkung des Kaisers, Große Politik, 10, 147.

†) Aufzeichnung Marschalls vom 4. November 1895, Große Politik, 10, 151 ff. (Nr. 2494).
††) Hohenlohe an Eulenburg, 5. Nov. 1895, (ab 6. Nov.), Große Politik, 10, 155 f. (Nr. 2495).
†††) Bülow an das Auswärtige Amt, 9. November 1895, Große Politik, 10, 169. (Nr. 2502).
§) Bülow an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 10, 170.
§§) Bülow an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 10, 170.

Darauf lautet der Erlaß des Reichskanzlers ganz im Sinne der kaiserlichen Marginalien: „Seine Majestät ist besorgt, daß Italien dadurch, daß es in Aktion eintrete, bevor England sich für dieselbe f e s t engagiert habe, sich von letzterem ausbeuten lassen und dadurch auch den Dreibund in eine schiefe Lage bringen werde."*) Die Ausführung der kaiserlichen Direktive können wir aus einem Bericht Bülows ersehen! Er schreibt, er habe Baron Blanc „nochmals ausdrücklich eine vorsichtige und abwartende Haltung gegenüber der orientalischen Verwicklung" anempfohlen.**) Insbesondere habe er den Minister der Auswärtigen Angelegenheiten davor gewarnt, „sich zu avancieren, bevor sich England fest engagiert habe".***)

In mehreren Randbemerkungen†) hatte der Kaiser ausdrücklich betont, Italien und Oesterreich sollen unter allen Umständen England den Vortritt lassen und nicht selbst die Initiative ergreifen! Am Schluß des Immediatberichts von Marschall wiederholt er noch einmal: „Wien und Rom scharf machen daß sie stets England den Vortritt im Handeln lassen. 22. XI. 95."††) Marschall gibt diese Bemerkung nur sehr abgeschwächt wieder! In Wien unternimmt er selbst gar nichts; nur nach Rom schreibt er, Bülow solle Baron Blanc in der Auffassung bestärken, daß der einzige Weg zum Ziele sei: selbst guten Willen zu zeigen, „dabei aber sich entweder hinter oder äußersten Falles auf gleicher Höhe"††† mit England zu bewegen! Günstig wäre es, so fährt er fort, wenn Baron Blanc dies als seinen eigenen Standpunkt nach Wien weitergeben könnte, um den österreichischen Minister „durch direkte Belehrung nicht zu kränken."§) Bülow gibt zur Antwort, er habe auf Blanc einzuwirken versucht und sei bestrebt gewesen, ihn tunlichst von „Seiten- und Quersprüngen abzuhalten."§§)

---

*) Hohenlohe an Bülow, 10. November 1895, Große Politik, 10, 170. (Nr. 2504).

**) Bülow an das Auswärtige Amt, 11. November 1895, Große Politik, 10, 171. (Nr. 2504).

***) Bülow an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 10, 171.

†) Rb. 2: Eulenburg an das Auswärtige Amt, 11. Nov. 1895, Große Politik, 10, 173. (Nr. 2505).

Schlußbemerkung: Münster an das Auswärtige Amt, 20. Nov. 1895, Große Politik, 10, 190. (Nr. 2527).

Rb. 1: Marschall an Wilhelm II., z. Zt. in Göhrde, 20. Nov. 1895, Große Politik, 10, 209. (Nr. 2548).

††) Marschall an Wilhelm II. a. a. O., Große Politik, 10, 209.

†††) Marschall an Bülow, 21. Nov. 1895, Große Politik, 10. 210. (Nr. 2549).

§) Marschall an Bülow, a. a. O., Große Politik, 10. 210.

§§) Bülow an Hohenlohe, 3. Dezmber 1895, Große Politik, 10, 223 (Nr. 2556).

2. Kapitel: Zweiter Zeitabschnitt 1898—1903.

A.

Die Erste Haager Friedenskonferenz 1898—1899.

Am 24. August hatte der deutsche Botschafter in Petersburg, Fürst von Radolin, seiner Regierung ein vom 12. August datiertes russisches Mémoire übersandt, in dem der Zar die in Petersburg vertretenen Mächte zur Beschickung einer Konferenz auffordert, deren Ziel sein soll, Mittel zu finden für eine zweckmäßige Einschränkung der übermäßig großen Rüstungen aller Länder. Dieser Schritt der russischen Regierung rief bei den Mächten allgemein großes Befremden und Verblüffung hervor! Groß war auch das Erstaunen der deutschen Regierung und besonders Kaiser Wilhelms, dessen hohnerfüllte, ironische Randbemerkungen jener Tage seine wahre Ansicht klar zum Ausdruck bringen! War man schließlich auch von vornherein von dem negativen Erfolg einer solchen Idee überzeugt, so konnte man doch den Zaren durch eine glatte Absage nicht einfach vor den Kopf stoßen!

In wie weit die völlig ablehnenden Randbemerkungen des Kaisers die auswärtige Politik beeinflußt haben, bleibt Aufgabe der folgenden Untersuchung. Wir werden bemerken können, daß die ausführenden Organe des Auswärtigen Amtes nicht nur die Randbemerkungen oft in sehr abgeschwächter Form weitergaben — wenn sie überhaupt Rücksicht auf sie nahmen —, sondern daß sie auch, wenn es ihnen passend erschien, andere Wege gingen, als wie sie in den Marginalien vorgezeichnet waren!

Schon am 17. August wird die Einstellung Kaiser Wilhelms in einem Marginale zu der Aufzeichnung des Vortragenden Rates Mumm von Schwarzenstein deutlich, der mit Lord Gough, dem englischen Geschäftsträger in Berlin, über den Abrüstungsvorschlag gesprochen hatte! Letzterer glaube, daß der russische Vorschlag nicht zu einem praktischen Ergebnis führen werde. „Voraussichtlich werden sich schon bei den Vorfragen solche Schwierigkeiten ergeben, daß es zu einer Konferenz gar nicht erst kommen würde[4].“*) Kaiser Wilhelm bemerkt dazu: „[4]das ist auch das Beste“.*) Am Tage vorher schreibt Wilhelm II. zu einem Telegramm Radolins „Utopie“**) an den Rand, als dieser ihm meldete, der Zar sei von dem Wunsche beseelt, Mittel und Wege zu finden, um die enormen Lasten für Kriegszwecke zu mindern! Von den Engländern meint der Kaiser, „die werden kolossal gelacht haben!“***), als ihnen der Entwaffnungsvorschlag

*) Aufzeichnung des Vortragenden Rats Mumm von Schwarzenstein, 27. August 1898, Große Politik, 15, 148. (Nr. 4218).

**) Radolin an Hohenlohe, 26. August 1898, Große Politik, 15, 145. (Nr. 4216).

***) Bülow an Kaiser Wilhelm II., 28. August 1898, Große Politik, 15, 149. (Nr. 4219). Rb. 1.

gemacht worden sei. Zu dem Passus der Note, der Zar hoffe, daß sein Mémoire „einer wohlwollenden Beachtung" unterzogen werde, bemerkt der Kaiser: „ja! aber nicht Befolgung";*) und zum Schluß meint Wilhelm II., die ganze „Elukubration" sei doch nur der grimmen Not entsprungen, daß „Rußland die „Puste" finanziell auszugehen"**) beginne! Hungersnot, Mißernten, Mißwirtschaft und vieles andere mehr mag mit „zu dem „Humanitätsdusel" getreten sein, der den jungen Kaiser erfüllt und ihn zu diesem unglaublichen Schritt gebracht hat."**)Jedoch kann Bülow Hatzfeldt melden, daß der Kaiser prinzipiell genehmigt habe, daß „einer Prüfung des russischen Vorschlags näher getreten werde."***) Dies bestätigt ja auch die an Zar Nicolaus II. privat gerichtete Antwort!†)

Daß der Kaiser wohl weiß, daß die Angelegenheit nach außen nicht bloß mit Spott und Ironie abzutun ist, zeigt uns die Randbemerkung zum Eulenburgschen Bericht vom 4. September 1898. Dieser teilt mit, Goluchowski habe den russischen Vorschlag mit „wohlwollender Heiterkeit" aufgenommen! Der Kaiser rügt dies sehr: „!die Sache ist verdammt ernst, und kann leicht zu schweren Complikationen ja zum Krieg führen."††)

Aber, wie schon oben erwähnt wurde, lehnt der Kaiser im Grunde seines Herzens den ganzen Gedanken entschieden ab! Zu der Vorstellung des Grafen Murawiew, der ganze Kongreß solle nur „Gelegenheit zur échange d'idées über militärisch-technische Dinge"†††) bieten, bemerkt Kaiser Wilhelm treffend: „die gehen ihn doch nichts an! Da brauchen doch nur die Kriegsminister oder ihre Vertreter zu erscheinen"§). Als gar der Plan auftaucht, jedes Mitglied dürfe jedes ihm nicht genehme Thema von der Diskussion ausschließen, lautet Wilhelms II. Antwort nur: „heller Blödsinn!"§§) Zum Schluß faßt der Kaiser seine Ansicht darüber in den Worten zusammen: „Der Kerl ist geradezu unglaublich! Murawiew als Vorsitzender einer Friedens konferenz über militärisch-technische Dinge, die von den betreffenden Sachverständigen i. e. den Kriegsministern aller Nationen gebildet wird! Dalldorf!"§§§) Daß das Auswärtige Amt der gleichen Ueberzeugung war wie Kaiser Wilhelm, ist mit großer Wahrscheinlichkeit anzunehmen! Seine Randbemerkungen wurden wohl nach eigenem Ermessen verwertet, bildeten aber durchaus nicht immer die Grundlage für die Entscheidungen des Amtes!

In den Verhandlungen über den Ort der Konferenz sehen wir das Auswärtige Amt genau das Gegenteil tun von dem, was der Kaiser in

*) Bülow an Kaiser Wilhelm II., a. a. O., Rb. 4, Große Politik, 15, 149.
**) Bülow an Wilhelm II., a. a. O., Große Politik, 15, 149.
***) Bülow an Hatzfeldt, 29. August 1898, Große Politik, 15, 151. (Nr. 4221).

†) Wilhelm II. an Nikolaus II., z. Zt. in Moskau, 29. August 1898, Große Politik, 15, 151 f.

††) Eulenburg an Hohenlohe, 4. Sept. 1898, Große Politik, 15, 154. (Nr. 4224).
†††) Radolin an Hohenlohe, 10. Sept. 1898, Große Politik, 15, 159. (Nr. 4228).

§) Radolin an Hohenlohe, a. a. O., Rb. 3, Große Politik, 15, 159.
§§) Radolin an Hohenlohe, a. a. O., Rb. 4, Große Politik, 15, 159.
§§§) Radolin an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 15, 160.

einem Marginale als Wunsch und Befehl niederschrieb! Radolin berichtet, dem Grafen Murawiew scheine der geeignete Konferenzort Petersburg zu sein, und dieser erwarte auch, daß einige Mächte ihm zustimmen werden. „Si je propose un autre lieu, c'est plutôt par modestie", habe der Graf zum Schluß gesagt!*) „Wenn keine Bedenken bei uns obwalten, würde es ihm sicherlich schmeicheln, wenn wir die die Initiative ergriffen und Petersburg als Ort für die Konferenz vorschlügen[2]."**) (Rb. des Kaisers): „[2]Ich denke gar nicht daran, das müssen die Gallier thun!"**) Trotz dieser ausdrücklichen Ermahnung ergreift Deutschland die Initiative und tritt für Petersburg ein! Der Erlaß lautet: „Seine Majestät der Kaiser haben auch nichts dagegen, daß die Konferenz seinerzeit und eventuell in St. Petersburg stattfinde, und würden dies an und für sich sogar lieber sehen, als wenn dieselbe in irgend einer anderen Stadt sich versammeln sollte."***) Die ganze Frage wurde jedoch hinfällig, als Graf Murawiew selbst von St. Petersburg abzusehen wünschte!†)

In der Rüstungsfrage hatte es Deutschland nicht nötig, auf seine öffentliche Meinung Rücksicht zu nehmen, da die Zahl der Anhänger pazifistischer Ideen in Deutschland im Gegensatz zu manchen anderen Ländern nur sehr klein war! Immerhin machte es einen ungünstigen Eindruck, daß sich die deutschen Vertreter entgegen ihren Anordnungen so in den Vordergrund schieben ließen, wie es der Fall war! So kam Deutschland mit Unrecht in den Verdacht, kriegerische Hintergedanken an die ganze Frage heranzutragen!

Daß der Gedanke der Abrüstung bei der deutschen Regierung auf so entschiedene Ablehnung stieß, ist doch auch auf die Randbemerkungen des Kaisers zurückzuführen, die in diesem Punkt maßlos schroff sind und selbst bei starker Abschwächung noch große Folgen nach sich ziehen konnten! Der russische Finanzminister Witte äußerte Radolin gegenüber, die Kontinentalmächte sollten sich vor der englischen Uebermacht zur See schützen, indem sie „ihre gegenseitige Feindseligkeit begleichen und die enormen Ersparnisse, die durch eine dann mögliche Herabsetzung der Landarmeen[5] erzielt werden, dazu benutzen, um ihre Seemacht zu stärken und sie der britischen ebenbürtig zu machen".††) Dazu schreibt Kaiser Wilhelm das Marginale: „[5]er ist total verrückt! und hat noch nicht einmal unsere Wehrverfassung verstanden!"††)

Ironisch äußert sich der Kaiser über die Zumutung Murawiews, Sprengstoffe, Geschütze usw., die andere Staaten nicht haben, nicht anzuwenden, falls diese sie auch erfinden sollten! „[1]d. h. also wir sollen unsere neue Schnelladeartillerie nicht verwenden weil Rußland keine hat!"†††) Als

*) Radolin an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 15, 159.
**) Radolin an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 15, 159.
***) Derenthall an Radolin, 19. Sept. 1898, Große Politik, 15, 160. (Nr. 4229).
†) Eulenburg an das Auswärtige Amt, 24. Okt. 1898, Große Politik, 15, 161. (Nr. 4230).
††) Radolin an Hohenlohe, 20. Dez. 1898, Große Politik, 15, 165. (Nr. 4232).
†††) Radolin an Hohenlohe, 22. Dez. 1898, Große Politik, 15, 167. (Nr. 4233).

ferner angeregt wurde, daß die Mächte die Panzerplattenstärke festsetzen sollen, meint der Kaiser: „[2]das sollte mal einer in England vorschlagen! Na, die Antwort!“ und „[3]die Platten dürfen nur so dick sein, daß Russische Granaten noch durchkommen!“*) Zu der irrigen Ansicht Murawiews, daß die Engländer sich bereit erklären würden, fügt der Kaiser mit Recht hinzu: „[4]total verrückt! was hat denn die Stärke Englischer Platten mit der Reduzirung der Armeekadres zu thun? darum bauen sie doch 50 Schiffe mehr als alle anderen!“**) Als nun gar auf der Konferenz zur Sprache kommen sollte, daß nur ein gewisser Prozentsatz der Bevölkerung zu den Waffen gerufen würde, macht der Kaiser die drastische Bemerkung: „[5]wenn er mir das anbietet, schlage ich ihn hinter die Ohren!“**)

Daß sich auf Grund solcher Randbemerkungen, die nur eine bescheidene Auswahl darstellen, das Auswärtige Amt in seiner ablehnenden Haltung bestärkt fühlte, ist ja selbstverständlich! Mitte Mai gibt Bülow dem Grafen Münster, dem Botschafter in Paris, zu wissen, daß Deutschland selbstverständlich in der Frage der militärischen Rüstungen in keiner Richtung hin sich zu binden gesonnen sei!***) Die russischen Abrüstungsvorschläge sind denn auch, wie erwartet wurde, endgültig beseitigt worden! Eine die Einstellung des Kaisers gut charakterisierende Schlußbemerkung sei hier noch mitgeteilt: „Die Konferenzkomödie mache ich mit, aber den Degen behalte ich zum Walzer an der Seite.“†)

Ein seltsames Bild bietet sich uns in der Schiedsgerichtsfrage! Hier sind wir Zeugen, wie das Auswärtige Amt zuerst auf Veranlassung des Kaisers ein Schiedsgericht ganz entschieden ablehnt. Als es jedoch politisch günstiger erscheint, wenigstens um des Zaren willen einen wenn auch unbedeutenden Schiedshof einzusetzen, stimmen dem die deutschen Delegierten zu, obwohl sie sich dadurch bewußt in Gegensatz zum Kaiser setzen! Erst den Bemühungen Bülows gelang es dann, die Einwilligung des Kaisers zu diesem Schritt zu erhalten. Als Delcassé dem Fürsten Münster vorschlug, man möge, um „ein vollständiges Fiasko zu verhindern“, wenigstens einige Konzessionen bezüglich der Arbitrage machen, vereint dies Kaiser Wilhelm ganz entschieden!††) Bülow handelt daher ganz im Sinne des Kaisers, wenn er schreibt: „Was die Frage eines internationalen Schiedsgerichtsverfahrens betrifft, so könne meines Erachtens bei keinem Kabinett einer Großmacht Zweifel darüber obwalten, daß die prinzipielle Unterwerfung unter die Entscheidungen eines europäischen Areopags für jede Großmacht die Verzichtleistung auf ihre Stellung als solche bedeuten würde.“†††) Deutschland würde es nicht einfallen, zum Beispiel bei einem Schiedsspruch über Elsaß-Lothringen diesem zu gehorchen!

*) Radolin an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 15, 167.
**) Radolin an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 15, 167.
***) Bülow an Münster, 12. Mai 1899, (ab 13. Mai), Große Politik, 15, 190. (Nr. 2456).
†) Bülow an Kaiser Wilhelm, 15. Mai 1899, Anlage, Große Politik, 15, 196. (Nr. 4257).
††) Münster an Hohenlohe, 21. April 1899, Große Politik, 15, 187. (Nr. 4253).
†††) Bülow an Münster, a. a. O., Große Politik, 15, 190.

In einer Unterredung mit dem russischen Delegierten Herrn von Staal ließ Bülow die Bemerkung fallen, daß Rußland sich doch auch nie ein Schiedsgerichtsurteil oder eine „obligatorische Vermittlung" gefallen lassen würde,*) wozu der Kaiser vermerkt: „ich nie!"**) „Herr von Staal erwiderte, von Mediation oder Arbitrage könne niemals in solchen Fällen die Rede sein, wo es sich um die Ehre einer Großmacht[7] oder um große politische Machtfragen handele."***) (Rb. des Kaisers): „[7]wer will entscheiden, wann dieselbe bei einer Differenz zweier Staaten n i ch t auf dem Spiele steht??"†) Auch will der Kaiser von einem Schiedsgericht über untergeordnete Fragen mehr technischer Natur absolut nichts wissen!††) Trotz dieser ablehnenden Haltung Kaiser Wilhelms setzten sich die deutschen Delegierten für einen uns günstigen, das heißt, unbedeutenden Schiedshof ein, um die aus der Anregung des Zaren hervorgegangenen Arbeiten nicht ganz ergebnislos verlaufen zu lassen.

Nachdem die Tatsache dann schon vollzogen war, versuchte Bülow, den Kaiser durch allerlei Argumente auf seine Seite zu bringen! Er machte geltend, daß durch die Ablehnung „mit einer nachteiligen Verstimmung des Kaisers Nicolaus sowie mit unserer völligen Isolierung" zu rechnen wäre!†††) Auf das Drängen Bülows hin läßt sich der Kaiser schließlich zu einer Sinnesänderung bewegen! Er schreibt: „an mir solls nicht liegen! aber mit dem knabenhaften Träumer! wie soll das auf die Dauer werden!!?"§) So gibt er seine Zustimmung, um den Zaren nicht zu kränken! „Damit e r sich nicht vor Europa blamiere, stimme i ch dem Unsinn zu!"§§)

Diese Haltung des Kaisers ist auch ein Beispiel dafür, daß die Auffassung falsch ist, als ob sich der Kaiser sich prinzipiell allen berechtigten Einwänden verschlossen habe!

Weit entgegenkommender als der Vortragende Rat Holstein zeigte sich der Kaiser in einer anderen Frage. Der am 17. Juni 1899 in Berlin gleichzeitig mit dem deutschen Delegierten Professor Zorn eingetroffene Sekretär der amerikanischen Friedensdelegation Frederik W. Holls gab dem Reichskanzler Hohenlohe, gestützt auf dringende Empfehlungsschreiben des Präsidenten der amerikanischen Delegation Botschafters Withe, den Wunsch zu erkennen, vom Kaiser empfangen zu werden.§§§) Es kam trotz der Bereitwilligkeit des Kaisers[1]) nicht dazu, da Holstein, der zu-

*) Bülow an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 15, 194.
**) Bülow an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 15, 196.
***) Bülow an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 15, 195.

†) Bülow an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 15, 196.
††) Bülow an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 15, 196. Rb. 8!
†††) Bülow an Kaiser Wilhelm, z. Z. in Kiel, 21. Juni 1899, (ab 22. Juni), Große Politik, 15, 303. (Nr. 4320).

§) Bülow an Wilhelm II., a. a. O., Große Politik, 15, 305.
§§) Bülow an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 15, 306.
§§§) Anmerkung *: Große Politik, 15, 298.

1) Kaiser Wilhelm, z. Z. in Helgoland, an Bülow, 19. Juni 1899, Große Politik, 15, 298. (Nr. 4318).

sammen mit dem Direktor der Rechtsabteilung des Auswärtigen Amtes Hellwig der eigentliche Träger des Widerstandes gegen jede Nachgiebigkeit Deutschlands war, am 17. Juni riet, Mr. Holls mit kühler Abweisung zu begegnen.*)

In der Frage der Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See haben die Randbemerkungen des Kaisers nachweislich einen entscheidenden Einfluß gehabt! Münster glaubt, „daß wir den Russen eine Waffe aus der Hand nehmen und die öffentliche Meinung für uns gewinnen würden, wenn die Konferenz sich für den Schutz des Eigentums zur See aussprächе[7]". Er würde wünschen, daß die Initiative von Deutschland ergriffen würde![8]**) Der Kaiser bemerkt hierzu: „[7]ist straks g e g e n unsern Vortheil", und „[8]nein! und Rußland wünscht es selbst nicht!"***) Es ist ein seltener Fall, daß die Randbemerkungen des Kaisers so wörtlich ausgeführt wurden, wie im folgenden Erlaß! Bülow telegraphierte: „Auf den in Bericht Nr. 7 gestellten, in Nr. 15 wiederholten Antrag wegen deutscher Initiative für Unverletzlichkeit des Privateigentums zur See hat Seine Majestät am Rande vermerkt: „N e i n! und Rußland wünscht es selbst nicht!" Die Frage der deutschen Initiative ist hiernach im negativen Sinn entschieden. Zugleich ergibt die Fassung des Randvermerks in unzweideutigster Weise, wie sehr unser allergnädigster Herr bei seinen Entscheidungen die russischen Wünsche mit in den Bereich seiner Erwägungen zieht."†)

Als die Frage akut geworden war, ob man die Konvention unterzeichnen solle, war Kaiser Wilhelm entschieden dagegen! Einige Monate darauf war jedoch die Lage eine wesentlich andere geworden, so daß Bülow den Kaiser dringend bat, seine Zustimmung zur Unterzeichnung geben zu wollen, die dieser auch nicht verweigerte! Münster schrieb am 24. Juli, daß die Russen dringend wünschten, daß die Konvention unterschrieben würde.[4] Sie seien sehr enttäuscht und unmutig darüber, daß die Mächte ihre Zustimmung noch nicht gegeben hätten. Die Folge sei, daß sie bei den Kleinstaaten förmlich um deren Unterschrift betteln! Deutschland, Oesterreich, Italien und England hätten noch nicht unterschrieben[5].††) (Rb. des Kaisers): „[4]! ist ja unmöglich", und „[5]nein!"†††) Auch an den Bericht Nr. 4348 schreibt er an den Rand: „[3]Thue ich nicht!".§) Von Münster erfahren wir hierauf: „Der hohen Weisung gemäß hat der Unterzeichnete die Konvention sowie die Resolution nicht unterschrieben".§§)

---

*) Aufzeichnung Holsteins vom 17. Juni 1899, Anmerkung *: Große Politik, 15, 285f.

**) Münster an Hohenlohe, 28. Mai 1899, Große Politik, 15, 236. (Nr. 4276).

***) Münster an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 15, 237.

†) Bülow an Münster, 4. Juni 1899, Große Politik, 15, 221. (Nr. 4270).

††) und †††) Münster an Hohenlohe, 24. Juli 1899, Große Politik, 15, 341. (Nr. 4347).

§) Richthofen an Eulenburg, z. Z. in Nordfjordeidet, Große Politik, 15, 345. (Nr. 4348), 26. Juli 1899.

§§) Münster an Hohenlohe, 30. Juli 1899, Große Politik, 15, 345. (Nr. 4349).

Bülow rät jedoch im Dezember des Jahres dem Kaiser dringend an, die Konvention unterschreiben zu lassen, da alle anderen Staaten sie bereits unterschrieben hätten. Der Kaiser versteift sich nicht auf seinen Standpunkt und gibt am 21. Dezember 1899 seine Einwilligung zur Unterzeichnung.*)

B.

Zum Burenkrieg 1899—1902.

Die großen Spannungen, die zum Teil durch den Jameson-Einfall vom Jahre 1895 zwischen England und der Transvaalregierung entstanden waren, hatten sich seit Beginn des Jahres 1899 eher wieder verschärft. Die Beschwerde der englischen Uitlanders über die Vorenthaltung politischer Rechte in Transvaal hatte den englischen Kolonialminister Joseph Chamberlain in einer Unterhausrede vom 21. März 1899 zu einer scharfen, nahezu drohenden Anklage gegen die Regierung der Burenrepublik veranlaßt, auf die Präsident Krüger seinerseits nichts schuldig blieb! Der Konflikt, der nach Absendung der Note der englischen Regierung die Möglichkeit eines Krieges nicht ausschloß, stellte die Mächte vor die Frage, wie sie sich in einem solchen zu verhalten gedächten.

Die Stellung der deutschen Regierung läßt sich aus den Akten ganz klar erkennen. Nicht nur der Kaiser, sondern auch das Auswärtige Amt waren sich darin einig, daß möglichste Zurückhaltung und Nichteinmischung das Ratsamste wäre! Diese Haltung der deutschen Regierung war auch durch das deutsch-englische Abkommen über die portugiesischen Kolonien vom 30. August 1898 vorgezeichnet.**) Wenngleich die öffentliche Meinung in Deutschland ganz für die Buren Partei ergriff und den Krieg als einen britischen Raubzug gegen die reichen Schätze Transvaals, als Unterdrükkung eines kleinen freien Volkes betrachteten, so durfte und konnte das Auswärtige Amt diese Anschauung aus politischen Gründen nicht teilen. Der Vortragende Rat von Holstein schreibt in einer Aufzeichnung vom 8. Juni 1899: „Auf die Vermittlung zwischen England und Transvaal sollten wir uns womöglich nicht einlassen".***) Damit war Bülow, laut Bemerkung am Kopf des Schriftstückes, „ganz einverstanden".†) Auch der Kaiser spricht sich in seinen Randbemerkungen ganz entschieden gegen Vermittlung oder Einmischung aus.

Hatzfeldt übermittelte dem Auswärtigen Amt am 9. August ein Telegramm des Vertreters der Firma Goerz in Johannesburg, in dem dieser

*) Bülow an Kaiser Wilhelm, 20. Dezember 1899, Große Politik, 15, 362. (Nr. 4354). Bemerkung am Kopf: ja!

**) Text der Verträge zwischen deutscher und englischer Regierung vom 30. August 1898: Große Politik, 14, I, 347 ff. (Nr. 3872).

***) Aufzeichnung Holsteins vom 8. Juni 1899, Große Politik, 15, 372. (Nr. 4362).

†) Aufzeichnung Holsteins, a. a. O., Große Politik, 15, 373.

meldet: „Wir hören, daß Präsident Krüger dem französischen Konsul inoffiziell mitgeteilt habe, daß Regierung eine Kommission gestatten werden, falls deutscher[1], französischer und russischer Konsul Delegierte ernennen, da sonst Auslegung unabweisbar, daß britische Regierung sich in innere Angelegenheiten der südafrikanischen Republik mischt."*) Der Kaiser stimmt dem nicht zu mit den Worten: „Nein! geht uns nichts an";**) ebenso in der Schlußbemerkung: „W i r halten uns da heraus! die Haager Friedenskonferenz kann ja einspringen."**) Richthofen forderte daraufhin am 10. August den Konsul Biermann in Pretoria auf, in Aeußerungen über den Konflikt mit der englischen Regierung die „strengste Zurückhaltung"***) beachten zu wollen! Das ergänzende Telegramm vom 13. August besagt: „Deutschland wird sich in k e i n e r F o r m in den Transvaalstreit hineinziehen lassen."†) Dieses Telegramm war sicher auf einen Drahtbericht Bülows hin abgesandt worden, in dem dieser rät, Konsul Biermann nochmals einzuschärfen, daß sich Deutschland „in keiner Form in den Transvaalstreit"††) hineinziehen lassen werde! Obwohl wir nicht fehlgehen, wenn wir das Richthofensche Telegramm vom 10. August als unmittelbare Folge der Randbemerkungen Kaiser Wilhelms ansprechen, so können wir doch nicht von direkt bestimmendem Einfluß seiner Marginalien auf die auswärtige Politik reden, da die leitenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes in diesem Punkte ohnehin mit dem Kaiser einig und zudem an das deutsch-englische Abkommen vom 30. August 1898 gebunden waren.†††)

Sehr interessant ist in dieser Frage, daß wir an Randbemerkungen des Kaisers, die weniger den Charakter einer Direktive als den einer momentanen Gefühlsäußerung tragen, zeigen können, daß der Kaiser im Grunde seines Herzens ganz auf Seiten der englandfeindlichen öffentlichen Meinung stand! Doch hatten gerade diese die persönliche Einstellung des Kaisers kennzeichnenden Marginalien keinen Einfluß auf die Politik, da sie jeder Angabe zur praktischen Durchführung entbehrten! So sehen wir, daß die gegen die englische Kriegspolitik gerichteten Randbemerkungen in keiner Weise die offizielle Leitung der deutschen Politik von dem Wege abbringen konnten oder sollten, den der Kaiser schon da und dort durch Randbemerkungen gewiesen hatte!

In einem Privatschreiben an Kaiser Wilhelm teilt Hatzfeldt diesem mit, daß die Situation sich wesentlich verschlechtert habe, seit die Suzeränitätsfrage in den Vordergrund der Diskussion gestellt worden sei. Das nationale Selbstgefühl sei, wie übrigens Mr. Chamberlain nur sehnsüchtig gewünscht habe, durch die Forderung der Buren verletzt worden; es gäbe daher jetzt

*) Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 9. August 1899, Große Politik, 15, 380, (Nr. 4370).

**) Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 15, 381.

***) Richthofen an Biermann, 10. August 1899, Große Politik, 15, 382. (Nr. 4371).

†) Richthofen an Biermann, 13. August 1899, Große Politik, 15, 384. (Nr. 4373).

††) Bülow, z. Z. in Semmering, an das Auswärtige Amt, 12 .August 1899, Große Politik, 15, 383, (Nr. 4372).

†††) Text der Verträge, a. a. O., Große Politik, 14, I, 347 ff. (Nr. 3872).

keinen Engländer, welcher Partei er auch angehören möge, der nicht die Oberherrschaft Englands in Transvaal auch mit Gewalt verteidige. „Ob diese Auffassung in den Verträgen begründet ist, deren Inhalt der großen Majorität des hiesigen Publikums wahrscheinlich ganz unbekannt ist, wird darin keinen Unterschied machen, und man begnügt sich mit der Annahme, daß England, selbst wenn ihm kein vertragsmäßiger Titel zur Seite stände, the paramount power in Südafrika ist[1] und diese Stellung unter allen Umständen aufrechterhalten muß."*) Dazu bemerkt Wilhelm II. treffend: „[1]Die alte Englische skrupellose Interessen- und Rüpelpolitik."**)

Bezeichnender sind die zahlreichen Randbemerkungen zu einem Bericht des Gesandten in Lissabon, Grafen von Tattenbach, vom 9. Oktober 1899. Dieser gibt darin ein Gespräch mit seinem englischen Kollegen Sir Hugh Mac Donald wieder, in welchem der letztere seinem Herzen in leidenschaftlichen Worten Luft macht. „Ganz Europa intrigiere gegen England[1] und stecke seine Stecken in die Räder".***) (Rb. des Kaisers): „[1]Alle Wetter das ist überraschend!"†) Von überall her würden Einflüsse geltend gemacht, um auf die englische Regierung einzuwirken, das „ungerechte Blutvergießen" zu vermeiden. Dies geschehe aus Haß gegen England, was ganz deutlich die Presse der betreffenden Länder und insbesondere auch die deutsche Presse zeige, „die die schärfste Sprache gegen England führe, und die Buren ermutige, und doch hätte es in Deutschland nur eines Machtwortes von oben bedurft[3], um alles zum Schweigen zu bringen".††) (Rb. des Kaisers): „[3]Man kann manches von „Oben" machen, nicht aber das Rechtsgefühl des Deutschen zum Schweigen bringen! Gott sei Dank!"†††) England ziehe daraus die Folgerung und werde von jetzt ab nur noch sein eigenstes Interesse im Auge haben[4]. (Rb. des Kaisers): „[4]W o hat es bis(her) dieses n i c h t im Auge gehabt??"§)

Was das deutsch-englische Abkommen anbetreffe, so meinte Sir Hugh, sie hätten nichts davon gehabt, wnn sie die Portugiesen zur Annahme der englischen Anerbietungen gezwungen hätten. „Wir hätten sie zu Feinden Englands gemacht und den Buren in die Arme getrieben, wobei sie dann Mozambique an die Buren verloren hätten[7]."§§) (Rb. des Kaisers): „[7]Unsinn! und das hätte England ihnen nicht sofort abgenommen??"§§§)

Als der Gesandte von Tattenbach die korrekte Haltung der Kaiserlichen Regierung während des ganzen Verlaufes des Krieges darlegte, gab dies Sir Hugh auch zu, meinte aber, man könne nicht wissen, was hinter den

*) Hatzfeldt an Kaiser Wilhelm, 27. August 1899, Große Politik, 15, 386. (Nr. 4374),
**) Hatzfeldt an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 15, 390.
***) Tattenbach, z. Z. in Monte Estoril, an Hohenlohe, 9. Oktober 1899, Große Politik, 15, 402. (Nr. 4392).

†) Tattenbach. z. Z. in Monte Estoril, an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 15, 404.
††) Tattenbach an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 15, 402.
†††) Tattenbach an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 15, 404.

§) Tattenbach an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 15, 404.
§§) Tattenbach an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 15, 403.
§§§) Tattenbach an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 15, 404.

Kulissen geschehen sei, solange Leyds*) sich in Berlin aufgehalten habe.[12]**) Dies Mißtrauen veranlaßt den Kaiser zu der entrüsteten Bemerkung: „[12]Unglaubliche Frechheit!“***)

Von der langen ausführlichen Schlußbemerkung des Kaisers sei folgendes hervorgehoben: So wie Sir Hugh denken die meisten „Jingoes“ in England, die Kehrseite der „Glorious isolation“ komme zum Durchbruch. „Außerdem ist das Gefühl wach geworden, daß man durch permanentes Rüpeln und Schubsen alle andren Mächte tüchtig vor den Kopf gestoßen hat und diese sich nun alle freuen, daß der Rüpel nun an den Rechten kam.“ Durch unser stilles Dulden der bisherigen schlechten Behandlung von Seiten Englands seien wir ihnen ein dauernder Vorwurf. „Das Spiel wird zu theuer. Das ist John Bull nicht gewohnt! Das Risiko ist mit einem Male gewachsen! Und das ärgert unsern Alten! Mögen sie ordentlich in die Patsche kommen, und Indien, Asien und Abessinien mit in den Tanz eingreifen.“†)

Einen anderen Charakter tragen die folgenden Randbemerkungen, die im Gegensatz zu den obigen Marginalien mehr „Randverfügungen“ gleichkommen. Von ihnen ist zu bemerken, daß sie peinlich genau ausgeführt wurden, obgleich ihr Inhalt von weniger großer Wichtigkeit für die Politik gewesen ist. Hatzfeldt berichtet, daß Chamberlain dem Freiherrn von Eckardstein, dem ersten Sekretär bei der deutschen Botschaft in London, zwei Telegramme des englischen Gouverneurs von Kapland, Sir Alfred Milner, gezeigt habe, an deren Inhalt er fest glaube. Ersterer habe auf Grund eines von der englischen Behörde beschlagnahmten Briefes eines deutschen Offiziers festgestellt, daß dieser noch der Armee angehörige Offizier darin seine Abreise zur Burenarmee angekündigt habe. Der Kaiser bemerkt: „[1]Namen nennen“ und „[2]Hatzfeldt soll sich vom frechen John nicht „bluffen“ lassen und ihn ganz kurzer Hand auf solche generellen Anschuldigungen scharf abfertigen unter Hinweis auf meinen an die Armee gegebenen Befehl.“††) Auf diesen vom Kaiser zurückgegebenen Bericht antwortet Bülow: „Unser allergnädigster Herr hat zu demselben bemerkt, man solle sich doch nicht durch Herrn Chamberlain und dessen Werkzeuge — wie Milner — verblüffen lassen, denen natürlich daran liegt, für die Folgen ihrer politischen und militärischen Fehlgriffe irgendwo im Auslande einen Sündenbock zu suchen. Seine Majestät verlangt, den Namen des deutschen aktiven Offiziers zu erfahren, welcher seine demnächstige Ankunft dem Obersten Schiel angezeigt haben soll.“†††)

---

*) Gesandter der Südafrikanischen Republik im Haag, zugleich in Wien und Paris akkreditiert.

**) Tattenbach an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 15, 403.

***) Tattenbach an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 15, 405.

†) Tattenbach an Hohenlohe, a. a. O., Große Politik, 15, 405.

††) Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, 20. Dezember 1899, Große Politik, 15, 427. (Nr. 4402).

†††) Bülow an Hatzfeldt, 21. Dezember 1899, Große Politik, 15, 427 (Nr. 4403).

Eine andere Randbemerkung knüpft sich daran, daß ganz allgemein in der öffentlichen Meinung die Ansicht herrsche, daß die Buren von deutschen Generalstabsoffizieren geführt würden. Der Kaiser vermerkt dazu: „[5]Ist bereits durch Mister Robinson in einem Interview sehr gewandt und richtig widerlegt worden."*) Der Erlaß lautet zu diesem: „Zu dem Schlußsatz des Telegramms bemerkte Seine Majestät: Die Tendenzlüge, daß die Buren von deutschen Generalstabsoffizieren geführt würden, sei bereits von Mr. Robinson in einem — Ew. jedenfalls bekannten — Interview wirksam und richtig widerlegt worden."**) Zu der Schlußbemerkung des Kaisers: „An Mr. Chamberlain soll der Botschafter Kenntnis geben von meinem Befehl an alle Armeecorps des Heeres auch für die im Verabschiedetenverhältniß stehenden Truppen-Angehörigen sich nicht nach Afrika begeben zu dürfen. Das genügt! ..."***) Um die Uebereinstimmung der Randbemerkung mit dem Wortlaut des Erlasses zu zeigen, sei der betreffende Passus wörtlich angeführt: „Endlich hat Seine Majestät befohlen, daß Herr Chamberlain Kenntnis von dem kaiserlichen Befehl gegeben werde, der an alle Armeekorps des Heeres ergangen ist und selbst den im Verabschiedeten-Verhältnis stehenden Truppenangehörigen untersagt, sich nach Afrika zu begeben."†) So haben wir hier das unter Kaiser Wilhelms Regierung seltene Beispiel, daß sich die Antwortnote völlig aus den Randbemerkungen des Kaisers zusammensetzt.

Als Graf Osten-Sacken im Auftrag der russischen Regierung in Berlin eine Vermittlung Deutschlands, Rußlands und Frankreichs vorschlug, um dem südafrikanischen Krieg ein Ende zu machen, verharrte die deutsche Regierung in ihrer neutralen Haltung. Bülow knüpfte nämlich daran die Bedingung, daß die vertragschließenden Mächte sich gegenseitig ihren europäischen Besitzstand garantieren sollten, was einer Ablehnung gleichkam.

Auch Kaiser Wilhelm hatte es ausgeschlagen, sich an einer Vermittlung zu beteiligen! Die an einem Bericht Radolins vom 5. März 1900 vermerkten Aeußerungen Kaiser Wilhelms bringen dies klar zum Ausdruck. Radolin telegrafiert, in der Frage der Vermittlung habe Graf Murawiew entgegnet, „Rußland sei lediglich von humanitären Gesichtspunkten geleitet und zu wenig materiell in Afrika interessiert, um auch nur ein Sondieren in London allein vorzunehmen[3]".††) (Rb. des Kaisers): „[3]aha! Sehr richtig für Paris".†††) Es wäre besser, die großen Kontinentalmächte würden gemeinsam einen solchen Schritt unternehmen[4], was ja in England keine Verstimmung erwecken könne, da es sich ausschließlich um humanitären Zweck handle[5]. Der Kaiser trifft das Richtige,

*) Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 15, 427.

**) Bülow an Hatzfeldt, a. a. O., Große Politik, 15, 428.

***) Hatzfeldt an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 15, 427.

†) Bülow an Hatzfeldt, a. a. O., Große Politik, 15, 428.

††) Radolin an das Auswärtige Amt, 5. März 1900, Große Politik, 15, 520. (Nr. 4476).

†††) Radolin an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 15, 520.

wenn er am Rande bemerkt: „[4]Natürlich sollen wir dabei hineinfallen" und „[5]umso leichter muß es ja gerade Rußland allein werden! Da wir ja materielle Interessen haben, daher also ungeeignet sind."*) Radolin berichtet zurück, „was die Sondierung in London anlangt, so würde Deutschland, welches anerkanntermaßen erhebliche materielle Interessen in Südafrika hat, durch seine Mitwirkung bei der Sondierung möglicherweise Anlaß zu einer falschen Auslegung der Beweggründe gegeben haben. Solche Mißdeutung sei aber ausgeschlossen für Rußland, welches nur humanitäre Zwecke verfolge."**)

Nach einer anderen Stelle des Radolinschen Berichts hatte sich Murawiew dahingehend geäußert, daß in der Frage der Garantie des europäischen Besitzstandes die damit unvermeidlich zusammenhängenden langwierigen Verhandlungen den eigentlichen Zweck des Vorschlages, die schleunige Beendigung des Krieges, illusorisch machen würde.***) Der Kaiser bezeichnet diesen Einwand als „Unsinn!" Ein kurzes Telegramm Delcassés an Noailles würde vollauf genügen!†) In anderen Worten gibt dies auch der Erlaß Bülows wieder: „Es sei unrichtig, daß ein Garantieabkommen langwierige Verhandlungen erfordert haben würde. Es würden vielmehr einfache telegraphische Erklärungen der betreffenden Regierungen an ihre respektiven Botschafter genügt haben, um die erforderliche Grundlage zu schaffen . ."††) Von einer Teilnahme Deutschlands an der vorgeschlagenen Vermittlung konnte unter diesen Umständen keine Rede sein.

Die Frage, ob die verschiedenen Burendeputationen vom Kaiser empfangen oder nicht empfangen werden sollten, war in der damaligen Zeit für die auswärtige Politik von großer Bedeutung. Die Randbemerkungen, die sich an den entsprechenden Aktenstücken befinden, haben im wesentlichen auch auf die geschäftliche Fortführung der Angelegenheit eingewirkt.

Am 15. April 1900 erfolgte die Ankunft einer außerordentlichen Burengesandtschaft unter Führung des Staatsrats Fischer in Holland, die die Möglichkeit einer Vermittlung der europäischen Mächte zugunsten der Transvaalregierung erforschen sollte. Auf Anraten des holländischen Ministers de Beaufort statteten sie zuerst den Vereinigten Staaten von Amerika einen Besuch ab, konnten aber trotz des begeisterten Empfangs durch das Publikum von der Regierung nichts erreichen. Als der Gesandte im Haag, Graf von Pourtalès, die Absicht der Deputation, nach Amerika zu gehen, dem Kaiser mitteilte, schrieb dieser an den Kopf des Schriftstückes: „In Berlin wünsche ich die Herren jetzt nicht zu haben."†††) Zu der Absicht der Burendeputation, nach Berlin zu kommen, um eine Audienz bei dem Kaiser zu erwirken, bemerkt Kaiser Wilhelm: „Nein! Ihr einziges Ziel muß Petersburg sein! Die Haager Friedenskon-

*) Radolin an das Auswärtige Amt, 5. März 1900, Große Politik, 15, 520 (Nr.4476)
**) Bülow an Radolin, 7. März 1900, Große Politik, 15, 521. (Nr. 4477).
***) Radolin an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 15, 520.
†) Radolin an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 15, 520.
††) Bülow an Radolin, a. a. O., Große Politik, 15, 521.
†††) Bülow an Pourtalès, 28. April 1900, Große Politik, 15, 543 (Nr. 4498).

ferenz kann ja in ihrem Instigator angreifen (angerufen!*) und mobil gemacht werden."**) Diese Randbemerkung wurde auch, wie der Immediatbericht Bülows zeigt, an Pourtalès zur Verwertung weitergegeben.***)

Gleichzeitig legt er einen Bericht des deutschen Gesandten in Brüssel bei, in dem Graf Alvensleben mitteilt, daß Dr. Leyds immer noch Hoffnung habe, daß eine Intervention Frankreichs und Rußlands zustande komme, falls die kaiserliche Regierung sich ihnen anschließen oder die Aktion wenigstens ruhig geschehen lassen wolle. Zu dem ersten Vorschlag bemerkt der Kaiser: „Nein!", während er dem letzteren ohne weiteres zustimmt.†) Auch gibt er dem kaiserlichen Gesandten Recht, wenn er starken Zweifel hegt, ob die beiden Großmächte unter den obwaltenden Umständen ein derartiges Eingreifen vornehmen würden. Er meint: „Die werden sich schwer hüten!"†) Daß diese Randbemerkungen auf die Entscheidungen der leitenden Persönlichkeiten von Einfluß waren, läßt sich aus einem Telegramm des stellvertretenden Staatssekretärs, Gesandten von Derenthall, entnehmen. Er werde, im Falle daß Dr. Leyds nochmals um eine Audienz der Burengesandtschaft beim Kaiser nachsuche, „gemäß der früheren von unserem allergnädigsten Herrn erteilten Direktive in freundlicher Weise erwidern, daß eine Audienzerwirkung wegen Abwesenheit Seiner Majestät nicht möglich sei."††)

Zu diesen früher erteilten Direktiven gehört unter anderem auch eine Bemerkung des Kaisers zu einem Telegramm Bülows vom 20. Juni 1900, die einen Empfang der von Amerika zurückkehrenden Burengesandtschaft entschieden ablehnte.†††) In einem Schreiben vom 29. August macht Bülow dem Kaiser „mit Rücksicht auf die Euerer Majestät bereits mehrfach geäußerte Willensmeinung"§) den Vorschlag, die Transvaalgesandten in freundlicher Weise dahin bescheiden zu dürfen, daß der Kaiser durch die Manöver verhindert sei, die Deputation zu empfangen, womit sich der Kaiser auch einverstanden erklärte.

Im Jahre 1902 taucht noch einmal die Frage auf, ob eine Deputation der Burengenerale Botha, Dewet und Delarey empfangen werden soll oder nicht! Am 12. September 1902 hält es Bülow nicht für ausgeschlossen, daß der Kaiser ein Verbot für Burenversammlungen erlassen und womöglich sogar die Ausweisung der Burengenerale anregen werde.§§) Bülow rät jedoch am 17. September dem Kaiser, die Generale zu emp-

*) Anmerkung *: Große Politik, 15, 545.
**) Bülow an Kaiser Wilhelm, 2. Juni 1900, Große Politik, 15, 545. (Nr. 4500).
***) Bülow an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 15, 545,

†) Bülow an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 15, 546.
††) Derenthall an Metternich, z. Z. in Wilhelmshöhe, 7. August 1900, Große Politik, 15, 547 (Nr. 4502).
†††) Bülow an Kaiser Wilhelm, z. Z. in Brunsbüttel, 20. Juni 1900, Große Politik, 15, 546. (Nr. 4501).

§) Bülow an Kaiser Wilhelm, 29. August 1900, Große Politik, 15, 548 (Nr. 4504).
§§) Bülow z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt, 12. September 1902, Große Politik, 17, 217. (Nr. 5090).

fangen, da sie am englischen Königshofe auch aufgenommen worden seien und ganz andere Zwecke verfolgen als Präsident Krüger und die früheren Deputationen. Damit würde vielleicht auch bezweckt, daß den „antienglischen Radaubrüdern" in Berlin „am wirksamsten in die Suppe gespuckt werden würde."*) Darauf bemerkt Kaiser Wilhelm am Kopf des Schriftstückes „einverstanden. Sollen sich im Oktober bei mir melden. Durch Lascelles**) anmelden lassen."***) Daraufhin läßt Bülow den drei Generälen melden, unter welchen Bedingungen sie empfangen würden. Als nun aber Freiherr von Eckardstein derart dringend abrät, die Generäle zu empfangen, da sich der Engländer direkt eine Erregung bemächtigt habe, bemerkt der Kaiser am Kopf des Schriftstücks: „Unter diesen Umständen unterbleibt die Audienz, denn ich bin der Einzige, der die Engländer noch hält, sonst brechen sie vorzeitig los und meine Flotte ist nicht fertig. Es ist viel besser, die Engl(ische) Regierung lehnt ab, und wir richten uns darnach!"†) Als die Generäle von der englischen Regierung dazu gedrängt, sich dahingehend äußern, daß es für sie mißlich sei, um eine Audienz zu bitten, macht Kaiser Wilhelm die Randbemerkung: „dann nicht".††) Zu einer Meldung des Reichskanzlers vom 14. Oktober 1902 verfügt Kaiser Wilhelm sogar, daß kein Mitglied seiner Regierung oder offizieller Beamtenkategorien sich mit den Buren einlassen oder an Veranstaltungen für dieselben teilnehmen dürfe. Dasselbe gelte für das Militär.

Zusammenfassend können wir über den Einfluß der Randbemerkungen des Kaisers in der Burenfrage sagen, daß die Marginalien in ihrer Mehrzahl für die Führung der Politik von nicht geringer Bedeutung gewesen sind, insbesondere diejenigen, welche sich mit der geschäftlichen Behandlung der Frage befaßten. Jedoch ist noch einmal zu betonen, daß in der Hauptsache von Anfang an Uebereinstimmung zwischen dem Kaiser und seinen Ratgebern bestanden hatte. Umgekehrt haben wir auch gesehen, daß solche Randbemerkungen, die eigentlich Richtung und Ziel der deutschen Politik hätten angeben können, ohne Einwirkung geblieben sind, schon weil ihnen der Kaiser nicht die nötige praktische Folge gegeben hatte.

C.

Die Kaisermächte und die Mazedonische Frage 1900—1903. Das Mürzsteger Reformprogramm.

In dem großen Hexenkessel Europas, dem Balkan, brodelte es einmal wieder um die Jahrhundertwende! Alle daran interessierten Mächte richteten ihr Augenmerk in verschärftem Maße auf die unruhigen Länder des

*) Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt, a. a. O., Gr. Pol., 17, 220.
**) Englischer Botschafter in Berlin.
***) Bülow, z. Z. in Norderney, an das Auswärtige Amt, a. a. O., Gr. Pol., 17, 220.
†) Eckardstein an Bülow, 4. Okt. 1902, Große Politik, 17, 231 (Nr. 5101).
††) Bülow an Kaiser Wilhelm, 8. Okt. 1902, Große Pol., 17, 233 (Nr. 5102) Rb. 1.

Balkans und insbesondere auf Mazedonien, das diesmal der Mittelpunkt der Unruhen war.

Die beiden Kaiserstaaten Oesterreich und Rußland hatten schon 1897 ein Abkommen geschlossen, in dem sie übereingekommen waren, den status quo erhalten zu wollen. Allerdings war jedem Einsichtigen klar, daß Rußland sich nicht die Hände binden lassen würde, wenn es ihm geeignet erschiene, in irgend einer Weise sich aktiv zu betätigen. In Oesterreich gedachte man mit Befriedigung der heilsamen Wirkungen dieser Entente sowohl in Reden als auch in der Presse. Kaiser Wilhelm hatte Recht, wenn er sich über die freundschaftlichen Beziehungen zu Rußland am Rande eines Berichts folgendermaßen äußert: „³mit den Punktat (ionen) und ihren Folgen ist es vis-à-vis Oesterreich dasselbe, wie bei uns mit der „Traditionellen" Freundschaft mit Russland. Russland kehrt sich in beiden Fällen nicht daran, und Oesterreich und Deutschland halten treu an den „Traditionen" allein und einseitig fest und fallen dabei herein."*)

In welchem Maße sich die Randbemerkungen Kaiser Wilhelms in dieser Zeit ausgewirkt haben, läßt sich schwer feststellen, da im Verhältnis zu der Zahl der Berichte nur eine geringe Anzahl von Erlassen in der großen Aktenpublikation veröffentlicht worden ist. Dennoch versuchen wir, im Verlauf der Darstellung festzustellen, in wieweit die Randbemerkungen Kaiser Wilhelms die auswärtige Politik beeinflußt haben, indem wir die von den Randbemerkungen verfolgten Tendenzen in Vergleich setzen zu den tatsächlichen Entscheidungen. Wir können die Feststellung machen, daß die Randbemerkungen den Einfluß, der ihnen hätte zukommen sollen, nur in äußerst bescheidenem Maße ausgeübt haben.

An der traditionellen deutschen Orientpolitik wurde auch in dieser Zeit von 1900—1902 nicht gerüttelt! Neben dem völligen Sichfernhalten aus den Balkanhändeln war die Sorge für die Sicherheit des Sultans und den Bestand seines Reiches nach wie vor eine Kardinalaufgabe der deutschen Politik. Eine weitgehende Unterstützung der Orientpolitik der Verbündeten war damit verbunden! Obwohl der Kaiser natürlich selbst nicht willens war, darin eine Aenderung herbeizuführen, sehen wir doch an manchen Randbemerkungen, daß er von der Politik der Verbündeten keine allzu hohe Meinung hatte. Davon kann keine Rede sein, daß diese Randbemerkungen einen Einfluß auf die Politik gehabt haben. Die Annäherung Rußlands an Bulgarien war für Oesterreich und Serbien eine „furchtbare Ohrfeige".**) Als infolgedessen eine kriegerische Verwicklung nicht mehr ausgeschlossen war, ließ Kaiser Wilhelm am Schluß eines Eulenburgschen Berichts vom 1. April 1900 seinen Gefühlen freien Lauf: „Das ist alles die Folge von Kalnokys dämlicher Politik! Erst läßt er seinen

*) Marschall an Bülow, 19. Februar 1901, Große Politik, 18, I, 141 (Nr. 5454).

**) Reichenau an das Auswärtige Amt, 26. März 1900, Große Politik, 18, I, 88. (Nr. 5428). Rb. 1.

besten Trumpf Milan fallen und um die Ecke gehen! dann stößt er Ferdinand solang vor den Kopf, bis der nach Petersburg geht! Zweiter verlorener Trumpf! Nachdem soweit die Oesterreicher selbst durch ihr Verhalten sich alle Chancen aus der Hand gegeben, müssen sie nun mehr oder minder mitmachen, was die Russen dort unten angeben! Alle die obigen Gründe sind nur Verlegenheitsredensarten und erinnern uns lebhaft an die Kunst der Chinesen, bei der es vor allem darauf ankommt, das „Face" zu retten!"*)

Unterdessen wurden die Beziehungen von Rußland und Oesterreich immer gespannter und die Verstimmung Rußlands erreichte einen solch hohen Grad, daß die deutsche Regierung sich bewogen sah, in ihrem ausgesprochenen Friedenswillen vermittelnd einzuwirken. Als die Auffassung in Rußland vertreten wurde, daß für Deutschland im Fall eines Angriffs Oesterreichs — den Rußland diesem schon aufzwingen würde — der casus foederis eintreten müßte, bemerkte der Kaiser: „Tna! dazu gehören zwei ,und da wir es wissen, werden wir mit Wien schon Gegenmaßregeln ergreifen, daß kein Feuer entstehe".**) In dieser Ansicht war der Kaiser mit den leitenden Persönlichkeiten des Auswärtigen Amtes durchaus einig!

Wenn auch diese Frage zuerst noch nicht akut wurde, so wurde die Lage in Mazedonien immer ernster. Das Bandenunwesen und die damit verbundenen Unruhen nahmen immer größeren Umfang an. Die Unzufriedenheit der Bulgaren, Serben und anderer dort wohnender Stämme richtete sich nicht gegen die Mängel der türkischen Verwaltung, sondern gegen die Existenz der türkischen Herrschaft überhaupt! Deshalb hielt auch der deutsche Botschafter in Konstantinopel, Freiherr von Marschall, von Reformen, die nur die Verwaltung in besseren Zustand bringen sollten, nicht viel.***) Rußland zeigte seine Nichtachtung der Punktation von 1897 dadurch, daß es im Februar 1901 eine Demarche sowohl in Sofia als auch in Konstantinopel unternahm, ohne Oesterreich davon in Kenntnis zu setzen! Schließlich ließ der Sultan trotz seiner Versprechungen alles beim alten. Die deutsche Regierung möchte demzufolge von Vorstellungen bei dem Sultan betreffs Einführung von Reformen absehen; als der Geschäftsträger in Petersburg, Graf von Pückler, am 21. Okt. 1901 meldete, daß die Russen dem Sultan baldige Reformen empfohlen hätten, um der Ausschreitungen und Unruhen Herr zu werden, schrieb der Kaiser an den Rand: „!Die Russen verlangen „Reformen"!!! Heiliger Nikolaus! Da kann Effendimis mit Recht antworten, fangt erstmal bei Euch an!"†)

Am 5. November 1901 faßt Marschall die deutsche Politik im nahen Orient dahin zusammen: Wir können dort „gelegentlich die Friedensarbeit unserer Verbündeten unterstützen, aber eine aktive oder gar führende Rolle

*) Eulenburg an Hohenlohe, 1. April 1900, Große Politik, 18, I, 93 (Nr. 5432).
**) Radolin an Hohenlohe, 29. Mai 1900, Große Politik, 18, I, 105. (Nr. 5438).
***) Marschall an Bülow, 16. Januar 1901, Große Politik, 18, I, 124 (Nr. 5445).
†) Pückler an Bülow, 21. Oktober 1901, Große Politik, 18, I, 149 (Nr. 5459).

zu spielen, liegt außerhalb des Rahmens der deutschen Politik.“*) Dazu bemerkt Kaiser Wilhelm: „Unterschreibe ich aus ganzer Seele.“**) Wir sehen, soweit stimmt Kaiser Wilhelm der vom Auswärtigen Amt eingeschlagenen Richtung der deutschen Politik völlig zu. Anders wurde es aber, als im Jahre 1902 die Reformen nun ernsthaft erwogen wurden!

Die vom Sultan als Ausdruck der angekündigten Reformen getroffenen „Dispositionen“ waren aber völlig nichtssagend, sodaß alles beim alten blieb!***) Marschall selbst steht den Reformen ablehnend gegenüber! Jedoch gesteht er zu, daß die bereits getroffenen ziemlich harmlos seien. „Auch die Ratschläge, die jüngst von zwei Großmächten in dieser Beziehung dem Sultan gegeben worden sind, brauchen nicht tragisch genommen zu werden. Mein russischer Kollege steht der Reformfrage durchaus skeptisch gegenüber?“. Der Randvermerk des Kaisers lautet: „?ich erst recht“,†) und zum Schluß macht er noch die wichtige Bemerkung: „Daher, was die deutsche Politik dazu tun kann, um diese unsinnigen Reformpläne zunichte zu machen, das muß sie thun! Ich werde n i e m a l s eine solche Aufforderung an Effendimis mitmachen.“††) Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Freiherr von Richthofen, stößt einen Monat später noch in dasselbe Horn! Der alte und gebrechliche Staatskörper vertrage keine Reformen; das wäre gleichbedeutend mit Auflösung. Der Botschafter entspreche durchaus den Intentionen seiner Regierung, wenn er „möglichste Zurückhaltung“ bewahre.†††) Trotz der in den Randbemerkungen klar zum Ausdruck gekommenen Auffassung Kaiser Wilhelms können wir bemerken, wie sich nach und nach im Auswärtigen Amt die Ansicht durchsetzte, es sei nötig, die Reformen zu befürworten, und sogar beim Sultan dahingehende Schritte zu unternehmen! Am 26. November meldet Marschall dem Auswärtigen Amt, daß er dem Sultan den dringenden Rat gegeben habe, Maßregeln durchzuführen, die seine Autorität in den aufrührerischen Provinzen aufrecht zu erhalten geeignet seien.§) Ein russisches Kommuniqué vom 15. Dezember 1902 bringt denn auch schon konkrete Reformvorschläge für die Verwaltung in Mazedonien.§§) Marschall und mit ihm das Auswärtige Amt waren bereit, diese Vorschläge zu unterstützen. Ein Telegramm Richthofens vom 19. Dezember besagt: „. . . Es bleibt somit dabei, daß Ew. die jetzigen Reformvorschläge des Herrn Sinowiew auch namens der kaiserlichen Regierung befürworten“!§§§) Zur Regelung der

*) Marschall an Bülow, 3. Nov. 1902, Große Politik, 18, I, 157 (Nr. 5460).
**) Marschall an Bülow, a. a. O., Große Politik, 18, I, 157.
***) Wangenheim an Bülow, 2. Sept. 1902, Große Politik, 18, I, 165f. (Nr. 5468).
†) Marschall an Bülow, 7. Oktober 1902, Große Politik, 18, I, 172 (Nr. 5469).
††) Marschall an Bülow, a. a. O., Große Politik, 18, I, 172.
†††) Richthofen an Alvensleben, 21. Nov. 1902, (ab 22. Nov.), Große Politik, 18, I, 182 (Nr. 5476).
§) Marschall an das Auswärtige Amt, 26. Nov., 1902, Große Politik, 18, I, 185 (Nr. 5480).
§§) Aufzeichnung Bülows, 15. Dezember 1902, Anlage, Große Politik, 18, I, 200 (Nr. 5489).
§§§) Richthofen an Marschall, 19. Dez. 1902, Große Politik, 18, I, 205 (Nr. 5493).

Sprache des Gesandten in Belgrad, Freiherrn von Waecker-Gotter, drahtet Bülow am 22. Dezember, daß alle Verbesserungsvorschläge darnach beurteilt werden müßten, ob sie geeignet schienen, „auf Beruhigung hinzuwirken."*)

Wichtig ist die Bemerkung des Kaisers zum Begleitbrief Bülows vom 13. Januar 1903 zu der österreichisch-russischen Punktation, die zwischen dem Grafen Goluchowski und dem Grafen Lamsdorff vereinbart worden war. Er bemerkt dort: „Die ganze Sache ist doch ziemlicher Quatsch!"**) Wie wenig diese geringschätzige Bemerkung des Kaisers beachtet wurde, sehen wir aus dem folgenden. Nachdem Sinowiew am 31. Januar 1903 noch einige Aenderungen an der Fassung des wichtigsten Punktes, der Absetzung des Generalinspektors, gemacht hatte, stimmt Marschall ohne weiteres zu! Ja, Holstein sieht im Gegensatz zum Kaiser „lediglich Vorteile" in der in Aussicht genommenen Aktion Rußlands und Oesterreichs. Es dürfte sich empfehlen, „daß der Kaiserliche Botschafter angewiesen wird, in dem ihm geeignet erscheinenden Maße sich seinem österreichischen Kollegen gegenüber entgegenkommend und anerkennend für dessen neuestes Programm zu zeigen."***)

Mitte Februar hat sich dann auch der Kaiser dazu bringen lassen, entgegen seinen bisherigen Aeußerungen, den Reformen zuzustimmen. Wir entnehmen dies aus einem Erlaß Richthofens, der lautet: „Die Regierung Seiner Majestät des Kaisers hat nach allerhöchster Genehmigung sofort ihre Zustimmung zu dem Reformprogramm ausgesprochen und die Befürwortung desselben durch Ew. pp. zugesichert . . ."†)

Auf der anderen Seite sind wieder Randbemerkungen, die an und für sich ganz unbedeutend sind, durch Bülow — vielleicht gerade deswegen — nach Inhalt und Form peinlichst genau in seine diesbezüglichen Erlasse aufgenommen worden. So erzählt Goluchowski dem Fürsten Eulenburg während seiner Unterredung über die Lage in Bulgarien, daß Fürst Ferdinand von Bulgarien während seines Besuches in Wien sich „in heftigen Anklagen gegen König Karol, der seine zwei Besuche noch nicht erwidert habe[1]",††) ergangen habe, worauf Kaiser Wilhelm bemerkt: „[1]Hätte Carol auch tun können und sollen."†††) „Die Handlungen des Fürsten sind", fuhr Graf Goluchowski fort, „fast immer auf Eitelkeit[2] oder — Furcht zurückzuführen." (Rb. des Kaisers): „[2]dabei sollten ihn die Oesterreicher fassen."§) Aus diesen zwei Bemerkungen wird im Erlaß Bülows: „Oesterreich, welches aus naheliegenden Gründen zur

*) Bülow an Waecker-Gotter, 22. Dezember 1902, (ab 23. Dez.) Große Politik 18, I, 216 (Nr. 5499).

**) Bülow an den Kaiser, 13. Januar 1903, Große Politik, 18, I, 227 (Nr. 5507).

***) Aufzeichnung des Vortragenden Rats von Holstein, 2. Februar 1903, Große Politik, 18, I, 237 (Nr. 5512).

†) Richthofen an Marschall, 17. Februar 1903, Große Politik, 18, I, 238 (Nr. 5513).

††) Eulenburg an Bülow, 23. Januar 1901, Große Politik, 18, I, 129 (Nr. 5449).

†††) Eulenburg an Bülow, a. a. O., Große Politik, 18, I, 131.

§) Eulenburg an Bülow, a. a. O., Große Politik, 18, I, 131.

Annahme einer drohenden Sprache gegenüber Bulgarien nicht geneigt ist, sollte den Fürsten bei derjenigen Eigenart, die neben seiner Verschlagenheit und der Furcht vor politischen Mördern am meisten bei ihm zutage tritt, bei der Eitelkeit zu fassen suchen."*) Und zu Randbemerkung 1 schreibt er: „Die Klage des Fürsten Ferdinand, daß König Karol ihm seine zwei Besuche noch nicht erwidert habe, ist verständlich. Der König hätte sich in seinem Lande Unzuträglichkeiten erspart, wenn er seinen Widerwillen gegen die Erfüllung dieser Höflichkeitspflicht aus politischen Gründen überwunden hätte."**)

An anderer Stelle im Eulenburgschen Bericht heißt es: Graf Goluchowski „habe es für nötig gehalten, bezüglich der agitatorischen Tätigkeit des Herrn Bachmetiew durch Baron Aehrenthal bei Graf Lamsdorff Vorstellungen zu erheben. Auf eine frühere Anregung habe Graf Lamsdorff geantwortet: „Bachmetiew ist ein Narr[3]! . ."***) Der Kaiser meint dazu: „[3]er ist im Gegenteil sehr gescheit, schlau und gebildet."†) Darauf schreibt Bülow nahezu wörtlich: „Ich halte Herrn Bachmetiew durchaus nicht für das, als was Graf Lamsdorff ihn Baron Aehrenthal gegenüber bezeichnet hat, nämlich einen Narren. — Er ist im Gegenteil als recht gescheit, schlau und gebildet bekannt."††)

Im übrigen hoffe Graf Goluchowski, daß Rußland sich auch in der Tat aufraffen werde, um zusammen mit Oesterreich einen schärferen und dadurch wirksameren Druck auszuüben, „denn nur durch einen russischen Druck auf die Komitees selbst oder doch durch deren Kenntnis, daß Rußland nicht einverstanden mit ihrer provokatorischen Tätigkeit sei, werde vielleicht etwas zu erreichen sein.[4] Ob sich Bulgarien von irgend einem coup de tête wirklich abhalten lassen werde, selbst wenn Rußland davon abriete[5], erschiene ihm sehr fraglich."†††) (Rb. des Kaisers): „[4]sehr richtig", und „[5]wenn Rußland ernstlich abrät — ja".§) In der Antwortnote schreibt Bülow: „In der Hauptsache stimme ich mit Graf Goluchowski überein, nämlich darin, daß nur durch einen russischen Druck auf die Komitees selbst oder doch dadurch, daß diese die Ueberzeugung gewinnen, daß Rußland mit ihren Machinationen nicht einverstanden ist, etwas zu erreichen sein wird. Wenn Rußland wirklich ernstlich von einem weiteren Vorgehen abrät", wird sich Bulgarien sicher zurückhalten lassen.§§) Ja, sogar als der Kaiser den „ernstlichen Willen Rußlands"§§§), die Ruhe auf dem Balkan nicht zu stören, in Frage

*) Bülow an Eulenburg, 30. Januar 1901, (ab 1. Febr.) Große Politik, 18, I, 132 (Nr. 5450).
**) Bülow an Eulenburg, a. a. O., Große Politik, 18, I, 132.
***) Eulenburg an Bülow, a. a. O., Große Politik, 18, I, 129.
†) Eulenburg an Bülow, a. a. O., Große Politik, 18, I, 131.
††) Bülow an Eulenburg, a. a. O., Große Politik, 18, I, 132.
†††) Eulenburg an Bülow, a. a. O., Große Politik, 18, I, 130.
§) Eulenburg an Bülow, a. a. O., Große Politik, 18, I, 131.
§§) Bülow an Eulenburg, a. a. O., Große Politik, 18, I, 132.
§§§) Eulenburg an Bülow, a. a. O., Große Politik, 18, I, 130.

stellt,*) nimmt dies Bülow in seinen Erlaß auf! Er schreibt: „Ob Rußland aus eigener Initiative ernstlich daran gehen wird, dem Treiben des mazedonischen Komitees in Bulgarien Einhalt zu gebieten, ... erscheint mir vorderhand noch zweifelhaft."**)

Die Randbemerkungen des Kaisers zu der Frage, ob die türkische Regierung zum Vorgehen gegen die bulgarischen Banden in Mazedonien angehalten werden solle, tragen in ihrer Verwirklichung mehr den Charakter der Unterstützung und der Bestätigung der schon eingeschlagenen Richtung der deutschen Politik. Wir lesen schon am 28. Februar 1903, daß Richthofen Marschall ersucht, bei dem Sultan sich „für eine schleunige und gründliche Durchführung des jetzigen gemäßigten Programmes zu verwenden und nichts zu unterlassen."***) Die am Marschallschen Bericht vom 13. März 1903 angebrachten Bemerkungen des Kaisers stimmen auch völlig mit dem Schritt der deutschen Regierung überein. Wie Marschall von Tewfik Pascha erfuhr, hatte der russische Gesandte bereits den dringenden Rat erteilt, gegen die bulgarischen Banden unnachsichtlich vorzugehen; der Kaiser bemerkt dazu: „Gut."†) Die Pforte soll zeigen, daß sie Herr im Hause sei! Rußland werde keine Einwendungen machen. (Rb. des Kaisers): „bravo!"††) Die Tatsache, daß der englische Botschafter Sir Nicholas O'Conor dem türkischen Minister von einem Vorgehen abgeraten habe, veranlaßten den Kaiser zu dem Ausruf: „unerhört!!"†††) Die Erwiderung Marschalls, die Türkei müsse in ihrem eigenen Interesse die den beiden Kaisermächten Deutschland und Oesterreich gegebene Zusage bezüglich der Durchführung der Reformen gewissenhaft ausführen und die Bandenunruhen durch reguläre Truppen rücksichtslos niederschlagen lassen,§) bejaht der Kaiser ganz und gar! Zum Schluß fügte er noch hinzu: „Marschall nochmals von m i r aus auf das Eindringlichste dem Tewfik sagen lassen, ich vertraute fest auf die Loyalität des Zaren und Kaiser F(ran)z Josefs in dieser Sache und rathe dringend ihren Wünschen prompt zu folgen, allen Widerstand feste niederzuschlagen".§§) Wie wir aus einem Immediatbericht Richthofens ersehen können, wurden diese Bemerkungen als Instruktionen an Wangenheim gedrahtet: „Die Randvermerke, welche Euere Majestät zu der betreffenden, alleruntertänigst wieder beigefügten telegraphischen Meldung gemacht hatten, sind dem Freiherrn von Wangenheim als Ergänzung für seine Instruktionen gedrahtet worden."§§§)

*) Eulenburg an Bülow, a. a. O., Rb. 6, Große Politik, 18, I, 131.
**) Bülow an Eulenburg, a. a. O., Große Politik, 18, I, 132.
***) Richthofen an Marschall, 28. Febr. 1903, Große Politik, 18, I, 245 (Nr. 5516).

†) Marschall an das Auswärtige Amt, 13. März 1903, Große Politik, 18, I, 246 (Nr. 5517). Rb. 1.
††) Marschall an das Auswärtige Amt, a. a. O., Rb. 2, Große Politik, 18, I, 246.
†††) Marschall an das Auswärtige Amt, a. a. O., Rb. 3, Große Politik, 18, I, 246.

§) Marschall an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 18, I, 246.
§§) Marschall an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 18, I, 246.
§§§) Richthofen an Kaiser Wilhelm, 9. April 1903, Große Politik, 18, I, 252 (Nr. 5522).

Für die Ermordung des russischen Konsuls Tscherbina in Mitrowitza wünscht Rußland Satisfaktion zu erhalten! Wangenheim erhält durch das Telegramm Nr. 131 vom 12. April die Weisung, auf gebührende Satisfaktion zu dringen und insbesondere „den Sultan zur sofortigen Durchführung der versprochenen Reformen in Mazedonien zu bewegen.“*) In den Erlassen und Berichten jener Tage kehrt dieser Gedanke immer wieder. Der kaiserliche Geschäftsträger in Konstantinopel hatte „wiederholt“ Instruktionen erhalten, sich für das Bestreben Rußlands und Oesterreichs nach Möglichkeit einzusetzen.**) Am 16. April 1903 heißt es im Erlaß an Wangenheim: „Seine Majestät der Kaiser hat bestimmt, daß Ew. pp. eine Audienz beim Sultan erbitten und unmittelbar nach den Botschaftern Rußlands und Oesterreichs die von diesen erhobenen Vorstellungen und Forderungen in allerhöchstseinem Namen nachdrücklichst unterstützen.“***) Wangenheim hat hierauf in der Audienz beim Sultan einen ernsten und überaus scharfen Ton angeschlagen, mit dem Kaiser Wilhelm laut Randbemerkung völlig einverstanden ist.†)

Diese auf Befehl des Kaisers erfolgte Unterstützung der österreichisch-russischen Demarche war, wie die folgenden Berichte zeigen, von Erfolg begleitet! Der Vormarsch der türkischen Armee war noch am selben Abend angetreten worden. Sinowiew gibt auch zu erkennen, daß zu diesem Erfolg „die wertvolle Unterstützung Seiner Majestät des Kaisers wesentlich beigetragen[2]“ habe.††) (Rb. des Kaisers): „[2]es sollte mich freuen, falls der gewünschte Erfolg eintritt.“†††) Auch Freiherr von Calice drückte seinen Dank aus.§) „Es sei von allerhöchstem Wert für die beiden Mächte, daß der Kaiser ihren Wünschen bei seinem Freunde, dem Sultan, Nachdruck verliehen habe“§§) Am 4. Juli 1903 betonte Lamsdorff von neuem, „wie wertvoll unsere tatkräftige Unterstützung seiner Balkanpolitik gewesen sei.“§§§)

Es zeigte sich jedoch in den nächsten Monaten, daß die Aktion der Mächte wie auch die vom Sultan ergriffenen Maßnahmen keine Wendung zum Besseren gebracht hatten. Die Lage in Mazedonien wurde sogar immer komplizierter. Dazu trug auch bei, daß der Sultan große türkische Truppenmassen in den drei betreffenden Wilajets angesammelt hatte und dieselben immer noch vermehrte. Wangenheim weist deshalb darauf

*) Anmerkung *: Große Politik, 18, I, 256.

**) Richthofen an Wedel, 15. April 1903, Große Politik, 18, I, 257 f. (Nr. 5527).

***) Richthofen an Wangenheim, 16. April 1903, Große Politik, 18, I, 260 (Nr. 5530).

†) Wangenheim an das Auswärtige Amt, 17. April 1903, Große Politik, 18, I, 265 (Nr. 5533).

††) Wangenheim an das Auswärtige Amt, 18. April 1903, Große Politik, 18, I, 266, (Nr. 5534).

†††) Wangenheim an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 18, I, 267.

§) und §§) Wangenheim an das Auswärtige Amt, 19. April 1903, Große Politik, 18, I, 267 (Nr. 5535).

§§§) Alvensleben an das Auswärtige Amt, 4. Juli 1903, Große Politik, 18, I, 299 (Nr. 5558).

hin, daß es im Interesse einer turkophilen Politik liege, „den Sultan baldmöglichst zu einer Zurückziehung wenigstens der anatolischen Truppen zu bewegen." Auch beabsichtige Herr Sinowiew, „eine darauf hinzielende Demarche zu machen, sobald die Ruhe auf einen längeren Zeitraum als gesichert angenommen werden kann[1].*) Dazu bemerkt Kaiser Wilhelm: „Wie immer soll von uns aus kräftigst unterstützt werden."**) Von der Ausführung der Randbemerkung erfahren wir aus einer Aufzeichnung vom 3. Juli 1903, die als Direktive für eine Unterredung mit dem türkischen Botschafter diente. Sie besagt, daß dem Sultan sehr zu raten wäre, von einer größeren Truppenkonzentration an der bulgarischen Grenze abzusehen, da sie zum Vorwand genommen werden könnte, um die Türkei in einen Krieg mit Bulgarien hineinzuziehen, der weitere Verwicklungen nach sich ziehen könnte.***)

In der Tat wurde auch die Lage auf der Balkanhalbinsel immer gespannter. Bulgarien trieb mit Bewußtsein zum Kriege gegen die Türkei und konnte nur noch durch die ernstesten Vorstellungen einiger Mächte zur Ruhe gebracht werden. In einem Bericht Richthofens an Kaiser Wilhelm II. vom 31. August 1903 wird die Gesamtlage und die Entwicklung der mazedonischen Frage gut charakterisiert. Der russische Minister des Aeußern, Graf Lamsdorff, habe angesichts der im Wilajet Adrianopel und in der Nähe Bulgariens sich mehrenden Unruhen die Ansicht ausgesprochen, daß es unbedingt nötig und wichtig sei, daß neben Rußland auch die andern Mächte in Sofia in ernster Weise davor warnen, sich in einen Krieg mit der Türkei hineinreißen zu lassen! Es sei ihm hierauf von der deutschen Regierung die Antwort zuteil geworden, daß Deutschland sich von Anfang an die Erhaltung des Status quo im europäischen Orient habe angelegen sein lassen und noch nie ein aktives Eingreifen in die Balkanhändel in Betracht gezogen habe. Dies sei auch dem Bulgaren zur Kenntnis gekommen. Jedoch wolle es Deutschland auf Wunsch Rußlands nochmals betonen! Vorher möchte es aber noch näher über die Art des vorzunehmenden Schrittes unterrichtet werden. Lamsdorff habe gesagt, daß zunächst einmal über die Frage der Zweckmäßigkeit einer Demarche in Sofia unter den Botschaftern eine Einigung zu schaffen sei, wozu der Kaiser am Rande bemerkt: „[2]Blödsinn!"†) Richthofen fährt fort: „Auf dieses Telegramm ist für den Fall Euerer Majestät allerhöchster Genehmigung die nachstehende Antwort in Aussicht genommen[3]: „Zwar können wir die Verantwortung, eine Botschafterkonferenz anzuraten, nicht auf uns nehmen[4], denn bei den bekannten Ansichten der westlichen Mächte ist alsdann mit radikaler Umgestaltung des Programms und der Endziele

*) Wangenheim an Bülow, 13. Juni 1903, Große Politik, 18, I, 293 (Nr. 5554).

**) Wangenheim an Bülow, a. a. O., Große Politik, 18, I, 296.

***) Aufzeichnung (Unsignierte Reinschrift), 3. Juli 1903, Große Politik, 18, I, 297 (Nr. 5556). Ferner Anmerkung *: S. 297.

†) Richthofen an Kaiser Wilhelm, 31. August 1903, Große Politik, 18, I, 350. (Nr. 5598).

zu rechnen[5], beziehungsweise mit schärferer Betonung der Divergenzen unter den Mächten, von welchen ein Teil zu Bulgarien hinneigt. Wir werden jedoch, falls von russischer Seite die Anregung zu einer solchen Konferenz kommt, uns von derselben nicht ausschließen[6].“*) (Rb. des Kaisers): „[3]diese Antwort hätte mir erst vorgelegt werden sollen, da sie im Ende meinen Wünschen durchaus n i c h t entspricht!“ „[4]ganz gewiß nicht“; „[5]ja“; und „[6]bitte sehr! ich werde sie unter k e i n e n U m s t ä n d e n mitm a c h e n! Ich will nicht bei einem 2ten Kreta-Raub sein; denn Rumelien ist dann verloren!“**) Auch sei „unter allen Umständen“***) von einem weiteren Schritt in Konstantinopel abzusehen!

Auf diese den kaiserlichen Willen so klar zum Ausdruck bringenden Randbemerkungen hin konnte ja Richthofen nicht anders handeln, als seinen Entwurf zurückziehen. Er schreibt an Kaiser Wilhelm: „Euerer Kaiserlichen und Königlichen Majestät gestatte ich mir alleruntertänigst zu melden, daß die Absendung der ... vom gestrigen Tage entworfenen Antwort nach Petersburg von Euerer Majestät zuvoriger Genehmigung abhängig gemacht war. Infolge der von Allerhöchstdemselben getroffenen Entscheidung wird nunmehr von einer Rückäußerung nach Petersburg überhaupt abgesehen werden.“†)

Als ein Gegenstück kann das Verhalten des Auswärtigen Amtes in der Frage einer Demarche in Sofia und Konstantinopel bezeichnet werden! Gegen einen Schritt in Konstantinopel hatte sich der Kaiser schon in oben erwähnten Randbemerkungen ausgesprochen.††) Ganz entrüstet ist der Kaiser, als Richthofen ihm meldet, daß Oesterreich mit dem Gedanken umgehe, im Falle eines Krieges zwischen der Türkei einerseits und Rußland und Bulgarien andererseits an die Seite Rußlands zu treten, da ihm schwerlich etwas anderes übrig bleibe, wenn es der „Hinopferung der Christen durch die Türken“†††) nicht ruhig zusehen wolle! Der Kaiser bemerkt darauf am Rand: „[2]das ist ja geradezu bodenlos! Golu(chowski) von Bachmetiew ins Schlepptau genommen!“§) Ganz entschieden bekennt sich der Kaiser auch weiterhin zu seiner Orientpolitik, als Richthofen auf obige Eventualität hin den Gedanken äußert, daß Deutschland den anderen Mächten gegenüber dann gänzlich isoliert dastehe! „[3]Es bleibt bei meiner Politik den Türken gegenüber! Ob ich isolirt bin oder nicht, ist mir völlig einerlei! Diesen Straßenüberfall mache ich nicht mit! meine Politik wird nicht von Herrn Bachmetieff geleitet werden!“§§)

*) Richthofen an Kaiser Wilhelm, 31. August 1903, Große Politik, 18, I, 349. (Nr. 5598).

**) Richthofen an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 18, I, 350.

***) Richthofen an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Rb. 7, Große Politik, 18, I, 350.

†) Richthofen an Kaiser Wilhelm z. Zt. in Dresden, 1. September 1903, Große Politik, 18, I, 350. (Nr. 5599).

††) Richthofen an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 18, I, 350. Rb. 7.

†††) Richthofen an Kaiser Wilhelm, z. Zt. in Dresden, 2. September 1903. Große Politik, 18, I, 351 (Nr. 5600).

§) Richthofen an Kaiser Wilhelm, z. Zt. in Dresden, a. a. O., Große Pol., 18, I, 352.

§§) Richthofen an Kaiser Wilhelm, z. Zt. in Dresden, Große Politik, 18, I, 352.

Auch für einen Schritt in Sofia ist der Kaiser jetzt nicht mehr zu gewinnen. Dies können wir einer Randbemerkung des Kaisers zum Bericht Rombergs, des deutschen Geschäftsträgers in Petersburg, vom 2. Sept. 1903 entnehmen, als dieser meldet, er halte es für nützlich, wenn in Sofia nochmals von allen Mächten ihr Standpunkt nachdrücklichst betont würde. Des Kaisers Schlußbemerkung lautet dazu: „Lauter faule Ausreden und kleine Palliativmittel. Das Einzige wäre sofortiges Einrücken in Sofia.“*) Trotzdem antwortet Richthofen, es würde sich „wohl nur noch um eine erneut von allen beteiligten Mächten nach Sofia zu richtende Warnung“ handeln.**) „An einem solchen Schritt würden wir uns voraussichtlich beteiligen können.***)

In der Frage der Demarche in Konstantinopel hielt sich Richthofen noch an die Vermerke des Kaisers. „Mit Rücksicht auf die mehrfach bestimmt ausgesprochene Stellungnahme des Kaisers“ müsse jeglicher Schritt in Konstantinopel unterbleiben.†) Dagegen wäre zu empfehlen, daß die in Aussicht gestellte warnende Erklärung in Sofia ohne weiteres abzugeben wäre. Noch am selben Tage wurde der Regierung ein russisch-österreichisches Promemoria übergeben, das von den Mächten nach Konstantinopel und Sofia zu richtende Vorstellungen in Anregung brachte. Darauf vollzieht sich auch in dieser Hinsicht der Umschwung in der Haltung des Auswärtigen Amtes! Romberg meldet, daß Graf Lamsdorff ein entschiedenes Mißtrauen gegen Deutschlands Haltung betreffs Konstantinopel habe, und uns der Begünstigung der Türkei bezichtige.††) Ferner hetze die russische Presse gegen Deutschland. „Bei dieser Sachlage möchte es sich fragen, ob wir nicht, um die russische Verstimmung zu heben, gut tun, in Konstantinopel mindestens einen ähnlichen Schritt, wie das Promemoria vorschlägt, zu tun.“†††) Er könne ja durch Marschall milder gestaltet werden.

Wichtig ist nun, daß Richthofen dem Reichskanzler anheimstellt, ob er die Genehmigung des Kaisers für geboten erachte; in dem Fall würde er ein Telegramm an Kaiser Wilhelm richten. Der Randvermerk des Vortragenden Rats Klehmet vom 16. September besagt jedoch: der Vorschlag sei „anderweitig erledigt“!§) Daß Kaiser Wilhelm nicht damit einverstanden war, zeigen die Randbemerkungen desselben zum Bericht des Grafen Bernstorff vom 16. September 1903. Der englische Staatssekretär des Aeußern, Lord Lansdowne, habe angeregt, das russisch-österreichische Promemoria zu einem regelrechten Reformprogramm zu erweitern. Der

*) Romberg an das Auswärtige Amt, 5. September 1903, Große Politik, 18, I, 354 (Nr. 5602).

) und *) Richthofen an Bülow, 12. September 1903, Große Politik, 18, I, 354 (Nr. 5603).

†) Richthofen an Bülow, a. a. O., Große Politik, 18, I, 354.

††) Romberg an das Auswärtige Amt, 14. September 1903, Große Politik, 18, I, 355 f. (Nr. 5604).

†††) Richthofen an Bülow, 15. Sept. 1903, Große Politik, 18, I, 357. (Nr .5605).

§) Anmerkung*: Große Politik, 18, I, 357.

Kaiser vermerkt dazu: „[1]!!! Quatsch“*) und „[2]ganz bestimmt nicht! Jetzt kann überhaupt nicht von Reformen geredet werden!**) Bernstorff meldet weiterhin, daß sich die italienische Regierung kein praktisches Resultat von dem Promemoria verspreche, was der Kaiser seinerseits nur bestätigen möchte. Auch sei anzunehmen, daß Lord Lansdowne seine Antwort auf die Promemorien mit dem französischen Geschäftsträger verabredet habe, worauf der Kaiser bemerkt: „[4]also diese beiden Windhunde jagen den türkischen Hasen bereits à deux!“***)

Als Romberg meldet, Graf Lamsdorff habe erkennen lassen, daß er die Ablehnung seines Vorschlags „als eine persönliche Kränkung und Anzweiflung seiner Loyalität bitter empfinden würde“,†) entschließt sich Richthofen, die Erklärung in Konstantinopel abzugeben. Das Telegramm an Romberg lautet: „Der Kaiserliche Botschafter in Konstantinopel ist heute von mir telegraphisch angewiesen worden, die in dem Memorandum der beiden Ententemächte in Anregung gebrachte Erklärung nunmehr auch der türkischen Regierung gegenüber abzugeben.“††) Mit diesen beiden Demarchen in Sofia und Konstantinopel hatte aber das Auswärtige Amt in vollstem Gegensatz zu den Randbemerkungen des Kaisers gehandelt!!

Das von Kaiser Wilhelm immer wieder so entschieden betonte Prinzip der deutschen Politik, nicht in die Balkanhändel einzugreifen, wird noch einmal durchbrochen in der Frage der Ausführung der Mürzsteger Punktationen. Da die Zustände in Mazedonien immer unhaltbarer geworden waren, und es offensichtlich war, daß die Türkei nicht ohne Mithilfe und Kontrolle der europäischen Mächte wieder Ordnung im Lande herstellen konnte, wollte Sinowiew das Reformprogramm erneut und verschärft wissen. Er hatte zu diesem Zweck ein Memorandum ausgearbeitet, daß neben der Erreichung von acht weiteren Vizekonsulaten und einer neuen territorialen Abgrenzung der mazedonischen Verwaltungsbezirke die Anstellung etlicher europäischer Offiziere forderte, die die türkische Verwaltung reformieren und überwachen sollten.†††) Die Entrevue des russischen und österreichischen Herrschers hatte als Ergebnis die vom 2. Oktober 1903 datierten Mürzsteger Punktationen, die in Form von identischen Noten Rußlands und Oesterreichs mit einem gemeinsamen Memorandum der Pforte übergeben wurde. Vor allem war darin die Durchführung der Reformen verlangt und die Ernennung eines fremdländischen Offiziers als Generalinspektor.§)

*) Bernstorff an das Auswärtige Amt, 16. Sept. 1903, Große Politik, 18, I, 358, (Nr. 5606).

**) Bernstorff an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 18, I, 358.

***) Bernstorff an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 18, I, 358.

†) Romberg an das Auswärtige Amt, 16. September 1903, Große Politik, 18, I, 359, (Nr. 5607).

††) Richthofen an Romberg, 20. Sept. 1903, Große Politik, 18, I, 360 (Nr. 5609).

†††) Wangenheim an das Auswärtige Amt, 22. September 1903, Große Politik, 18, I, 362 (Nr. 5610).

§) Die Punktationen sind zuerst veröffentlicht in dem englischen Blaubuch Turkey Nr. 4 (1903); daraus abgedruckt in: Das Staatsarchiv Bd. 70, S .270 ff.

Marschall glaubte, den „Intentionen der kaiserlichen Regierung zu entsprechen", wenn er in seinem Verhalten sich größte Zurückhaltung auferlegt.*) Der Kaiser ist damit ganz einverstanden! Ein an den Grafen von Wedel gerichteter Erlaß besagt auch dasselbe. Es müsse „jede Einwirkung auf die Einzelheiten des Reformprogramms, oder der Vorschläge zu dessen Durchführung und Kontrolle" wie bisher vermieden werden, da wir ja in der Balkanfrage erst in zweiter Linie interessiert seien.**)

Am 18. Oktober richtet Bülow an den Kaiser einen Brief, in dem er ausspricht, daß ihm sehr bedenklich erscheine, wenn wir „durch Verwendung eines in türkischen Diensten stehenden deutschen Offiziers zur Reorganisation der Gendarmerie uns jetzt in die Reformaktion" mit hineinziehen ließen.***) Der Kaiser weist dies auch in seinem Marginale völlig ab! „!darf unter keinen Umständen geschehen!"†) Als der Reichskanzler um die Erlaubnis fragt, „dem Versuch, deutsche Offiziere zur Reorganisierung der Gendarmerie zu verwenden, eine ablehnende Haltung einnehmen" zu dürfen††), antwortet der Kaiser mit „selbstverständlich".†††) Wie wir aus dem Bericht Marschalls schließen können, hat sich dieser den obigen Gedanken angeeignet, und schreibt, daß er dem Sultan gegenüber die Stellung vertreten würde, daß Deutschland sich in die Einzelheiten der Durchführung der Reformen nicht einmischen werde, sondern es der türkischen Regierung überlassen würde, sich mit den näher interessierten Mächten zu verständigen.§) Damit ist auch Bülow einverstanden: „Bezüglich des deutschen Generals für die Reorganisation der Gendarmerie bleibt die Ew. pp. auf Grund allerhöchster Entscheidung erteilte Instruktion selbstverständlich in Kraft",§§) das heißt, er lehnt einen deutschen Offizier ab! „Wir würden deshalb die uns zugedachte Bezeichnung eines deutschen Offiziers zum Gendarmeriechef nicht übernehmen können."§§§) Immerhin geht er soweit, daß er dem Sultan die Befolgung der Ratschläge Oesterreichs und Rußlands dringend empfiehlt.

Von englischer Seite wurde daraufhin der Vorschlag gemacht, daß ein großbritannischer Offizier mit der Reorganisation der Gendamerie beauftragt werden solle. Dazu bemerkt der Kaiser ganz entschieden: „2Nein! Ganz bestimmt nicht die Engländer haben ja zu Hause gar keine Gen-

*) Marschall an das Auswärtige Amt, 9. Oktober 1903, Große Politik, 18, I, 368, (Nr. 5613).

**) Richthofen an Wedel, 10. Okt. 1903, Große Politik, 18, I, 369. (Nr. 5614).

***) Bülow an Kaiser Wilhelm, 18. Oktober 1903, Große Politik, 18, I, 372 (Nr. 5616).

†) Bülow an Kaiser Wilhelm ,a. a. O., Große Politik, 18, I, 373.

††) Bülow an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 18, I, 373.

†††) Bülow an Kaiser Wilhelm ,a. a. O., Rb. 2, Große Politik, 18, I, 373.

§) Marschall an das Auswärtige Amt, 21. Oktober 1903, Große Politik, 18, I, 375, (Nr. 5618).

§§) Bülow an Marschall, 25. Okt. 1903, Große Politik, 18, I, 378 (Nr. 5620).

§§§) Bülow an Marschall, 18. Okt. 1903, Große Politik, 18, I, 380 (Nr. 5622).

darmen und Gendarmerieoffiziere."*) Italien sei jedoch mit dem englischen Vorschlag einverstanden, aber sie wollten noch das Einverständnis der übrigen Mächte abwarten, worauf der Kaiser bemerkt: „'gut! kriegt sie aber nicht;"**) und zum Schluß: „... England darf unter keinen Umständ(en) eine Rolle dabei spielen, und Italien die Führung zu geben, wäre mit England gleichbedeutend."***) Inzwischen hatte Bülow auf ein Telegramm vom 23. Dezember aus Konstaninopel den Kaiser dazu gedrängt, die Ernennung eines italienischen Offiziers zu genehmigen. Der Kaiser war, wie aus obiger Randbemerkung hervorgeht, diesem Ansinnen durchaus abgeneigt und machte geltend, daß dann die Westmächte einen „offiziellen Agenten für Albanien" auf dem Balkan hätten. Doch lenkte schließlich der Kaiser ein und ließ durch Richthofen an Marschall melden, daß die Ernennung eines italienischen Gendarmeriekommandanten im Palais dringend zu empfehlen sei und zwar ausdrücklich als Unterstützung der beiden Ententemächte.

Hatten so die Randbemerkungen auf den Gang der Ereignisse keinen Einfluß ausgeübt, so taten sie es noch weniger, als im Januar 1904 sogar zugestanden wurde, daß ein deutscher Stabsoffizier, Major von Alten, an der Reorganisation der Gendarmerie sich mit beteiligen werde! Auch dazu hatte sich schließlich der Kaiser auf wiederholtes Drängen Rußlands und Oesterreichs bereitfinden lassen.

3. Kapitel: Dritter Zeitabschnitt 1912—13.

A.

Die Mission Lord Haldanes nach Berlin und ihre Nachklänge. 1912.

Im November 1911 konnte der deutsche Botschafter in London, Graf von Metternich, seiner Regierung melden, daß in England nach der Beilegung des Marokkostreites der allgemeine Wunsch bestände, mit Deutschland in ein besseres Verhältnis zu kommen. Daraufhin trat die deutsche Regierung in Verhandlungen mit England ein und da gerade in Deutschland eine neue Flottennovelle geplant wurde, war man gerne gewillt, über die beiderseitigen Flottenpläne zu diskutieren und den englischen Wünschen gegenüber sich entgegenkommend zu verhalten. Doch geschah dies

*) Marschall an das Auswärtige Amt, 5. Dezember 1903, Große Politik, 18, I, 401, (Nr. 5636).
**) Marschall an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 18, I, 401.
***) Marschall an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 18, I, 401.

nur unter der Bedingung, daß Deutschland eine hinreichende Bürgschaft für eine deutschfreundliche Orientierung der englischen Politik erhalten würde. Der englische Kriegsminister Lord Haldane war hierauf am 8. Februar 1912 persönlich nach Berlin gekommen und hatte sich im Auftrag des englischen Kabinettes bereit erklärt, ein politisches Abkommen mit der deutschen Regierung zu schließen, das eine aggressive Politik zwischen den beiden Ländern ausschließen sollte. Auch sollten die kolonialen Bestrebungen Deutschlands Unterstützung finden. Dafür forderte Haldane die Verlangsamung des Bautempos der drei in der Flottennovelle vorgesehenen Linienschiffe, Berücksichtigung der Engländer hinsichtlich der Bagdadbahn usw.

Damit war man in Berlin grundsätzlich einverstanden, wenn man auch über die Formulierung des politischen und kolonialen Abkommens noch zu keiner Einigkeit gelangt war. Als jedoch im englischen Kabinett eine Besprechung über diese Frage stattfand und die deutsche Flottennovelle von der englischen Admiralität einer Nachprüfung unterzogen wurde, war das Ergebnis ein wesentlich anderes! Die Frage eines political agreement trat in den Hintergrund, während die Novelle einer eifrigen Kritik unterzogen wurde. Das der deutschen Regierung am 24. Februar 1912 übersandte englische Memorandum löste den auch bei dem Kaiser und seiner Regierung große Entrüstung aus. Das Begleitschreiben Metternichs war dem Kaiser nur wesentlich verkürzt und sogar fälschlicherweise als „Entzifferung" vorgelegt worden!*) In aller Ausführlichkeit gibt Kaiser Wilhelm in den Bemerkungen zu diesem Bericht seinem Unmut Ausdruck und legt darin verschiedene Direktiven für die Beantwortung des Memorandums nieder. Der Kaiser bemerkt, Metternich hätte richtigerweise sich weigern müssen, ein derartiges Memorandum überhaupt weiterzugeben, da Sir Edward Greys Vorschlag in Wahrheit „eine völlige désavouirung der Verhandlungen von Lord Haldane mit S. M. bedeutete",**) und dieser zudem über ein political agreement zu verhandeln habe und nicht einseitig über unsere Flottennovelle! Das könne er sich nicht gefallen lassen. Auch sieht der Kaiser sogleich, daß es den Engländern in Wirklichkeit um die Novelle zu tun ist. Auch Metternich schreibt in seinem Bericht: „Die Hauptsache bleibt die Frage, ob wir uns über die Novelle verständigen könnten." (Rb. des Kaisers): „das war doch von Anfang an so! d. h. ob wir sie fallen lassen wollen"***). Und in seiner Schlußbemerkung führt er aus, daß Deutschland ein Neutralitätsabkommen vorgeschlagen hätte, das aber von England bis jetzt noch nicht angenommen worden sei. „Jetzt stoßen sie die von uns acceptirte Haldanesche Basis sans façon um, verlangen mehr oder weniger ein Fallenlassen der Novelle ohne uns auch das Geringste in Bezug auf die Neutralität Bindende

) Metternich an Bethmann Hollweg, 24. Februar 1912, Große Politik, 31, 132ff. (Nr. 11373), und Anmerkung auf Seite 135.

) und *) Metternich an Bethmann Hollweg, 24. Februar 1912, Große Politik, 31, 136. (Nr. 11 374).

anzubieten! Ein solch einseitiges Vorgehen ist absolut unannehmbar! Erst sollen sie uns den Entwurf des Neutralitätsabkommens schicken, dann werden wir darüber befinden, was wir thun werden!"*)

Eine Einigung über die Novelle kann nur „auf der von Haldane und mir besprochenen Basis" zustande kommen.**) Noch schärfer drückt er diesen Gedanken in der Schlußbemerkung aus. Grey tue in der Tat, als ob es sich um eine „Einigung" über eine von den beiden Mächten einzubringende Gesetzesvorlage handle. „Also eine freche Ingerenz in das freie Selbstbestimmungsrecht einer großen Nation seitens einer anderen. Das ist nicht mehr verhandeln, sondern Zwang ausüben und Sommationen stellen! Ich lasse mich auf Nichts dergleichen ein! Meine Verhandlungsbasis ist die mit Lord Haldane abgemachte, dessen Programm seinerzeit***) — auf sein ausdrückliches Betonen — vom Engl(ischen) Gesamtkabinett gebilligt war. Ich gehe davon nicht ab. Jede Detailbesprechung meiner Novelle lehne ich a limine ab. Sie hat nichts mit dem agreement zu thun!"†) Ebenso bestimmt gibt Kaiser Wilhelm in einem Handschreiben vom 28. Februar 1912 Kiderlen seine Haltung kund.††)

Wenn wir im Hinblick auf diese Bemerkungen Kaiser Wilhelms die Frage stellen, in welchem Maße sie denn auf die ausführenden Organe der deutschen Politik wirklichen Einfluß gehabt haben, so kommen wir zu dem Ergebnis, daß des Kaisers Direktiven in vielen Punkten abgeschwächt oder gar nicht ausgeführt wurden. Zu Anfang ist noch in den Aufzeichnungen des Kanzlers vom 28. Februar, die als Direktiven für die Beantwortung des englischen Memorandums dienen sollten, der Einfluß der Marginalien zu bemerken. Auch Bethmann hatte sich auf die vom Kaiser so entschieden betonte Haldanesche Basis zurückgezogen, als der Versuch Kiderlens, den Staatssekretär des Reichsmarineamts von Tirpitz und dadurch auch den Kaiser zu größerem Entgegenkommen in der Frage der Flottenrüstung zu bewegen, fehlgeschlagen war. So schreibt Bethmann Hollweg, daß wir in dem jetzigen Verhalten Englands, einen Teil ihrer Angebote einfach fallen zu lassen und an Stelle dessen die deutsche Flottenvorlage zu kritisieren, „eine vollständige Désavouierung Haldanes" erblicken müßten. Trotzdem sei Deutschland „zu einem political agreement auf der Basis bereit, die hier mit Haldane besprochen worden ist".†††) Die den Unmut des Kaisers erregende Désavouierung Haldanes und sein Festhalten an der Haldaneschen Basis hat somit, wenn auch in bescheidener Weise, seinen Ausdruck in der Aufzeichnung gefunden; aber

*) Metternich an Bethmann, a. a. O., Große Politik, 31, 136.
**) Metternich an Bethmann, a. a. O., Rb. 6, Große Politik, 31, 136.
***) 8. Februar 1912.
†) Metternich an Bethmann, a. a. O., Große Politik, 31, 137.
††) Kaiser Wilhelm an Kiderlen, 28. Februar 1912, Große Politik, 31, 141 f. (Nr. 11 378).
†††) Aufzeichnung Bethmanns vom 28. Febr. 1912, Große Politik, 31, 139 f. (Nr. 11 376).

von der unbedingten Forderung des Kaisers nach einem Neutralitätsabkommen, ohne das er nicht weiter verhandeln werde, ist mit keinem Wort die Rede. Letzteres kommt jedoch noch zur Sprache in der endgültigen Fassung des Erlasses. Dort schreibt Bethmann Hollweg an Metternich: „Ganz besonders aber hat es uns überrascht, daß der Minister mit keinem Vorschlag bezüglich des in Aussicht genommenen Neutralitätsabkommens hervorgetreten ist. Nur eine gleichzeitige Behandlung der politischen und der maritimen Frage kann zum Ziel führen."*) Gleichzeitig mit diesem Erlaß ging auch das Memorandum ab, das schon am 1. März der englischen Regierung hätte vorgelegt werden sollen.**) Das, wie Bethmann an den Kaiser schreibt, „nach den Direktiven Euerer Majestät verfaßte Memorandum",***) ist im Verhältnis zu des Kaisers Randbemerkungen überaus mäßig gehalten. Die „völlige désavouirung" empfindet der Reichskanzler nur als „eine Abweichung von dem Standpunkt, der bei der Entsendung von Lord Haldane maßgebend zu sein schien".†) Im übrigen gäbe sich die deutsche Regierung der Hoffnung hin, daß ein Neutralitätsabkommen „die Möglichkeit zu einer Fortführung der Verhandlungen bieten wird."††)

Als dem Kaiser am 4. März der Bericht Metternichs über eine Unterredung mit Haldane vorgelegt wurde, können wir aus den Randbemerkungen des Kaisers deutlich entnehmen, daß die betreffenden Nachrichten ihn in große Erregung versetzten. Metternich erfuhr nämlich von Lord Haldane unter dem Siegel strengster Geheimhaltung, daß das englische Kabinett den Marineetat, der vier capital ships und Verminderungen gegenüber dem Vorjahre enthalte, ohne Rücksicht auf die deutsche Novelle einbringen werde. „Je nach dem Ausfall unserer Flottennovelle würde dann ein Nachtragsetat eingebracht werden und eine stärkere Konzentrierung der Flotte durch Heranziehung von Schiffen aus dem Mittelmeergeschwader vorgenommen werden".†††) Darauf schreibt Kaiser Wilhelm an den Rand: „?i. e. eine Mobilmachung"§), und in der Schlußbemerkung: „. . . . Ich bitte bestimmt zu erklären in London an Metternich und durch ihn an Haldane, daß ein Heranziehen des Mittelmeergeschwaders von uns als Kriegsfall angesehen und mit der verstärkten Novelle in alter Fassung und der Mobilmachung beantwortet werden wird."§§) Im selben Ton telegraphiert er am 5. März an Metternich.§§§) Da jedoch

*) Bethmann an Metternich, 4. März 1912, Große Politik, 31, 149 (Nr. 11 381).

**) Bethmann an Metternich, a. a. O., Anlage, Große Politik, 31, 150.

***) Bethmann an Kaiser Wilhelm, 28. Februar 1912, A. v. Tirpitz: Der Aufbau der deutschen Weltmacht, Stuttgart und Berlin 1924, S. 308.

†) Bethmann an Metternich, a. a. O., Anlage, Große Politik, 31, 150.

††) Bethmann an Metternich, a. a. O., Anlage, Große Politik, 31, 153.

§) Metternich an Bethmann, 1. März 1912, Große Politik, 31, 147. (Nr. 11 380).

§§) Metternich an Bethmann, a. a. O., Große Politik, 31, 148.

§§§) Kaiser Wilhelm, z. Zt. in Wilhelmshaven, an Metternich, 5. März 1912, Große Politik, 31, 156 (Nr. 11 387).

Bethmann infolge dieses eigenmächtigen Vorgehens des Kaisers sein Abschiedsgesuch einreichte, lenkte der Kaiser in der ganzen Frage ein, sodaß jede praktische Auswirkung seiner Marginalien unterblieb!

Auch in England scheint man gewußt zu haben, daß der Einfluß des Kaisers auf die deutsche Politik nicht so übermäßig groß war! So ignoriert Sir Edward Grey im Gespräch mit Metternich den Kaiser völlig als Leiter der Politik und spricht nur von Bethmann Hollweg als der wirklich maßgebenden Persönlichkeit. Als dieser Bericht Metternichs in einer für das kaiserliche Auge entsprechend geänderten, weniger peinlichen Form diesem vorgelegt wird, verwahrt sich auch der Kaiser energisch dagegen! Er schreibt in der Schlußbemerkung unter anderem: „. . . Aus obigem geht hervor, daß Grey keine Ahnung hat, wer hier eigentlich der Herr ist und daß *ich* herrsche."*)

Am 15. März hatte Bethmann dem Kaiser den vom englischen Kabinett genehmigten Vorschlag zu einem politischen Abkommen vorgelegt. Er lautet bekanntlich: „England will make no unprovoked attack upon Germany and pursue no aggressive policy towards her. Aggression upon Germany is not the subject and forms no part of any treaty, understanding or combination to which England is now a party, nor will she become a party to anything that has such an object."**) Sir E. Grey machte den Vorschlag in Erwartung eines Entgegenkommens bezüglich der Flottennovelle. Hierauf äußerte sich der Kaiser zum Immediatbericht Bethmanns vom 17. März über die englische Note in einer Schlußbemerkung, die in ihrer Entschiedenheit und Klarheit von großer Bedeutung hätte sein können, aber von dem Kanzler geändert wurde, damit eine Verständigung, die er so sehr wünschte, nicht von vornherein unmöglich würde. Sie lautete: „Die englische Antwortnote enthebt mich der Stellungnahme zu diesem Schreiben. Sie ist ein Hohn auf die bisherigen Verhandlungen und von einer solch kaltschnäuzigen Frechheit, daß Weiteres sich erübrigt. Ich lehne *dieses Agreement* ab. Rathe aber zur Fortführung der Verhandlung in der Art, daß *England ins Unrecht versetzt wird, durch Ablehnen unseres Vorschlages*. Durch Fallenlassen Haldanes hat Engl(ische) Regierung ihre eigene Basis verlassen und umgeworfen und ihn desavouirt. Damit ist das Agreement erledigt. Es fangen nun *neue* Verhandlungen an auf veränderter Basis. Ich schlage vor, England — da es uns die Neutralität aus Rücksicht für Frankreich *nicht* zugestehen will — statt der Neutralitätsklausel ein Schutz- und Trutzbündnis mit Hineinziehung von Frankreich anzubieten. *Lehnt England das ab, hat es sich vor aller Welt flagrant ins Unrecht gesetzt*; nimmt es an, ist unsere Situation, Novelle betreffend, vor dem Deutschen Volk eine bessere. Zugleich ist Schön in Paris zu orientieren, daß, obwohl Frankreich sich unerhört gegenüber der deutschen Armee und

*) Metternich an das Auswärtige Amt, 17. März 1912, Große Politik, 31, 183, (Nr. 11 403).

**) Bethmann an Kaiser Wilhelm, 15. März 1912, Gr. Pol., 31, 179, (Nr. 11 401).

Nation benommen habe, trotzdem die hiesige Regierung keine bösen Pläne hege, und bei den Verhandlungen mit England ihre Bereitwilligkeit zu erkennen gegeben habe, Frankreich mit in das Bündniß hineinzunehmen. Lehnt das auch ab, ist die Sache klar, und wir haben unsere Pflicht gethan. Wird angenommen, ist der Friede Europas gesichert. Das Agreement Haldanescher Verhandlung ist tot. Ich werde nicht mehr auf dasselbe eingehen."*) Im Anschluß daran arbeitete der Kaiser noch am 18. März den Entwurf einer Instruktion an Graf Metternich aus, die aber nicht einmal zur Absendung gelangte.**)

Der von Wilhelm von Stumm konzipierte Erlaß an Metternich vom 18. März hatte einen wesentlich anderen Inhalt! Wenn Bethmann auch im Sinne Kaiser Wilhelms ausdrücklich betonte, daß die von Sir Edward Grey angebotene Formel „wertlos" sei und für ernste Verhandlungen keine Grundlage biete, so gibt er doch zu, daß auf der bisherigen Basis weiter zu verhandeln sei. Er führt aus, „daß ein die Neutralität Englands verbürgendes, einem Schutzbündnis mit uns nahekommendes Abkommen die absolute Voraussetzung bildet, unter der allein ich auch bei Seiner Majestät dem Kaiser einen Verzicht auf wesentliche Bestandteile der geplanten Flottennovelle befürworten und der öffentlichen Meinung in Deutschland gegenüber diesen Verzicht würde rechtfertigen können."***)

Also keine Spur von einem Schutzbündnis zwischen England, Deutschland und Frankreich! Ja, Frankreich wurde nicht einmal erwähnt! Obwohl der Kaiser in seiner Bemerkung nachdrücklich betonte, „das Agreement Haldanescher Verhandlung ist tot", stellt hier Bethmann die Frage der Streichung wesentlicher Teile der deutschen Flottennovelle wiederum zur Diskussion. Unter „ein die Neutralität Englands verbürgendes, einem Schutzbündnis mit uns nahekommendes Abkommen"†) hat Metternich, wie er am 26. März bekennt, nichts anderes als nur „absolute Neutralität" verstanden und demnach gehandelt.††) Auch Kiderlen fragt bei Metternich telegraphisch an: „es wäre mir erwünscht, tunlichst bald zu erfahren, welche Anerbietungen unsererseits bezüglich einer Abänderung der Flottennovelle dort befriedigen würden."†††)

Als am 19. März Metternich über die Ausführung seines Auftrages dem Auswärtigen Amt berichtete, daß Grey glaube, daß die vertrauensvollen Beziehungen wieder gepflegt und die Verhandlungen wieder aufgenommen werden könnten, bemerkt der Kaiser ausdrücklich: „aber nicht

*) Bethmann an Kaiser Wilhelm, 17. März 1912, Große Politik, 31, 187, (Nr. 11 405).

**) Anmerkung*: Große Politik, 31, 187.

***) Bethmann an Metternich, 18. März 1912, Große Politik, 31, 189 (Nr. 11 406).

†) Bethmann an Metternich, a. a. O., Große Politik, 31, 189.

††) Metternich an das Auswärtige Amt, 26. März 1912, Große Politik, 31, 204, (Nr. 11 420).

†††) Kiderlen an Metternich, 18. März 1912, Große Politik, 31, 189f. (Nr. 11 407).

über das agreement! auf anderer Basis, Bündniß".*) Im weiteren Verlauf handelt Bethmann nicht ganz übereinstimmend mit den Randbemerkungen des Kaisers. So schreibt er in seinem Erlaß an Metternich vom 21. März, daß es sich darum handle, „daß nur ein weitgehendes Neutralitätsabkommen ein Entgegenkommen gegen die englischen Wünsche in der Rüstungsfrage nach sich ziehen könnte!"**) Deutschland möge, wenn es abrüste, wenigstens von England dessen „wohlwollende Neutralität" garantiert haben. Wie weit das Auswärtige Amt von den Direktiven des Kaisers abging, zeigt uns auch die Meldung Metternichs, er werde auf Wunsch des Auswärtigen Amtes der englischen Regierung gegenüber „unsere über den Haldaneschen Vermittlungsvorschlag nicht hinausgehende Formel betonen, die nur relative Neutralität vorsieht". Dies rücke die Möglichkeit einer Verständigung wieder näher.***)

Daß seine Minister nicht immer seinen Befehlen gehorcht und seine Ratschläge befolgt haben, ist dem Kaiser selbst bewußt. So stellt er in einer Bemerkung fest, daß er schon längst das nun Eingetretene vorausgesehen hätte, aber daß seine Diplomatie andere Wege gegangen sei, und die Wehrvorlage immer hinausgeschoben hätte, sodaß das Resultat aller Verhandlungen gleich Null sei. Er fährt fort: „Ich hoffe, daß sich meine Diplomatie hieraus die Lehre ziehen wird, in Zukunft mehr auf ihren Herren und seine Befehle und Wünsche zu horchen als bisher, besonders wenn es gilt, mit England Etwas zu Wege zu bringen, das sie noch nicht zu behandeln versteht, während ich es gut kenne!! Es war ein richtiger engli(scher) Bluff, gegen Novelle und Flottengesetz gerichtet, dem meine Diplomaten aufgesessen sind. Gottlob, daß nichts von der Novelle geopfert wurde, das wäre vor dem Deutschen Volke nicht zu vertreten gewesen."†)

Am 3. April 1912 erhielt der deutsche Botschafter in London mittels Erlaß die Weisung, Grey zu sagen, „da die englische Regierung sich zu dem Angebot eines uns befriedigenden Neutralitätsabkommens nicht hat entschließen können, so entfällt auch für uns die Möglichkeit, einer den englischen Wünschen entgegenkommenden Abänderung unserer Flottennovelle."††)

Der Kaiser, der am 22. März schon zu einem sechswöchentlichen Aufenthalt nach Korfu weggefahren war, lebte die ganze Zeit über in der Auffassung, daß seine Anregungen eines Schutzbündnisses vom Auswärtigen Amt weiter verfolgt würde! Dies ersehen wir aus einem Telegramm vom 8. Mai, in dem er schreibt: „ich erwarte in Karlsruhe auch

*) Metternich an das Auswärtige Amt, 19. März 1912, Große Politik, 31, 193, (Nr. 11 410).
**) Bethmann an Metternich, 21. März 1912, Große Politik, 31, 200 (Nr. 11 415).
***) Metternich an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 31, 204.
†) Bethmann an Kaiser Wilhelm, z. Zt. in Korfu, Anlage, 28. März 1912, Große Politik, 31, 209 (Nr. 11 422). Bemerkung des Kaisers vom 31. März 1912.
††) Bethmann an Metternich, 3. April 1912, Große Politik, 31, 264. (Nr. 11 440).

Vortrag von Herrn von Kiderlen über Abfassung des von mir befohlenen Bündnisvertrages mit England, anstelle des gefallenen Agreements!"*)

Auch in der Frage der Veröffentlichung der Novelle gelang es Bethmann Hollweg, die teils durch Randbemerkungen, teils durch Telegramme ergangenen Befehle des Kaisers zu umgehen. So hatte der Kaiser am 4. März, als er Kenntnis von der Einbringung des englischen Marineetats bekam, bemerkt: „‚das hatten wir seit monaten thun müssen, und sollen, der Reichskanzler hat sich geweigert."**) Am 5. März kam dann der direkte telegraphische Befehl des Kaisers, die Wehrvorlage zu veröffentlichen.***) Durch das Abschiedsgesuch des Kanzlers hatte sich jedoch die Veröffentlichung hinausgeschoben. Da der Kaiser, wenn er den Kanzler halten wollte, sich gezwungen sah, diesem nachzugeben, wurde die Veröffentlichung nach Bethmanns Willen und Wunsch vorgenommen. Am 15. März bemerkt der Kaiser im Anschluß an die Mitteilung eines Berichts von London: „‚natürlich! Jeder Grund genügt um nur die Veröffentlichung hinten anzuhalten!"†) Da der Kaiser hierauf die schon oben erwähnte Reise nach Korfu angetreten hatte, erfolgte die Veröffentlichung sogar erst am 15. April, also rund fünf Wochen später als es der Kaiser gefordert hatte.

B.
Der erste Balkankrieg 1912.

Im Sommer 1912 trat von neuem das Schreckgespenst eines großen Balkankrieges in greifbare Nähe, und die Furcht vor den unberechenbaren Folgen eines solchen Brandes erfüllte die europäische Diplomatie. Wenngleich einige Großmächte alles zur Verhütung eines solchen taten, so ließ die Haltung Rußlands trotz all seiner Versicherungen den nicht ungerechtfertigten Verdacht aufsteigen, daß gerade ihm der Ausbruch eines Krieges nicht unerwünscht wäre.

Unter dem Protektorate Rußlands war am 13. März 1912 ein bulgarisch-serbisches Bündnis zustande gekommen, das geschlossen worden war zum Zweck gegenseitiger Verteidigung im Falle eines Angriffes und zur Verhinderung einer wenn auch nur zeitweiligen Besetzung türkischen Gebietes durch eine Großmacht. Wichtig war insbesondere auch neben anderem der 1. Artikel der geheimen Anlage, der festlegte, daß, wenn eine Einigung der beiden Länder über ein bewaffnetes Vorgehen zustande kommen sollte, Rußland davon in Kenntnis gesetzt werden müsse. Ist eine solche Einigung nicht möglich, so ist die Entscheidung Rußlands für beide Parteien durchaus verbindlich. Am 11. Mai war dem Bündnis eine

) Anmerkung: Große Politik, 31, 187 f.

**) Metternich an Bethmann Hollweg, 1. März 1912, Große Politik, 31, 148, (Nr. 11 380).

***) Kaiser Wilhelm, z. Zt. Wilhelmshaven, an Bethmann, 5. März 1912, Große Politik, 31, 155 (Nr. 11 386).

†) Bethmann an Kaiser Wilhelm, 15. März 1912, Gr. Pol. 31, 180. (Nr. 11 401).

serbisch-bulgarische Militärkonvention gefolgt und am 29. Mai ein Bündnisvertrag zwischen Bulgarien und Griechenland.*) Diese Verträge gaben Rußland die Möglichkeit in die Hand, auf Umwegen über die unter seinem Protektorat stehenden Balkanstaaten ganz nach seinem Belieben die orientalische Frage aufzuwerfen. Schon zu Anfang des Jahres 1912 machte Fürst Nikita von Montenegro den Störenfried auf dem Balkan und wollte gegen die Türkei losbrechen, was der Zar allerdings noch rechtzeitig zu verhindern in der Lage war. Doch griff der Aufstand in Albanien, der jedes Frühjahr wiederzukehren schien, auch auf Mazedonien über und setzte die Jungtürken überall in Bewegung. Montenegro unterließ es jedoch auch hier nicht, in weitgehendem Maße die Unruhen zu schüren und die Banden zu unterstützen. Kaiser Wilhelm bemerkt zu einem Bericht vom 17. Mai, in dem der deutsche Botschafter in Petersburg, Graf Pourtalès, schreibt, er habe den Eindruck, daß Sasonow nach Möglichkeit jeder Komplikation vorzubeugen gewillt sei, welche in nächster Zeit zu einer aktiven Rolle im Orient führen könne: (Rb. des Kaisers) „richtig. Sehr erfreulich."**) Diese Stellung des Kaisers nahm auch das Auswärtige Amt ein, wie wir aus einer Aufzeichnung des stellvertretenden Staatssekretärs Zimmermann vom 1. Juli 1912 ersehen können.***) Deutschland sei mit Rußland darin einig, einer Revolution in der Türkei auf jede mögliche Weise vorzubeugen, und, falls der Ausbruch sich dennoch ereignen sollte, sich von jeder Einmischung fern zu halten. Daß eine Aufrollung der türkischen Frage eine ernste Gefährdung des Weltfriedens darstelle, erscheine Deutschland als sicher, es sei darum zu empfehlen, daß die Großmächte in Sofia, Belgrad, Athen und Cetinje Vorkehrungen träfen, damit sie als Nachbarn der Türkei die schwierige Lage nicht zu bewaffnetem Vorgehen ausnützen würden.

Anfangs August gibt der Kaiser in einem Marignale ganz deutlich seinen Wunsch und Willen betreffs der Haltung Deutschlands in den Orientfragen zu erkennen. Der stellvertretende Staatssekretär Zimmermann schrieb ihm: „mit Rücksicht auf die huldreichen Intentionen Euerer Majestät, kriegerischen Verwicklungen auf dem Balkan nach Möglichkeit vorzubeugen, glaube ich alleruntertänigst mich für ermächtigt halten zu dürfen[1], ... Euerer Majestät Gesandten in Cetinje zu entsprechenden Vorstellungen bei der montenegrinischen Regierung anzuweisen".†) Der Kaiser bemerkt dazu: „[1]nein, warten"††) und in der Schlußbemerkung: „... das halte ich nicht für nöthig! Was Montenegro macht, ist mir gleichgültig.

*) Text der Dokumente bei: Guéchoff, L'Alliance Balcanique, p. 191 ff. Der amtl. russische Text der serbisch-bulgarischen Verträge auch im deutschen Weißbuch: Dokumente aus den russischen Geheimarchiven, S. 31 f. Abgedruckt bei Fr. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg, S. 225 f.

**) Pourtalès an Bethmann, 17. Mai 1912, Große Politik, 33, 27 (Nr. 12 058).

***) Aufzeichnung Zimmermanns vom 1. Juli 1912, Große Pol., 33, 30, (Nr. 12 063).

†) und ††) Zimmermann an Kaiser Wilhelm, z. Zt. in Swinemünde, 4. August 1912, Große Politik, 33, 42, (Nr. 12 079).

Das in Ordnung zu halten ist Oesterreichs und Italiens Sache! Wir wollen nicht frühzeitig wegen jeder Kleinigkeit auf dem Balkan den Finger hineinstecken. Ruhig abwarten und nicht gleich Schutzmann spielen."*) Die Randbemerkungen konnten jedoch in diesem Falle nicht mehr den gewünschten Einfluß haben, denn bereits am 4. August waren im Sinne Zimmermanns Telegramme nach Konstantinopel und Cetinje abgegangen, deren Ausführungen auch nicht mehr zurückgehalten werden konnten, als das Auswärtige Amt am 5. August auf Grund der Randbemerkung den dortigen Vertretern die Anweisung gab, die Instruktionen unausgeführt zu lassen. Am selben Tage noch lief von Wangenheim eine Drahtantwort ein, daß er den Auftrag bereits ausgeführt habe, jedoch in milder Form, sodaß ein Widerruf kaum nötig sei.**)

Im Sommer des Jahres 1912 war die Türkei infolge ihrer Machtlosigkeit den Albaniern gegenüber gezwungen worden, ihnen ziemlich weitgehende Konzessionen zuzugestehen, sodaß sie einen gewissen Grad von Autonomie erhielten. Dadurch waren die anderen Balkanstaaten beunruhigt worden, da sie die Interessen ihrer Konnationalen auf türkischem Gebiet für gefährdet hielten. Der montenegrinisch-türkische Grenzkonflikt nahm auch immer schärfere Formen an, sodaß die Aussicht auf einen Krieg in nicht zu weiter Ferne zu sein schien. Graf Berchtold hielt es unter diesen Umständen für nützlich, die Balkanstaaten darauf hinzuweisen, daß sie dem Kabinett Muchtar Pascha zu seiner dezentralisierenden Aktion Zeit lassen sollten. Auch läßt er seinen deutschen Bundesgenossen wissen, daß er eine Aktion der Mächte in Konstantinopel anregen wolle, „um die türkische Regierung in ihrer Aktion einer Berücksichtigung der Nationalitäten zu ermutigen[2]."***) Dazu bemerkt der Kaiser recht fragend: „[1]na, na?" und „[2]kann leicht als Mächteeinmischung aufgefaßt werden! und Aergernis in der Türkischen Bevölkerung erregen."†) Kiderlen erwidert daraufhin, „wir würden, si omnes, uns einer solchen Aktion gern anschließen. Bei der Aktion in Konstantinopel schiene mir jedoch eine gewisse Vorsicht geboten[3], solange Intention und Solidität[4] der neuen türkischen Regierung noch nicht genau zu übersehen."††) (Rb. des Kaisers): „[3]unbedingt ja"; „[4]sie ist zweifelhaft". Im übrigen glaubt jedoch Kiderlen, daß man sich als Bundesgenosse Oesterreichs dieser Aktion gegenüber nicht unfreundlich stellen dürfe, wenn die andern Mächte damit einverstanden seien. Er hat jedoch noch am selben Tag seine Haltung geändert, wie wir aus dem Bericht des österreichischen Botschafters in Berlin, Graf Szögyényi, ersehen können. Dieser berichtet, daß Kiderlen ihn gebeten habe, seinem Minister die Erklärung abgeben zu wollen, „daß die deutsche Regierung selbst in

*) Zimmermann an Kaiser Wilhelm, z. Zt. in Swinemünde, 4. August 1912, Große Politik, 33, 42 (Nr. 12 079).

) Anmerkung: Große Politik, 33, 42.

***) Aufzeichnung Kiderlens vom 15. Aug. 1912, Große Politik, 33, 49 (Nr. 12 087).

†) Aufzeichnung Kiderlens, a. a. O., Große Politik 33, 50.

††) Aufzeichnung Kiderlens, a. a. O., Große Politik, 33, 49.

dem Falle, wenn nicht alle andern Mächte Euer Exzellenz Demarche zustimmen sollten, gern bereit wäre, im Einvernehmen mit der österreichisch-ungarischen Regierung in dem von Euerer Exzellenz ins Auge gefaßten Sinne einerseits freundschaftlich auf die Pforte, andererseits auf die Balkanstaaten einzuwirken.“*)

Dieser Bericht Szögyénnyis steht somit in direktem Gegensatz zu dem, was Kiderlen über das Gespräch aufgezeichnet hatte! Kiderlen schreibt dort, er habe gesagt, er würde „si omnes“ teilnehmen; hier: „selbst in dem Falle, wenn nicht alle andern Mächte“ der Demarche zustimmen sollten. Bei Szögyénnyi ist keine Spur davon zu finden, daß Kiderlen zu äußerst vorsichtigem Vorgehen in Konstantinopel gemahnt habe. Es ist möglich, daß die Berichterstattung Szögyénnyis nicht genau war; dies scheint aber nicht zuzutreffen, da das Auswärtige Amt den Dank Berchtolds für die bedingungslose Unterstützung ohne Widerspruch hingenommen hat. Prinz zu Stolberg schreibt am 18. August, daß es Graf Berchtold große Genugtuung bereitet habe, „daß die Kaiserliche Regierung nicht nur „si omnes“ sondern ohne jede Einschränkung seiner Anregung zugestimmt hat und er bat mich, dem Herrn Staatssekretär hierfür seinen aufrichtigen Dank zu übermitteln“.**) Da sich Kiderlen im Lauf der Woche zu dem Berchtoldschen Vorschlag bekennt, ist in der Tat anzunehmen, daß der Staatssekretär ohne Einschränkung der Anregung Berchtolds zugestimmt hat. Damit hat dann aber Kiderlen die Randbemerkungen des Kaisers vom 4. August in keiner Weise berücksichtigt, die aussagten: „keine Einmischung! Ruhig abwarten und nicht gleich Schutzmann spielen.“

Auch mündlich hatte der Kaiser am 17. August Kiderlen gegenüber seine Befürchtungen betreffs der Demarche geäußert. Dies erfahren wir aus einer Bemerkung zum Bericht Wangenheims vom 19. August, der darin seine Besorgnis über die von Oesterreich angeregte Demarche zum Ausdruck bringt. „Wenn jetzt der Türkei von den Mächten geraten würde, in der Dezentralisation fortzufahren, so würde dies von den Albanesen als eine Aufforderung aufgefaßt, in ihrem Widerstand zu beharren[1].“***) (Rb. des Kaisers): „[1]Das habe ich schon in W'höhe an Kiderlen als meine Befürchtung gesagt.“ Neben dieser Randbemerkung des Kaisers geht Kiderlen noch ein Telegramm vom Rat im kaiserlichen Gefolge, Jenisch, zu, das folgendermaßen lautet: „Im Gespräch mit mir bezeichnet Seine Majestät die Demarche Graf Berchtolds als inopportun angesichts der höchst bedrohlichen Lage in Albanien.“†) Auf die Mitteilung des kaiserlichen

*) Anmerkung**: Große Politik, 33, 49. (Oesterreichisch-ungarisches Rotbuch: Diplomatische Aktenstücke betr. die Ereignisse am Balkan, 13. August 1912 bis 6. Nov. 1913, S. 4).

**) Stolberg an Bethmann, 18. August 1912 (pr. 20. August) Große Politik, 33, 60. (Nr. 12 101).

***) Wangenheim an das Auswärtige Amt, 19. August 1912, Große Politik, 33, 59. (Nr. 12 098).

†) Jenisch, z. Zt. in Kronberg, an das Auswärtige Amt, 20. August 1912, Große Politik, 33, 60, (Nr. 12 100).

Marginals durch Jenisch bemerkt Kiderlen: „mir nicht erinnerlich. Ich bitte mir jede an Seine Majestät gehende Sache vorzulegen.“*) Von diesem Tage an legte denn auch Kiderlen einige Wochen lang dem Kaiser keinen wichtigen Gesandtschaftsbericht mehr vor, der irgendwie Bezug nahm auf die Balkanfrage. Ja, die wichtigsten Berichte über Meldungen von Mobilmachungen der Balkanstaaten wurden dem Kaiser vorenthalten, sodaß dieser in einigen Randbemerkungen seinem schärfsten Mißfallen und gerechtfertigten Unmut Ausdruck verleiht. Dieses Zurückhalten der Akten seitens Kiderlen geschah sicher in der Absicht, sich dadurch nicht zu sehr der kaiserlichen Kritik auszusetzen, zu der in den pessimistisch lautenden Berichten Wangenheims über die Auswirkung der Demarche reichlich Gelegenheit vorhanden gewesen wäre.

Nachdem der Kaiser so völlig im Dunkeln gelassen worden war, läßt er am 2. Oktober durch Jenisch dem Auswärtigen Amt sein Erstaunen ausdrücken, daß ihm während der letzten Zeit „keinerlei Meldungen der kaiserlichen Vertretungen im Balkan über die bevorstehenden und jetzt erfolgten Mobilmachungen zugegangen sind.“**) Er befiehlt, daß seine Missionschefs Berichte einliefern sollen und diese umgehend ins Hoflager gesandt werden müssen. Daraufhin sendet ihm das Auswärtige Amt die seit zwei Wochen eingegangenen Berichte der Gesandten.

So bekommt der Kaiser am 3. Oktober den Bericht Stolbergs, des deutschen Geschäftsträgers in Wien, vom 20. September zu Gesicht, in dem die Kriegsgefahr unmittelbar drohend geschildert wird. Erzürnt schreibt der Kaiser an den Rand: „3. X. 1912. Diese Depesche hätte mir unbedingt sofort vorgelegt werden sollen!!! Es ist sehr unrecht, mich dergestalt im Dunkeln zu lassen! Von jetzt ab ist mir a l l e s sofort weiter zu melden, was von den Balkanstaaten oder Großmächten kommt. Ich will mir m e i n Urteil bilden, und nicht am Gängelbande des Ausw(ärtigen) Amtes geleitet werden das nicht Unfehlbar ist!“***) Zum Bericht Stolbergs vom 26. September ist vermerkt: „¹Das erfahre ich erst am 3. Okt(ober) !!“ und „⁶das meldet mir das Ausw(ärtige) Amt nicht sofort!! Da soll doch der Deibel dreinschlagen! Das ist ja unerhört!“†)

In der Zwischenzeit hatte Wangenheim gemeldet, daß Deutschland durch die Berchtoldsche Anregung in eine außerordentlich schwierige Lage gekommen sei und kann es kaum fassen, daß Deutschland der österreichischen Anregung zugestimmt hat.††) Als jedoch Berchtold noch weiter gehen

*) Jenisch, z. Zt. in Kronberg, an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 33, 60.

**) Jenisch, z. Zt. in Rominten, an das Auswärtige Amt, 2. Oktober 1912, Große Politik, 33, 149 (Nr. 12 203).

***) Stolberg an das Auswärtige Amt, 20. September 1912, Große Politik, 33, 111 (Nr. 12 154).

†) Stolberg an das Auswärtige Amt, 26. September 1912, Große Politik, 33, 119 f. (Nr. 12 168).

††) Wangenheim an Bethmann 24. August 1912 (pr. 27. August) Große Politik, 33, 75. (Nr. 12 119).

will und eine „Einwirkung auf die Pforte behufs Sicherung unparteiischer Wahlen zu Parlament und Wilajetkonseil" vorschlägt, zieht sich Kiderlen langsam zurück und gibt am Rande die Anweisung: „respondeatur, daß wir eine Einwirkung auf Wahlen für bedenklich hielten und eventuell nicht mitmachen würden."*) Noch Ende August war bekannt geworden, daß sich die übrigen Mächte an der Demarche nur unter bestimmten Voraussetzungen beteiligen würden.

Rußland trat am 20. September selbst mit einem neuen Projekt hervor, das es auch schon am 23. September, ohne Antwort abzuwarten, ausführte! Da Berchtold sich dadurch irreführen ließ und ohne rechtzeitige Orientierung Deutschlands einfach bei der Pforte vorstellig wurde, bat Kiderlen Wangenheim, „alles zu vermeiden, was als Anschluß an österreichische oder russische Demarche gedeutet werden könne."**)

Die bulgarische Mobilmachungserklärung vom 30. September 1912 gab auch den anderen Balkanstaaten das Signal zur Aufnahme der Feindseligkeiten. Griechenland, Türkei und Montenegro folgten Schlag auf Schlag mit ihrer Mobilmachung. Sehr interessant ist die Tatsache, wie verschieden sich einerseits das Auswärtige Amt und andererseits der Kaiser zu diesen Vorgängen stellten. Als die Mobilisation der Balkanstaaten dem Kaiser bekannt wurde, telegraphiert er aus Rominten an Bethmann: „was den Balkan betrifft, so bleibt es bei meinem Befehl von diesem Sommer, daß wir uns dort in keiner Weise einmischen, sondern die Dinge ihren Lauf nehmen lassen."***) Es handelt sich dabei vielleicht um die in der Randbemerkung zum Bericht Zimmermanns vom 4. August ausgesprochene Direktive: „... wir wollen nicht frühzeitig wegen jeder Kleinigkeit auf dem Balkan die Finger hineinstecken. Ruhig abwarten und nicht gleich Schutzmann spielen."†)

Am selben Tag, den 2. Oktober, hatte Kiderlen den Geschäftsträger in Athen, von Biel, dazu ermächtigt, die von Frankreich vorgeschlagene Demarche mitzumachen, sobald der österreichische Kollege dazu beauftragt ist.††) Dagegen will Kiderlen sich nicht dazu hergeben, mit Oesterreich-Ungarn zusammen eine Vorfrage in Konstantinopel zu stellen, ob es eventuell bereit sei, zur Demobilisation zu schreiten, falls es den andern Mächten gelänge, die Balkanstaaten dazu zu bewegen. Kiderlen fürchtet, daß ein solcher Schritt nur ein Schlag ins Wasser sei und daß der Mißerfolg den träfe, der ihn vorgeschlagen habe. Von Beschwichtigungsversuchen verspreche er sich nichts mehr; nur in einer positiven Stellungnahme aller Mächte gegen die Zulassung von territorialen Veränderungen als Folge

*) Stolberg an das Auswärtige Amt, 28. August 1912, Große Politik, 33, 80. (Nr. 12 121).

**) Kiderlen an Wangenheim, 25. Sept. 1912, Gr. Politik, 33, 116 (Nr. 12 163).

***) Kaiser Wilhelm, z. Zt. in Rominten, an Bethmann, 2. Oktober 1912, Große Politik, 33, 150 (Nr. 12 205).

†) Zimmermann an Kaiser Wilhelm, 4. August 1912, Große Politik, 33, 42 (Nr. 12 079).

††) Kiderlen an Biel, 2. Oktober 1912, Große Politik, 33, 144 (Nr. 12 196).

des Krieges sehe er noch ein Mittel, die Balkanstaaten zur Vernunft zu bringen oder aber den Krieg zu lokalisieren. Deshalb stimmt er auch am 3. Oktober der französischen Initiative uneingeschränkt zu.*) Auf den Bericht Kiderlens an Kaiser Wilhelm, daß eine Aktion der Großmächte bewerkstelligt werde, die den Balkanstaaten klar mache, daß die Mächte eine territoriale Aenderung unter keinen Umständen zulassen würden, äußerte der Kaiser: „das mache ich nicht mit!", „wir müßten zunächst einmal abwarten."**) Inzwischen war am 4. Okt. auch die Demarche in Athen ausgeführt worden, ohne daß Kiderlen vorher seine Zustimmung infolge der Randbemerkungen des Kaisers zurückgezogen hätte.***) Noch am 3. Okt. hatte der Kaiser zu einem Bericht des Geschäftsträgers in Wien die Schlußbemerkung gemacht: „Ich bin gegen das Dreinreden jetzt. Lieber ruhig austoben lassen, und n a c h dem Aderlaß reden, da hören alle williger. Die Türkei muß nun zeigen, ob sie noch die Großmacht ist, die sie zu sein behauptet, oder nicht!"†)

Von großer Wichtigkeit für die Kenntnis der kaiserlichen Stellungnahme ist seine Aufzeichnung vom 4. Oktober in Rominten, die sowohl die Randbemerkungen ausführlich ergänzt, als auch neue Gesichtspunkte hinzufügt! Es sei eine „eunuchenhafte Anschauung" der Staatsmänner, daß sie immer meinten, man müsse die Balkanstaaten hindern, loszuschlagen oder ihnen verbieten, territorialen Erwerb zu machen. Würde die Mobilmachung rückgängig gemacht, so wäre wahrscheinlich die Folge, daß das empörte Volk den Sturz der Dynastie herbeiführen würde. Da die Dinge doch zu einem Zusammenstoß „mit der in Europa überständigen Türkei" hinführten, wäre es besser, dies würde jetzt erfolgen, wo es Rußland und Frankreich nicht paßt, als wenn beide Staaten fertig gerüstet sind! Mit welchem Recht eigentlich die Großmächte die Balkanstaaten an ihrer Entwicklung und Erweiterung hindern wollten? Dem Drang der Staaten nach nationaler Ausgestaltung dürfe man nicht in den Weg treten, sondern müsse höchstens versuchen, den Kampfplatz in günstiger Weise zu begrenzen. „Man lasse die Leute nur ruhig machen; entweder sie kriegen Keile oder erteilen sie, danach ist immer noch Zeit zum Sprechen. Die Orientfrage muß mit Blut und Eisen gelöst werden! Aber in einer für uns günstigen Periode! das ist j e t z t!"††)

Doch gibt der Kaiser trotzdem seine Zustimmung zu dem österreichisch-russischen Vorgehen, da er es einem Kollektivschritt noch vorzieht! Daß er sicher nur recht ungern eingewilligt hat, läßt eine Randbemerkung vom

*) Anmerkung***: Große Politik, 33, 156.

**) Jenisch, z. Zt. in Rominten, an Bethmann, 3. Oktober 1912 (pr. 4. Oktober), Große Politik, 33, 159 (Nr. 12 217).

***) Biel an das Auswärtige Amt, 4. Okt. 1912, Gr. Politik, 33, 159 (Nr. 12 218).

†) Stolberg an das Auswärtige Amt, 26. Sept. 1912, Große Politik, 33, 120. (Nr. 12 163).

††) Aufzeichnung Kaiser Wilhelms, z. Zt. in Rominten, vom 4. Oktober 1912, Große Politik, 33, 164 ff. (Nr. 12 225).

6. Oktober erkennen, in der er an die „réalisation des réformes" anknüpft: „Diese werden weder die Türken, noch Balkanstaaten noch vor allem die Mazedonier selbst befriedigen. Dann haben die Mächte die Verantwortung für alles, was dort passirt, an Stelle der Türkei. Item haben sie auch das ganze Odium, wenn es schief geht und noch die Unzufriedenheit der Türkei obendrein! Eine ganz hoffnungslose Geschichte, die ein testimonium paupertatis für Europa ist."*) Trotzdem setzt der Kaiser dem Staatssekretär kein entschiedenes Nein entgegen, sondern läßt ihn gewähren und versieht derweilen die Berichte mit gegenteiligen Bemerkungen, die faktisch ohne Einfluß auf die Politik blieben!

Nachdem auf die russische und französische Anfrage in Konstantinopel die Türkei zugestanden hatte, den Entwurf eines Wilajetgesetzes**) vom 23. Oktober 1880 zum Gesetz erheben zu lassen, zog sie ihr Versprechen am 8. Oktober wieder zurück, als die Bevölkerung dagegen demonstriert hatte! Der Kaiser bemerkt dazu: „Kommt einer Ablehnung der Mächteaktion gleich! wodurch diese sich wiederum glänzend blamirt, und ihre völlige Impotenz — als Concert Europeenn — vor den asiatischen Völkern von neuem glänzend dokumentirt haben! Der sehr kühl ablehnende Standpunkt Englands und Deutschlands ist der einzig richtige!"***) Kiderlen stimmt jedoch kurzerhand mit den andern Mächten der seitens Oesterreich-Ungarn und Rußland zu unternehmenden Demarche zu! In einem Schreiben vom 9. Oktober versucht Kiderlen, dem Kaiser gegenüber sein Verhalten zu rechtfertigen! Er führt darin aus, daß sein Bestreben sei, sich jeder Demarche anzuschließen, die dafür Gewähr biete, „daß der ausbrechende Krieg lokalisiert bleibt und die Großmächte in den Konflikt mit hineingezogen werden."†) Davon läßt sich auch der Kaiser überzeugen und gibt nachträglich seine Zustimmung.††)

Doch betont der Kaiser auf der anderen Seite immer wieder: Kein Dreinreden! Abwarten! etc. So am 9. Oktober, als er von Tschirschky, dem deutschen Botschafter in Wien, erfährt, England würde allem zustimmen, was Rußland und Oesterreich gemeinsam beschließen würden. „Im übrigen werde es sich abwartend verhalten und sich seine Entschließungen vorbehalten.†††) (Rb. des Kaisers): „†wir auch."§) Als Sasonow, der russische Minister, andeuten läßt, daß er einen Druck Deutschlands auf Oesterreich erwarte, damit es „ruhig Blut bewahre", und zunächst den Verlauf des Krieges abwarte, bemerkt der Kaiser: „Nein."§§) Dem Befehl des

*) Tschirschky an das Auswärtige Amt, 6. Oktober 1912, Große Politik, 33, 173, (Nr. 12 235).

**) Provinzialreformgesetz.

***) Wangenheim an das Auswärtige Amt, 8. Oktober 1912, Große Politik, 33, 177 (Nr. 12 242).

†) Kiderlen an Kaiser Wilhelm, 9. Okt. 1912, Große Politik, 33, 179 (Nr. 12 244).

††) Kiderlen an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Rb. 1, Große Politik, 33, 179.

†††) Tschirschky an Bethmann, 8. Oktober 1912, (pr. 9. Okt.) Große Politik, 33, 187, (Nr. 12 253).

§) Tschirschky an Bethmann, a. a. O., Große Politik, 33, 187.

§§) Aufzeichnung Kiderlens, vom 9. Oktober 1912, Große Politik, 33, 189 ff. (Nr. 12 256), Rb. 5, s. S. 193.

Kaisers kam jedoch Kiderlen nicht ohne weiteres nach, da er indirekt einen Druck auf Oesterreich ausübte, indem er dafür sorgte, daß eine Abschrift seiner Aufzeichnung vom 9. Oktober 1912*) über die Unterhaltung des Reichskanzlers mit Sasonow in die Hände Berchtolds kam.**)

Inzwischen hielt es der Kaiser für seine wichtigste Aufgabe, mit England in Fühlung zu kommen. Wie gering allerdings in dieser Frage der Einfluß seiner Randbemerkungen war, geht aus den folgenden Aktenstücken ganz klar hervor! Die Initiative ging von Sir Edward Grey aus. Schon am 7. Oktober kann der Geschäftsträger in London, von Kühlmann, melden, daß er den Eindruck habe, „daß Sir E. Grey großen Wert[2] darauf legt, mit uns in Fühlung zu bleiben[3].“***) Darauf bemerkt der Kaiser: „[2]die Russen werden ihm unhei(m)lich“ und „[3]das erste Mal!“†)

Energischer faßt er diesen Punkt jedoch erst ins Auge, als Tschirschky ihm meldet, daß aus Aeußerungen seines englischen Kollegen Cartwright hervorgehe, daß zwischen England und Rußland sich große Gegensätze zu bilden im Begriff seien. Auf diese Meldung hin schreibt der Kaiser das Marginale: „Das ist ein gemeinsamer Boden, auf dem wir uns mit London einigen müssen. Der ist sofort in Angriff zu nehmen.“††) Am 11. Oktober wiederholt der Kaiser seinen Befehl zu einer Aufzeichnung Kiderlens: „Die Russen haben ein schlechtes Gewissen und eine schlechte Partie, verkehrt engagirt! Jetzt Fühlungmaßnahmen (politisch) in London, (militärisch) mit Tokio. Die Zeit ist günstig und nach Heinrichs wiederholten Meldungen der Boden dort sehr günstig.“†††) Da der Kaiser zu der Zeit sich in Cadinen aufhielt, übermittelte der Rat im kaiserlichen Gefolge Jenisch dem Staatssekretär die Aeußerungen des Kaisers.§) Kiderlen unternimmt jedoch in dieser Hinsicht überhaupt nichts, sondern erwidert im Gegenteil Jenisch, „wir täten wohl gut, zunächst den Gang der kriegerischen Ereignisse etwas abzuwarten.“ Im Falle, daß die Türkei nicht sofort mit Italien Frieden schließe, könne es sich allerdings ereignen, daß „die große Abrechnung in Fluß kommt.“§§) Dann werde vielleicht auch der Moment eintreten, wo die Gemeinsamkeit unserer Interessen mit den englischen „so eklatant in die Augen springt, daß sich England einem gemeinsamen Vorgehen mit uns gar nicht mehr entziehen kann.“ Vorläufig werden wir uns aber „einiger Zurückhaltung befleißigen

*) Aufzeichnung Kiderlens, a. a. O., Große Politik, 33, 189.

**) Tschirschky an Bethmann, 14. Oktober 1912 (pr. 15. 10.) Große Politik, 33, 218 (Nr. 12 272).

***) Kühlmann an das Auswärtige Amt, 7. Oktober 1912, Große Politik 33, 176. (Nr. 12 240).

†) Kühlmann an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 33, 176.

††) Tschirschky an Bethmann, 8. Okt. 1912, Große Politik, 33, 187 (Nr. 12 253).

†††) Aufzeichnung Kiderlens, a. a. O., Große Politik, 33, 193.

§) Jenisch, z. Zt. in Cadinen, an Kiderlen, 11. Oktober 1912, Große Politik, 33, 203, (Nr. 12 262).

§§) Kiderlen an Jenisch, z. Zt. in Cadinen, 12. Oktober 1912, Große Politik, 33, 204 (Nr. 12 263).

müssen, um die Anfänge der erwünschten Entwicklung nicht im Keime zu gefährden."*) Daß diese Antwort von dem Kaiser unwidersprochen hingenommen wurde, zeigt einerseits, daß er selbst seinen Willen durchzusetzen nicht gewillt war, und andererseits aber auch, daß Kiderlen die Randbemerkungen des Kaisers nicht als Befehl auffaßte, sondern sie je nach seinem Gutdünken verwertete!

Tage vergingen, ehe Kühlmann seine erbetene Instruktion erhielt. Am 14. Oktober konnte er dem englischen Minister noch keinen Bescheid geben, wie sich die deutsche Regierung zu dessen Anregung verhalte. Grey war sehr enttäuscht und fügte hinzu, „daß er sich immer freue, etwas über unsere Auffassung der Lage zu hören."**) Auch nach einem Bericht vom 15. Oktober war der Geschäftsträger noch nicht in der Lage, Sir E. Grey auf die Eröffnungen vom 7. Oktober eine Antwort zu geben!***) Erst am 20. Oktober, also zwölf Tage nach der ersten Anweisung des Kaisers, tritt Kiderlen der Frage näher! Er schreibt darüber in seinem Erlaß, daß er gerne mit England in einen Gedankenaustausch eintreten werde. Derselbe müsse jedoch solange geheim gehalten werden, bis eine Einigung erzielt sei, die dann auch öffentlich vor den Mächten vertreten werden müsse! Er hege aber in hohem Maße die Befürchtung, daß Deutschland nur „zur Erreichung besonderer momentaner englischer Zwecke" ausgenutzt und dann wieder anderen Beziehungen geopfert werden solle.†) Daß die Behandlung der Frage sicherlich nicht nach des Kaisers Wunsch war, braucht nicht erst erwähnt zu werden!

Desgleichen ignoriert Kiderlen die Randbemerkungen des Kaisers in Bezug auf die Frage der Integrität der Türkei, beziehungsweise des Status quo auf dem Balkan. Erst nachdem die Türkei eine Niederlage um die andere erhielt, macht sich Kiderlen langsam mit dem Gedanken vertraut, die Aufrechterhaltung des Status quo fallen zu lassen.

Ganz klar und ausführlich hatte der Kaiser zuerst seine Auffassung in der schon oben erwähnten Aufzeichnung vom 4. August niedergelegt.††) In ähnlichem Sinne spricht er sich zu einem Bericht des Gesandten in Belgrad, Freiherrn von Griesinger, aus. Dieser meldet, daß der russische und österreichische Gesandte der serbischen Regierung erklärt haben, daß sie in Konstantinopel für die Einführung von administrativen Reformen eintreten würden unter Zusicherung der Souveränität des Sultans und der Integrität des türkischen Reiches. Auch würden sie nach einem Kriege unter keinen Umständen zulassen, daß Gebietsveränderungen vorgenom-

*) Kiderlen an Jenisch, z. Zt. in Cadinen, a. a. O., Große Politik, 33, 204.

**) Kühlmann an Bethmann, 14. Oktober 1912 (pr. 16. Okt.) Große Politik, 33, 222 (Nr. 12 276).

***) Kühlmann an Bethmann, 15. Oktober 1912, (pr. 17. Oktober) Große Politik, 33, 228 (Nr. 12 284).

†) Kiderlen an Kühlmann, 20. Oktober 1912, (ab 22. Okt.), Große Politik, 33, 237, (Nr. 12 287).

††) Aufzeichnung Kaiser Wilhelms, a. a. O., Große Politik, 33, 164 ff.

men würden, wozu der Kaiser bemerkt: „[2]Das kann er ruhig abwarten! Siegen die Balkanstaaten werden sie sich schon ihr Antheil sichern! Da kann sie keiner daran hindern.“*) Ganz klar geht auch des Kaisers Stellung aus einem Schreiben Jenischs hervor, in dem dieser mitteilt, daß der Kaiser entsprechend seinen Randvermerken im Gegensatz zu Sir E. Grey „in dem Verschwinden der Türkei aus Europa einen nicht aufzuhaltenden, folgerichtigen Prozeß erblicke.“**) Als am 16. Oktober ein französischer Vorschlag dem Staatssekretär übergeben wurde, schreibt der Kaiser eine wichtige Randbemerkung zu dem Artikel 4. Er lautete, die Mächte werden nichts unternehmen, „qui soit contraire à la souverainité de Sa Majesté Impériale le Sultan et à l'intégrité de l'Empire Ottoman[4]“.***) (Rb. des Kaisers): „[4]? Nur wenn Stambul siegreich! Sonst einfach ausgeschlossen und Auftheilung!“***)

Kiderlen hatte dem französischen Botschafter erwidert: „Sur le 4me point il y a accord.[7]“ Damit gibt sich der Kaiser auch zufrieden, denn er schreibt nur ein Frage- und Ausrufezeichen an den Rand.†) Auch die definitive Antwort vom 19. Oktober zeigt keinerlei Einfluß der Randbemerkungen! Es heißt dort unter anderem: „.... Ces mesures devront reposer sur le maintien de l'intégrité de la Turquie d'Europe.“††) Ja, am 20. Oktober schreibt Kiderlen zur Orientierung an Kühlmann, „wir müßten ebenfalls die Aufrechterhaltung der Türkei wünschen.“†††) Frankreich, England und Deutschland habe aus kommerziellen und finanziellen Gründen das gleiche Interesse, die Integrität der Türkei zu wahren. Schwierig sei die Aufgabe nur, wenn die Balkanstaaten den Sieg davontragen würden! Da müßte dann ein volles Einvernehmen unter den Mächten herrschen, „um die Balkanstaaten an einer rückhaltlosen Ausnützung eines Sieges und damit den Zusammenbruch der Türkei zu verhindern.“§) Mit diesem Schreiben hatte sich Kiderlen über alle in dieser Hinsicht gemachten Randvermerke des Kaisers glatt hinweggesetzt!

Auch den Status quo auf dem übrigen Balkangebiet aufrecht zu erhalten, hält der Kaiser für ausgeschlossen. Als Pourtalès meldet, Graf Thurn sehe eine Schwierigkeit darin, den Status quo im Sandschack[1] durchzusetzen, falls dieser von serbischen oder montenegrinischen Truppen besetzt wird, schreibt der Kaiser an den Rand: „[1]Unsinn! Ist unmöglich! er liegt im Graben.“§§) Der Botschafter fährt fort, daß man in ruhigen

*) Griesinger an das Auswärtige Amt, 8. Oktober 1912, Große Politik, 33, 181 (Nr. 12 246).

**) Jenisch an Kiderlen, 11. Oktober 1912, Große Politik, 33, 203 (Nr. 12 262).

***) Aufzeichnung Kiderlens vom 16. Okt. 1912, Große Politik, 33, 223 (Nr. 12 277).

†) Aufzeichnung Kiderlens, a. a. O., Rb. 7, Große Politik, 33, 223.

††) Anmerkung*: Große Politik, 33, 223.

†††) Kiderlen an Kühlmann, 20. Oktober 1912, (ab 22. Oktober), Große Politik, 33, 234 (Nr. 12 287).

§) Kiderlen an Kühlmann, a. a. O., Große Politik, 33, 235.

§§) Pourtalès an Bethmann, 21. Oktober 1912, Große Politik, 33, 242, (Nr. 12 292)

Kreisen vielfach Zweifel darüber äußern höre, „ob es der russischen Regierung möglich sein wird, besonders im Falle eines Sieges der Balkanstaaten an dem Programm der Aufrechterhaltung des Status quo festzuhalten[2]."*) (Rb. des Kaisers): „[2]ausgeschloßen!" Man dürfe jedoch an dem aufrichtigen Willen der russischen Regierung nicht zweifeln, in der Zusammenarbeit mit den übrigen Mächten das Programm der Aufrechterhaltung des Status quo durchzuführen[3]. Das Festhalten an diesem Programm wäre für sie am leichtesten, „wenn die Lage sich so gestaltete, daß die Mächte im gegebenen Augenblick genötigt würden, einer siegreichen Türkei in die Arme zu fallen[4]."**) (Rb. des Kaisers:) „[3]nach Kirkilisse nun Blödsinn!" und „[4]das umgekehrte ist der Fall, daher sind alle Hoffnungen und Berechnungen nichtig! Der Status quo ist hin!"**)

Randbemerkungen dieses Inhalts ließen sich noch mehrere aufweisen. So macht er zu der Aussage Sasonows, „er persönlich stehe für den Augenblick noch auf dem Standpunkt des Status quo"***), die drastische Bemerkung: „Esel! alles auf Schrauben."†) Als erst gar der Gesandte in Belgrad dem Auswärtigen Amt die Siegestaten der Verbündeten mitteilt, schreibt der Kaiser in der Freude des ersten Augenblicks und in der ehrlichen Bewunderung der militärischen Tat eine von seinem Temperament diktierte Randbemerkung, die ihrer charakteristischen Art wegen hier ganz aufgenommen sei!: „Macedonien ist verloren ebenso der-Sandschack! L'Intégrité de l'Empire Ottoman — in Europa — erledigt! Stambul ist bedroht .... Die Türken haben nicht ein einziges Gefecht zu gewinnen, noch eine einzige Stadt zu halten vermocht — excl. Scutari — Ihre Herrschaft in Europa ist zertrümmert. Sie haben sich als absolut unfähig erwiesen, das Land zu halten; und müssen hinaus. .... Die Bulgaren sind meisterhaft geführt und brillant eingesetzt worden, denen kann keine Mächtekonferenz ein Dorf abnehmen. Ich werde jedenfalls absolut dagegen stimmen wenn ich gefragt werde. Sie haben redlich erkämpft, was sie haben wollten, und sich in das Europ(äische) Concert hineingepaukt, — was frischen Bluts und Geistes bedurfte! Vielleicht erleben wir Ferdinand den I als Zar von Byzanz? Als Oberhaupt des Balkanbundes? Die Balkanstaaten haben ihre Burschenmensur gepaukt, und kein Europ(äischer) S(enioren) c(onvents)-beschluß kann sie ablehnen!"††)

Kiderlen fällt es jedoch nicht ein, sich die Auffassung seines Kaisers zu eigen zu machen, sondern sendet am 26. Okt. einen in völligem Gegensatz zu obiger Randbemerkung stehenden Erlaß an den deutschen Botschafter in Paris, von Schoen, ab. Er lautet: „Frankreich, England, Deutschland ha-

*) Pourtalès an Bethmann, a. a. O., Große Politik, 33, 241.
**) Pourtalès an Bethmann, a. a. O., Große Politik, 33, 242.
***) Pountalès an Bethmann, 24. Oktober 1912, Große Politik, 33, 243 (Nr. 12 294).
†) Pourtalès an Bethmann, a. a. O., Rb. 4, Große Politik, 33, 244.
††) Griesinger an das Auswärtige Amt, 25. Oktober 1912, Große Politik, 33, 253 (Nr. 12 297).

ben gleiches Interesse, zu verhüten, daß mit Eintritt dieser Möglichkeit ein vollständiger Niederbruch der Türkei mit anarchischen Zuständen eintritt. Es wäre daher gut, schon jetzt in Gedankenaustausch darüber zu treten, welche der dann unvermeidlichen Änderungen am Status quo sich mit tunlichster Wahrung wesentlicher Integrität der Gesamttürkei vereinigen lassen."*)

Nach dem großen Sieg der Bulgaren über die türkische Ostarmee bei Lüle Burgas am 28.—31. Oktober faßt Kiderlen eine Gebietsveränderung auf dem Balkan ins Auge.**) Am 3. November bittet er den Kaiser bereits um die Genehmigung, daß er Österreich in seinem Willen, sich der Vergrößerung Serbiens nicht zu widersetzen, bestärken dürfe.***) Am 9. November hat sich sogar der Staatssekretär zu der Auffassung durchgerungen: „Den weitestgehenden, vom historischen und ethnographischen Standpunkte eventuell noch zu rechtfertigenden Enschädigungswünschen der Balkanstaaten würde meines Erachtens durch die Aufteilung der europäischen Türkei reichlich Rechnung getragen."†) So mußte sich schließlich Kiderlen vom Gang der Ereignisse überzeugen lassen, daß die Randbemerkungen des Kaisers seit Anfang Oktober die richtige Stellung eingenommen hatten!

Als Österreich den Verzicht auf den Sandschack ausgesprochen hatte, blieb im wesentlichen nur noch ein ernsthafter Streitpunkt übrig: nämlich, ob der Forderung Serbiens nach einem Streifen nordalbanischen Landes und einem Hafen an der Adria entsprochen werden solle?! Für den letzteren war San Giovanni di Medua ins Auge gefaßt worden. Dazu erklärte aber Graf Berchtold, niemals seine Zustimmung geben zu wollen. „Das Begehren Serbiens müsse a limine abgelehnt werden[3]". „Außerdem würde eine solche Vergrößerung auch durch nichtserbisches Land gehen und würde die Albanesen schädigen.[5]"††) Der Kaiser war in dieser Frage im Unterschied zu Berchtold und zu seinen eigenen Staatsmännern anderer Ansicht und bemerkte: „[3]?" und „[5] was schadet das?"†††)

Kiderlen läßt sich durch diese Randvermerke jedoch nicht von seiner Ansicht abbringen! Er steht ganz auf Seiten Österreichs und äußert sich dem russischen Botschafter gegenüber, daß Österreich Serbien schwerlich einen Zugang zur Adria gewähren könne. Serbien könne doch auch befriedigt werden, wenn man es zum ägäischen Meere zulasse.§) Noch entschiedener sprach sich Kiderlen dem französischen und englischen Botschafter gegen-

*) Kiderlen an Schoen, 26. Oktober 1912. Große Politik, 33, 256(Nr. 12 302).
**) Kiderlen an Schoen, 30. Oktober 1912, Große Politik, 33, 260 (Nr. 12 306).
***) Kiderlen an Kaiser Wilhelm, 3. November 1912, Große Politik, 33, 274 ff, (Nr. 12 320).
†) Kiderlen an Kühlmann, 9. November 1912, Große Politik, 33, 274 (Nr. 12 320).
††) Kiderlen an Kaiser Wilhelm, 3. November 1912, Große Politik, 33, 274 (Nr. 12 320).
†††) Kiderlen an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 33, 276.
§) Kiderlen an Tschirschky, 5. November 1912, Große Politik, 33, 280 (Nr. 12 327).

über aus! Nach einem Telegramm des Grafen Szögyenyi habe Kiderlen diesem geantwortet, es sei selbstverständlich, daß sich Österreich-Ungarn dem Verlangen Serbiens entschieden widersetzen müsse. In dieser Frage dürfe auch Österreich der vollen Unterstützung Deutschlands wie auch vermutlich Italiens sicher sein.*)

Kaiser Wilhelm ist gerade der entgegengesetzten Meinung und bringt dies auch in einem Telegramm an Kiderlen zum Ausdruck. Er könne absolut keine Gefahr für Österreichs Existenz darin sehen, daß Serbien einen Hafen an der Adria erhalte! Vom österreichischen Standpunkt aus betrachtet, könne dem allerdings eine gewisse Berechtigung nicht abgesprochen werden, „deren Geltendmachung aber mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen (Krieg, etc.) lediglich Sache Österreichs und nicht seines Verbündeten ist. Wenn ich schon wegen der Serben im Sandschack oder in Uesküb bei Kriegsausbruch den casus foederis vermieden wissen wollte und vermieden habe, noch viel weniger bin ich gesonnen denselben wegen der Serben in Durazzo oder Albanien eintreten zu lassen."**) Etwas derartiges könne er nicht vor seinem Volke verantworten. Am 9. November versichert der Kaiser aufs neue, daß er wegen Albanien und Durazzo „unter keinen Umständen gegen Paris und Moskau marschieren werde."***)

Jedoch hat es allen Anschein, daß der Kaiser unter dem Einfluß der Unterredung mit dem Reichskanzler am 9. November „umgefallen" ist, das heißt, sich den Standpunkt des Auswärtigen Amtes zu eigen gemacht hat und einer nachdrücklichen Unterstützung Österreichs zugestimmt hat! Bethmann Hollweg kann nämlich am 9. November von Letzlingen aus an Kiderlen drahten: „Richtige Basis heute wiedergefunden."†)

Diese Tatsache bestätigt auch eine Randbemerkung des Kaisers vom 19. November zu einem Immediatbericht Kiderlens vom selben Tage. Der Staatssekretär teilt darin mit, daß Kaiser Franz Joseph beabsichtige, seine schwachen Truppenbestände an der galizischen Grenze infolge der russischen Truppenverstärkungen zu vermehren. Dazu lautet das Marginale: Sie werden den massenhaften Russ(ischen) Spionen bekannt werden, es wird Frage und Antwortspiel der Diplomatie einsetzen, Gegenmaßregeln von drüben, piquierte Anfragen von hüben und drüben, und dann ein Vorfall an der Bosn(ischen) Serbischen Grenze, der Krach ist da und mit ihm casus foederis! — Grey wußte mehr über Rußland, als er Lichnowsky ausweichende, aber besorgte Redensarten über die Weltlage machte, als wir, und wahrscheinlich auch mehr über Frankreichs heimliche Vorbereitungen, als wir! Er hat Angst, von den Beiden in einen Krieg hineingerissen zu werden, dem er nicht steuern

) Anmerkg.: Große Politik, 33, 281, (Öster.-Ungar. Rotbuch: Diplomitische Aktenstücke betr. die Ereignisse am Balkan. 13. August 1912 — 6. Nov. S. 45).

**) Kaiser Wilhelm, z. Z. in Potsdam, an Kiderlen, 7. November 1912, Große Politik, 33, 295 (Nr. 12 339).

***) Kaiser Wilhelm z. Z. in Letzlingen an das Ausw. Amt. 9. November 1912, Große Politik, 33, 302 (Nr. 12 348).

†) Anmerkung*: Große Politik, 33, 302.

kann, und bei dem er nicht auf unsere Seite treten will. Caveant Consules! Wir müßen Forderungen im Reichstag für bessere Ausbildung unserer 100 000 Mann unausgebildeter Ersatzreserve machen! Höchste Zeit! Wilhelm I. R. "§§)

Kiderlen unterstützt auch am 19. November nach Möglichkeit den Widerstand Österreichs! Er schreibt unter anderem an Tschirschky, „bei weiteren Ereignissen würden wir keinen Moment vor Erfüllung unserer Bundespflichten zurückweichen".*)

Auf die Frage Österreichs: „Wird Deutschland uns helfen und diese vitalen Interessen der Monarchie, die auch die seinigen sind, schützen und verteidigen wollen?"**), antwortet der Kaiser nun: „unbedingt ja!"***) Auch auf die alarmierende Nachricht hin, daß Österreich die Erhöhung der Zahl der Stände in Galizien durchführen wolle und damit die Gefahr eines Krieges unmittelbar in die Nähe gerückt sei, schreibt der Kaiser an Kiderlen, daß er „den Casus foederis in vollstem Maasse mit allen Consequenzen" durchführen werde!†) Doch ist dem keineswegs entsprochen worden! Schon während des Aufenthalts des Erzherzog-Thronfolgers in Springe am 22. November vertrat der Kaiser selbst seinen früheren Standpunkt, daß er wegen eines serbischen Hafens sich nicht in einen Krieg hineinziehen lassen werde.††) Merkwürdig ist dabei auch der Umschwung der kaiserlichen Ratgeber, Bethmann und Kiderlen, deren Ratschläge sicherlich auf die Zurückhaltung Kaiser Wilhelms hingewirkt haben, da sich Kiderlen eben damals seines Einflusses auf den Monarchen rühmte.†††) So bietet sich uns eine seltsam schwankende Haltung des Auswärtigen Amtes! Zuerst drängt es den Kaiser zur rückhaltlosen Unterstützung Österreichs, dann wiederum macht es selbst Anstrengungen, den endlich für ihre Ideen gewonnenen Kaiser zur Mäßigung und Zurückhaltung zu bewegen!

Ein für den Kaiser und die Behandlung seiner Äußerungen ungemein charakteristischer Fall ist der folgende! Wangenheim sendet am 29. November 1912 ein geheimes Telegramm an das Auswärtige Amt mit der überraschenden Nachricht, daß Bulgarien der Türkei ein Offensiv- und Defensivbündnis angeboten habe und sich im Falle einer Verständigung für die zwischen der Türkei und den übrigen Verbündeten schwebenden Fragen desinteressieren werde.§) Bei dieser in keiner Weise beglaubigten

*) Kiderlen an Tschirschky, z. Z. in Budapest, 19. Nov. 1912 Große Politik ,33, 361 (Nr. 12 397).

**) Tschirschky an Bethmann, 18. November 1912, (pr. 20. 11), Große Politik, 33, 367 (Nr. 12 402).

***) Tschirschky an Bethmann, a. a. O., Große Politik, 33, 371.

†) Kaiser Wilhelm an Kiderlen, 21. November 1912, Große Politik, 33, 374 (Nr. 12 405).

††) Anmerkung **: Große Politik, 33, 374.

†††) Vgl. E. Jäckh, Kiderlen, Der Staatsmann und Mensch, II, 192 (Stuttgart 1924).

§) Wangenheim an das Auswärtige Amt, 29. November 1912 (eingetragen am 30. November), Große Politik, 33, 432 (Nr. 12 459).

§§) Kiderlen an Kaiser Wilhelm, 19. November 1912, Große Politik, 33, 359 (Nr. 12 395).

Nachricht eines bulgarischen Bündnisangebots, schwelgt der Kaiser sofort in phantastischen Zukunftsbildern, obwohl die Tatsache einer Verbrüderung von vornherein recht unwahrscheinlich war. In einemTelegramm vom 1. Dezember aus Donaueschingen entwickelt der Kaiser seinen Plan. Er hält Ferdinands Angebot für einen „genialen groß angelegten Gedanken"! Österreich müsse mit Turko-Bulgarien sofort ein Militärbündnis eingehen und im Bunde mit Deutschland helfen, die beiden Länder zu stärken und zu regenerieren. Dadurch sei auch Griechenland und Serbien unbedingt gezwungen, an dieser Mächtegruppe Anlehnung zu suchen. Rußland wäre damit auf dem Balkan erledigt. Österreich hätte die Vormacht auf dem Balkan und im östlichen Mittelmeer, würde „mit Italien gemeinsam sowie der regenerierten beziehungsweise neu zu bauenden turko-bulgarischn Flotte ein mächtiges Gegengewicht gegen England" bilden, dessen Weg nach Alexandrien dadurch bedroht wäre. „Dann sind die Dreibundmächte die Präponderanten im Mittelmeer, haben die Hand auf dem Kalifen, damit auf die ganze mohammedanische Welt! (Indien). Serbien dürfte gründlich lackiert sein! und wir können unsere Türkenpolitik wieder aufnehmen."*) Von Oos aus kam am nächsten Tag noch der ausdrückliche Befehl, die Annahme des bulgarischen Bündnisangebots auf das Nachdrücklichste bei der türkischen Regierung zu unterstützen.**)

Doch wußte das Auswärtige Amt recht wohl, den wahren Wert der flüchtigen Konzeption einzuschätzen! Ein Erlaß vom 9. Dezember führt denn auch den Befehl in so vorsichtiger Form aus, daß eine Schädigung der deutschen Politik daraus nicht entstand. Die Anwort lautete: „Ew. pp. bitte ich ergebenst, die türkisch-bulgarischen Annäherungsbestrebungen im Auge zu behalten und gegebenenfalls über Ihre Wahrnehmungen zu berichten. Für den Fall, daß sich Ihnen Gelegenheit bieten sollte, den türkischen Staatsmännern gegenüber Ihre Ansicht über diese Frage auszusprechen, bemerke ich ergebenst, daß die Herstellung eines engeren Zusammenschlusses zwischen der Türkei und Bulgarien durchaus unseren Interessen entspricht."***)

Eine weitere Folge hatte das Telegramm des Kaisers, das in gewisser Hinsicht auch als „Randbemerkung" betrachtet werden kann, nicht gehabt, da sich die Nachricht zudem in der Zwischenzeit als falsch erwiesen hatte.

---

*) Kaiser Wilhelm, z. Z. in Donaueschingen, an das Auswärtige Amt, 1. Dez. 1912 Große Politik, 33, 441. (Nr. 12 468).

**) Jenisch, z. Z. in Oos, an das Auswärtige Amt, 2. Dez. 1912, Große Politik, 33, 442 (Nr. 12 469).

***) Anmerkung*: Große Politik, 33, 442 (Erlaß des Kaisers nach Konstantinopel (Nr. 792 vom 9. Dez. 1912).

C.

Die Londoner Botschafterreunion und der Zweite Balkankrieg 1912 — 1913

Die Spannung, die infolge des Balkankrieges unter den Großmächten entstanden war, sollte durch einen vertraulichen Meinungsaustausch der Mächte untereinander gelöst werden. Die Dreibundmächte legten, als die Wahl des Konferenzortes auf Paris gefallen war, Verwahrung ein, weil sie einerseits in Paris die Intrigen Poincarés und Iswolskis, des russischen Botschafters, fürchteten, und andererseits in London sich von der Persönlichkeit Sir Edward Greys einen mäßigenden Einfluß versprachen. So wurde denn am 17. Dezember 1912 die Botschafterkonferenz der Großmächte in London eröffnet. Ebendort waren auch die Gesandten der kriegführenden Balkanstaaten zu Friedensverhandlungen zusammengetreten, mit denen die Türkei am 3. Dezember 1912 einen Waffenstillstand auf Grund der Kriegslage geschlossen hatte.

Bulgarien bestand bei den Verhandlungen beharrlich auf seiner Forderung von Adrianopel. Die Stellung Deutschlands in dieser Frage war eine ziemlich zurückhaltende und vermittelnde, obwohl der Kaiser in vielen Randbemerkungen die Forderung Bulgariens als durchaus berechtigt bezeichnete! Schon am 14. Dezember kam dies in einem Marginale zu der Aufzeichnung Kiderlens über ein Gespräch mit Danew, dem bulgarischen Sobranjepräsidenten, zum Ausdruck. Dieser hatte Kiderlen gegenüber die Ansicht vertreten, Bulgarien könne unter keinen Umständen auf Adrianopel verzichten, wozu der Kaiser am Rande bemerkt: „²ganz begreiflich“.*) Auch hält Kaiser Wilhelm es für „richtig“**), wenn Danew meint, der Friede werde doch nur ein Provisorium bleiben, wenn die Stadt nicht bulgarisch werde! Außerdem bemerkt er am Kopf eines Immediatberichts „Gesandten Sofia mitth(eilen), daß Danew hier war, und was er vortrug vernünftig gewesen, wir guten Eindruck gehabt und berechtigte Wünsch Bulgariens sekundieren würden!“***)

Eine anschließende Aktennotiz des Vortragenden Rats von Rosenberg besagt: „Der allerhöchste Befehl ist durch die bereits erfolgte Mitteilung der Aufzeichnung nach Sofia, London und Wien erledigt. Aus dem Schlußabsatz der Aufzeichnung ist ersichtlich, daß wir Bulgarien durch mäßigende Einwirkung auf die Türkei sekundieren. Daher zu den Akten.“†) Daraus können wir entnehmen, daß das Auswärtige Amt willens war, dem Kaiser in dieser Frage zuzustimmen und die Forderung Bulgariens, wenn auch nur durch „mäßigende Einwirkung auf die Türkei“, zu unterstützen.

*) Aufzeichnung Kiderlens vom 13. Dezember 1912, Große Politik, 34, I, 38 (N 12 533).

**) Aufzeichnung Kiderlens, a. a. O., Große Politik, 34, I, 39.

) Anmerkung: Große Politik, 34, I, 39 f. Bemerkung des Kaisers vom 14. Dezember 1912.

†) Anmerkung***: Große Politik, 34, I, 39 f.

Da aber sowohl Bulgarien als auch die Türkei äußerst hartnäckig auf ihren Forderungen bestanden, kam eine Einigung nicht zustande! Um den Abbruch der Verhandlungen zu verhindern, wurden die Mächte in Konstantinopel vorstellig. Die Schritte waren jedoch, wie es am 10. Januar 1913 noch den Anschein hatte, nicht von Erfolg begleitet gewesen. Der Kaiser bemerkt zu dem Sitzungsbericht der Botschafterreunion vom 10. Januar: „wie soll ihnen der Erfolg garantirt werden, wenn sie nicht entschloßen sind Waffengewalt event(uel)l eintreten zu lassen!? Und das würde jetzt heißen: die Mächte vereinigen sich um Bulgarien Adrianopel zu geben, was sie der Türkei zu diesem Zweck entreißen müßen!"*) Auch in der Schlußbemerkung spricht der Kaiser aus, daß Bulgarien sich, wenn ihm Adrianopel verweigert würde, aus Rache an die Seite Rußlands stellen würde! Es handle sich darum, ob die Großmächte um Adrianopel kämpfen werden, um es Bulgarien zu geben.*)

Als die Türkei dem Drängen der Mächte nachgab, wurde das türkische Kabinett Kjamil Pascha am 23. Januar 1913 durch eine von Enver Pascha geleitete Revolution wegen zu großer Nachgiebigkeit und Schwäche gestürzt. Wangenheim berichtet, daß ihm der Großwesir gesagt habe, daß der Besitz Adrianopels keine Lebensbedingung für die Türkei sei. Konstantinopel könne durch eine andere Linie ebenso gut verteidigt werden. Da er aber vom Volk und der Armee nur zur Verhinderung des Falls von Adrianopel gerufen worden sei, könne er nicht nachgeben. Es müsse eben etwa folgender Kompromiß gemacht werden: der nördlich der Mariza gelegene Teil Adrianopels, der die Moscheen enthalte, müsse türkisch bleiben. Der südliche Teil könne dann bulgarisch werden. Im übrigen würde die Festung geschleift werden.**)

Der Kaiser verhält sich dem Angebot gegenüber ganz ablehnend und macht einige treffende Bemerkungen darüber: „[1]Ist nicht möglich Unsinn!" oder „[5]absoluter Blödsinn! Erinnert an das Angebot Wrangels an Wallenstein mit Prag Altstadt und Neustadt!" oder die Schlußbemerkung: „Die Vorschläge zeigen die Verlegenheit in welcher sich die sinnlosen Jungtürken befinden, die unbedacht in falschem Augenblick sich zur Macht gedrängt. Auf solche dämlichen Vorschläge wird (sich) kein siegreicher Gegner einlassen. Adrianopel oder der Kampf! So lautet die Bulgarische Devise! Eine Doppelbesetzung der Stadt ist heller Unsinn! Franzosen und wir in Metz!"***)

Diese Marginalien lassen wahrhaftig keinen Zweifel über die Einstellung des Kaisers! Und doch ignoriert sie das Auswärtige Amt völlig. Jagow, der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, hat, wie wir aus einem Erlaß an den Gesandten in Sofia, von Below-Saleske, ersehen,

*) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, 10. Januar 1913, Große Politik, 34, I, 174 (Nr. 12 658).

**) Wangenheim an das Auswärtige Amt, 28. Januar 1913, Große Politik, 34, I, 273 (Nr. 12 754) . (pr. 29. Jan.)

***) Wangenheim an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 34, I, 275.

den türkischen Vorschlag als sehr wertvoll angesehen und bringt ihm eine übertriebene Würdigung entgegen! Er schreibt: „Im einzigen Bulgarien direkt interessierenden Punkt läuft also türkische Antwort faktisch auf Annahme Kollektivnote heraus. Denn, Adrianopel, dessen Besitz Bulgarien aus vorwiegend strategischen Gründen fordert, verschwindet als Festung und kommt als Stadt tatsächlich in bulgarische Gewalt. Souveränität Sultans im heiligen Stadtteil kann nach Lage künftiger Machtverhältnisse nur fiktiv sein.“*) „Wir hoffen, daß bulgarische Regierung das unerwartet weitgehende Entgegenkommen der Pforte würdigt, das um so größere Anerkennung verdient, als neue Regierung nur der Parole Rettung Adrianopels ihre Existenz verdankt.“**) Am 1. Februar muß jedoch Jagow dem Kaiser recht geben, da sowohl Grey als auch die Balkanstaaten dem Angebot äußerst skeptisch gegenüber standen und es für völlig wertlos erklärten!***)

Die Frage, wem die ägäischen Inseln zugesprochen werden sollen, bereitete der Botschafterreunion viel Schwierigkeiten. Eine Gruppe der Mächte stand auf Seiten Griechenlands, das die Inseln für sich beanspruchte, weil der größte Teil der Bevölkerung griechisch war. Eine andere Gruppe, in der Hauptsache der Dreibund, trat dafür ein, daß sie türkisch werden sollten. Eine besondere Schwierigkeit bestand außerdem noch darin, daß Italien einige Inseln schon als Pfand für die Räumung Libyens besetzt hatte und sich daraus natürlich nicht vertreiben ließ. Die Entente vertrat den Standpunkt, daß die ägäischen Inseln den Griechen zufallen sollten; sie tat es mit dem Hintergedanken, daß es dadurch den Dreibundstaaten im Falle der Aufteilung der asiatischen Türkei unmöglich gemacht wäre, sich Teile davon zu sichern.

Was diesen strittigen Punkt für unsere Fragestellung so überaus interessant macht, ist, daß während der ganzen Zeit der Verhandlungen Kaiser Wilhelm selbst immer in direktem Gegensatz zu der Politik seines Auswärtigen Amtes stand und die ganze Zeit über mit großem Nachdruck in seinen Randbemerkungen dafür eintrat, daß die Inseln an Griechenland fallen sollten. Daß die leitenden Persönlichkeiten trotz der entschiedenen Stellungnahme des Kaisers ihren eigenen Weg gingen, zeigt, wie gering der Einfluß der kaiserlichen Marginalien war!

Am 11. Dezember 1912 instruiert Kiderlen den Botschafter in Wien über die verschiedenen auf der Botschafterkonferenz zur Sprache kommenden Punkte und berichtet ihm die jeweilige Haltung der deutschen Politik! Betreffs der ägäischen Inseln führt er aus: Es ist „abzuwarten, mit welchen Wünschen England hervortritt. Uns scheint es nicht geraten, daß Griechenland die den Dardanellen und Kleinasien unmittelbar vorgelagerten Inseln durch Besetzung oder Befestigung faktisch in seine Macht

*) Jagow an Below, 31. Januar 1913, Große Politik, 34, I, 285 (Nr. 12 767).
**) Jagow an Below, a. a. O., Große Politik, 34, I, 286.
***) Jagow an Wangenheim, 1. Februar 1913, Große Politik, 34, I, 291 (Nr. 12 774).

bringt[3], wogegen Gewährung gewisser autonomer Rechte an einheimische Bevölkerung unbedenklich wäre."*) (Rb. des Kaisers:) „[2]?" und„[3]? das wollen wir nicht sagen! Könnte in Athen sehr übel genommen werden!"**)

Einige Tage darauf geht wegen derselben Frage ein Erlaß ohne Berücksichtigung der Randbemerkungen an den deutschen Botschafter in London, Fürsten Lichnowsky, ab! Kiderlen rät darin, Lichnowsky möge sich vorläufig möglichst zurückhalten und nur etwaige Wünsche Italiens bei den Mächten unterstützen.***) Zu seiner „lediglich persönlichen Information" gibt er ihm ferner zu wissen, daß es uns nicht geraten scheine, „daß Griechenland die Dardanellen und Kleinasien unmittelbar vorgelagerten Inseln durch militärische Besetzung oder Befestigung faktisch in seine Macht bringt, wogegen Gewährung gewisser autonomer Rechte an einheimische Bevölkerung unbedenklich wäre, vielleicht sogar unter einer Art griechischen Protektorats."†)

In der Sitzung vom 18. Dezember ging der britische Antrag durch, daß die ägäischen Inseln „devraient être neutralisées sous la garantie des puissances."††) Am 7. Januar 1913 vertrat der österreich-ungarische Botschafter und ebenso der italienische die Ansicht, daß die den Dardanellen und der kleinasiatischen Küste vorgelagerten Inseln der Türkei verbleiben sollten. Grey gab zu erkennen, „daß England nicht gewillt sei, türkische Truppen auf den Inseln wieder zuzulassen[4] und die Verantwortung für die Folgen zu übernehmen."†††) Der Kaiser stimmt Grey völlig bei: „[4]ist richtig! aber England kann den Türken gegenüber das Odium des Verbotes tragen!"§) Grey war der Meinung, daß die Autonomie der Inseln für die Türkei wertlos sei, „da niemand alsdann völligen Anschluß an Griechenland verhindern werde[1]."§§) (Rb. des Kaisers:) „[1]das ist meiner Ansicht nach immer das Klarste und Einfachste, da lauter Griechen drauf wohnen!"§§§) Die Antwort auf obiges Telegramm lautet dagegen: „Wir halten an unserem Standpunkt in Inselfrage fest und haben zu vorläufiger Nachgiebigkeit um so weniger Veranlassung, als Sir Edward Grey, wie Zugeständnis türkischer Scheinsuzeränität zeigt, einzulenken beginnt."+)

*) Kiderlen an Tschirschky, 11. Dezember 1912, Große Politik, 34, I, 35 (Nr. 12 529.)

**) Kiderlen an Tschirschky, a. a. O., Große Politik, 34, I, 36.

***) Kiderlen an Lichnowsky, 15. Dezember 1912, Große Politik, 34, I, 45 (Nr. 12 540).

†) Kiderlen an Lichnowsky, 15. Dezember 1912, Große Politik, 34, I, 45 (Nr. 12 540).

††) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, 18. Dezember 1912, Große Politik, 34, I, 58 (Nr. 12 549).

†††) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, 7. Januar 1913, Große Politik, 34, I, 148 (Nr. 12 634).

§) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 34, I, 149.

§§) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, 22. Januar 1913, (pr. 23. Jan.), Große Politik, 34, I, 239 (Nr. 12 720).

§§§) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 34, I, 239.

+) Zimmermann an Lichnowsky, 23. Januar 1913, Große Politik, 34, I, 239 (Nr. 12 721).

Im folgenden Monat waren die Feindseligkeiten von neuem wieder aufgenommen worden, und die nordalbanische Frage trat in den Vordengrund! Jedoch waren die ägäischen Inseln als Kompensationsobjekte für albanische Grenzfragen immer im Auge behalten worden. So kann der deutsche Botschafter Flotow am 10. Mai aus Rom melden, daß San Giuliano ihn habe wissen lassen, daß Grey vielleicht Kap Stylos Albanien zusprechen werde, daß aber England unbedingt darauf bestehe, daß die Inseln griechisch würden.*) Damit ist auch der Kaiser einverstanden.**) Ferner habe Grey angedeutet, daß Italien gegen diese Konzessionen „die von ihm jetzt besetzten türkischen Inseln an Griechenland abtreten solle?"*) (Rb. des Kaisers:) „?ja".*) Aus diesen Marginalien ersehen wir, daß Kaiser Wilhelm rückhaltlos auf Seiten Griechenlands steht!

Anders urteilt und handelt jedoch der Staatssekretär! Deutschland habe in Kleinasien so wichtige Interessen auf dem Spiel stehen, daß es ihm daran gelegen sei, den Status quo der türkischen Herrschaft zu erhalten. Von den ägäischen Inseln seien vor allem Imbros und Tenedos für die Türkei von großer Bedeutung als Schutz der Meerengen. Infolge der Haltung der Ententemächte sei es jedoch schwer, die Inseln für die Türkei zu retten, aber Imbros und Tenedos müßten unbedingt türkisch werden!***) Am selben Tage, den 12. Mai, schreibt er an Wangenheim: „Bei den bevorstehenden Verhandlungen über das Schicksal der ägäischen Inseln beabsichtigen wir, wie bisher so weit als möglich für die türkischen Interessen einzutreten."†) Trotz der Schwierigkeiten hoffe er wenigstens, die den Dardanellen vorgelagerten vier Inseln der Türkei zu retten. Die Folge dieser Haltung des Auswärtigen Amtes ist, daß der deutsche Botschafter in Athen, Quadt, das Gesuch des griechischen Ministers in Berlin, den griechischen Anspruch auf Imbros und Tenedos zu vertreten, strikt ablehnt!††)

Daß der Kaiser auch in dieser Zeit noch an seiner früheren Ansicht festgehalten hat, bezeugen einige Randbemerkungen zum Bericht Wangenheims vom 6. Juni 1913. Der Botschafter teilt darin mit, daß die Pforte das Verbleiben der geographisch zu Anatolien gehörigen Inseln bei der Türkei! verlange. Der Kaiser bemerkt dazu: „!Unsinn!?"†††) und an einer anderen Stelle: „?die Inseln ist er doch los! da keine Flotte vorhanden die sie halten kann."†††) Wangenheim führt weiterhin aus: „Sollten

*) Flotow an das Auswärtige Amt, 10. Mai 1913, Große Politik, 34, II, 815 (Nr. 13 287).

**) Flotow an das Auswärtige Amt, a. a. O., Rb. 1. Große Politik, 34, II, 815.

***) Jagow an Flotow, 12. Mai 1913, (ab am 13. Mai), Große Politik, 34. II, 828 (Nr. 13 293).

†) Jagow an Wangenheim, 12. Mai 1913, Große Politik, 34, II. 830 (Nr, 13 294).

††) Quadt an das Auswärtige Amt, 4. Juni 1913, Große Politik, 35, 9 (Nr. 13 363).

†††) Wangenheim an das Auswärtige Amt, 6. Juni 1913, Große Politik, 35, 14 (Nr. 13 367).

die Botschafter alle Inseln Griechenland zusprechen, so würde die griechische Regierung ihrer öffentlichen Meinung gegenüber nicht mehr auf einzelne verzichten können. Wolle Griechenland in der Inselfrage[3] überhaupt nicht nachgeben, so sei jede weitere Verhandlung überflüssig.*) (Rb. des Kaisers:) „[3]da sie in Aussicht stehen wie soll es das!? das nennt er großzügig!“*)

Jagow hält sich jedoch nicht an die kaiserlichen Marginalien! Er muß nur gestehen, daß es große Schwierigkeiten mache, wenigstens einige Inseln für die Türkei zu retten, da selbst der Zar sich „sehr warm für die griechische Forderung“ ausgesprochen hat!**) Eine ganz ausführliche Instruktion ging am 3. Juni an Lichnowsky ab, in der Jagow die verschiedenen Möglichkeiten erwägt, die in der Inselfrage in Betracht kommen könnten. Zum Schluß schreibt er: „Außer von dem Wunsche, eine Einigung unter den Großmächten herbeizuführen, müssen wir uns bei der Behandlung der Inselfrage auch durch möglichste Rücksichtnahme auf die Türkei leiten lassen, wie solche uns durch unsere alte türkenfreundliche Politik sowie durch unsere großen Interessen in Kleinasien geboten wird.“***)

Lichnowsky betont denn auch gemäß der erteilten Weisung, „daß wir in der Inselfrage nach Möglichkeit für Wahrung der türkischen Rechte eintreten wollten und daher unbedingt die beiden den Dardanellen vorgelagerten Inseln Imbros und Tenedos der Türkei erhalten möchten!“†) Was Chios und Mytilene beträfe, wäre Deutschland im Prinzip gleichfalls geneigt, diese Inseln den Türken zu belassen. Außerordentlich wichtig für diese Frage ist der Privatbrief des deutschen Botschafters in London an Jagow. Lichnowsky schreibt darin die merkwürdige Unsicherheit der deutschen Politik der Tatsache zu, daß das Auswärtige Amt offiziell eine andere Politik verfolge als sie der Kaiser inoffiziell betreibe! Er schreibt: „Ich habe mich angesichts der Stellungnahme des Kaisers, die auch hier allgemein bekannt geworden ist, auf diese allgemein gehaltene Erklärung beschränkt, und um den allerhöchsten Ansichten nicht schroff und offenkundig entgegentreten zu müssen, es unterlassen, mich an der weiteren Eröterung zu beteiligen ..... Diese Haltung entspricht ja auch Ihren Weisungen, die in dem letzten maßgebenden Erlaß die heikle Frage umgehen .....“††) Unsere Bundesgenossen waren aber mit einer solchen Haltung nicht einverstanden! Marquis Imperiali sagte Lichnowsky, „daß er von allen Seiten auf die kaiserliche Sympathie für Griechenland angesprochen werde“! Damit könne er nicht in Einklang bringen, daß der Botschafter dagegen die italienische Auffassung teile.†††)

*) Wangenheim an das Auswärtige Amt, 6. Juni 1913, Große Politik, 35, 14 (Nr. 13 367).

**) Jagow an Wangenheim, 11. Juni 1913, Große Politik, 35, 31 (Nr. 13 386).

***) Jagow an Lichnowsky, 3. Juni 1913. Große Politik, 35, 246 (Nr. 13 626).

†) Lichnowsky an Bethmann, 11. Juni 1913 (pr. 14. Juni), Große Politik, 35, 246 (Nr. 13 626).

††) Lichnowsky an Jagow, 12. Juni 1913, Große Politik 35, 248 (Nr. 13 627).

†††) Lichnowsky an Jagow, a. a. O., Große Politik, 35, 248.

So ist dieser Brief ein schlagender Beweis dafür, daß das Auswärtige Amt in der Frage der ägäischen Inseln die ganze Zeit über bestrebt war, die ihm unbequemen Randbemerkungen des Kaisers außer acht zu lassen und ihnen jeden Einfluß zu nehmen! Noch am 5. Juli schreibt Jagow an Zimmermann: „Quoad Inseln bleibt es beim alten.“*) Das Ergebnis der Verhandlungen lag dann am 1. August vor.

Es wurde insofern ein Ausweg gefunden, als die italienischen Inseln zusammen mit gewissen andern der Türkei zu gewährenden Vorteilen dazu benutzt werden sollten, die Türken zur Räumung Adrianopels zu veranlassen und mit der Gesamtheit aller andern noch zu regelnden Fragen der Entscheidung der Mächte vorbehalten bleiben sollten. Auch wurde der Sultan aufgefordert, den Vereinbarungen des Vertrages von Lausanne gerecht zu werden.**)

In der Sitzung der Botschafterreunion vom 5. Januar 1913 hatte man sich hauptsächlich mit der Frage beschäftigt, was zu geschehen habe, wenn die Verhandlungen mit den kriegführenden Staaten scheitern und damit die Wiederaufnahme der Feindseligkeiten bevorstehen sollte! An den für eine Kollektivdemarche ausgearbeiteten Text war auf Anregung Cambons, des französischen Botschafters in London, noch hinzugefügt worden: „Les mesures (de pression) pourraient prendre à Constantinople la forme d'une démonstration navale[3] pour la protection de nos nations et de nos intérêts“.***) Damit ist jedoch der Kaiser nicht einverstanden und bemerkt am Rande: „[3]? zu früh! wird nicht viel Eindruck machen“.†) Der Reichskanzler teilt dem Kaiser ferner mit, daß Sir Edward Grey sich nur ungern an einer Flottendemonstration beteiligen würde[5], „daß er aber auch hierzu bereit sei, falls andere mitmachten, da er vor allem eine Fortsetzung der Feindseligkeiten verhindern wolle.“††) (Rb. des Kaisers:) „[5]ich auch sehr ungern“.†††) Auch Bethmann ist der Ansicht, daß man sich mit der Kollektivdemarche ja wohl einverstanden erklären könne, daß aber die Drohung mit einer Flottendemonstration verfrüht sei.§) „Ein Eingehen auf diese französische Anregung erscheint auch deswegen nicht opportun, weil Sir E. Grey ihr abgeneigt ist[8] und, Euerer Majestät huldreichen Intentionen entsprechend unser Bestreben darauf gerichtet sein muß, tunlichst geschlossen mit England vorzugehen.[7]“§) (Rb. des Kaisers:) „[8]ich auch“, „[7]ja“.§) In einer ganz ausführlichen

*) Jagow z. Z. in Blumendorf an Zimmermann, 5. Juli 1913, Große Politik, 35, 272 (Nr. 13 650).

**) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, 1. Oktober 1913, Große Politik, 35, 298 (Nr. 13 675).

***) Bethmann an Kaiser Wilhelm, 5. Januar 1913, Große Politik, 34, I, 130 (Nr. 12 616).

†) Bethmann an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 34, I, 131.

††) Bethmann an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 34, I, 130.

†††) Bethmann an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 34, I, 131.

§) Bethmann an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 34, I, 131.

Randbemerkung zum Bericht Lichnowskys vom 9. Januar geht dann der Kaiser nochmals auf die Frage der Flottendemonstration näher ein. Er schreibt: „Die ganze Geschichte wird den Türken gar nicht imponieren, ein Schlag ins Wasser sein und die Mächte der Lächerlichkeit preisgeben wie s(einer) Z(eit) Creta. Sollten die Mächte zur Tat schreiten, so müßten zunächst die vor Constantinopel liegenden Schiffe zurückgezogen werden, da sie den Angriffen türkischer Torpedoboote preisgegeben sind." Zum Passieren der Dardanellen würden sie aber auch einen Fährmann der Regierung brauchen, dessen Stellung der Türkei wirklich nicht zugemutet werden könne, wenn sie wisse, daß die Schiffe „nachher womöglich die Dardanellen oder eine andere Befestigung oder Türk(ischen) Hafen beschießen sollen!" „Zieht man jedoch die Schiffe zurück, sind die Botschaften und Colonien der Wuth der von den Tschadaldschalinien heimkehrenden Soldaten preisgegeben!" „Ein glücklicher Treffer auf irgend ein Schiff und ganz Stambul würde vor Begeisterung aufflammen und das Massakre wäre da!" Die Demonstration sei ein militärischer Blödsinn, den er nicht mitzumachen gesonnen sei!*)

Der daraufhin an Lichnowsky abgehende Erlaß ist in der Hauptsache nur eine genaue Wiedergabe der kaiserlichen Randbemerkung! „... Flottenkundgebung werde Pforte nicht imponieren und Schlag ins Wasser sein. Ueberdies stehe ihrer Ausführung Anwesenheit der Kriegsschiffe vor Konstantinopel im Wege, die vorher zurückgezogen werden müßten. Man könne Türkei nicht zumuten, Lotsen und freie Passage für Schiffe zu gewähren, die nachher womöglich gegen Dardanellen oder türkischen Hafen demonstrieren sollen ... Bleiben sie aber vor Konstantinopel, so sind Kriegsschiffe türkischen Torpedos, Botschaften und Kolonien Soldateska preisgegeben. Ein glücklicher Treffer auf irgend ein Schiff, und Stambul würde vor Haß und Begeisterung aufflammen."**) In diesem Sinne bittet er Lichnowsky, sich entschieden gegen eine Flottendemonstration aussprechen zu wollen. Der Botschafter berichtet auch von der Ausführung dieses Befehls am 13. Januar. Grey habe hierauf angeregt, Schiffe[1] nach der Besikabai zu senden, um dort für den Schutz der Europäer[2] bereit zu stehen!***) Der Kaiser sieht die Notwendigkeit des Schrittes nicht ein und vermerkt: „[1]Keine von uns!" und „[2]dafür genügen die vor Stambul liegenden Schiffe vollkommen ohne Forcierung der Dardanellen ausgeschloßen!"†) Der Erfolg der deutschen Politik fand in der nachstehenden Erklärung der Botschafterkonferenz seinen Ausdruck: „Sur les observations de l'Ambassadeur d'Allemagne visant surtout les difficultés techniques, la possibilité d'une démonstration

*) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, 8. Jan. 1913, (pr. 10. 1.) Große Politik, 34, I, 167 (Nr. 12 650).

**) Zimmermann an Lichnowsky, 10. Januar 1913, Große Politik, 34, I, 167 (Nr. 12 651).

***) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, 13. Januar 1913, Große Politik, 34, I, 191 (Nr. 12 677).

†) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik , 34, I, 192.

navale collective paraît devoir être écartée . . .“*) Damit war der Gedanke einer Flottendemonstration fürs erste erledigt!

Die neue jungtürkische Regierung hatte am 30. Januar 1913 die Antwort auf die Kollektivnote der sechs Großmächte den Kabinetten überreicht. Aber schon am Tage vorher waren die Beziehungen zwischen den Balkanverbündeten und der Türkei abgebrochen worden. Sir E. Grey war der Meinung, daß die Antwortnote als Grundlage der Wiederaufnahme der Unterhandlungen dienen könne und vielleicht „eine Rückgängigmachung der Kündigung des Waffenstillstandes“ ermöglichen werde.**) Jagow hatte schon am 31. Januar den deutschen Gesandten in Sofia ersucht, der bulgarischen Regierung die Annahme des türkischen Angebotes anzuraten, damit weiteres Blutvergießen verhindert werde.***) Auch Grey erteilte zu diesem Zwecke Weisungen nach Sofia!

Der Kaiser ist mit dieser Handlungsweise gar nicht einverstanden und gibt dies auch in seinen Marginalien zu erkennen. So bemerkt er zu dem Wunsche Greys und Jagows, weiteres Blutvergießen zu verhindern: „Dann nimmt er schließlich die Verantwortung für Alles was passiert auf sich! Ich bin dafür Erst fechten, dann handgreifliche klare Friedenspräliminarien auf dem Schlachtfelde, in die Mächte eingreifen könnten . . . Erst muß da einer definitiv siegen und der andere die Besiegung zugeben.“†) Und in seiner Schlußbemerkung schreibt er unter anderem: „. . . Wer jetzt den Kampf verhindert, lädt den ganzen Haß für den Friedensschluß von beiden Seiten auf sich. Da mache ich nicht mit!“††)

Am folgenden Tage schon, dem 1. Februar 1913, überwog in der Sitzung der Botschafterkonferenz die Ansicht, daß die türkische Note Bulgarien nicht genügend entgegengekommen sei. Doch hofft man trotzdem, daß auf ihrer Grundlage weiterverhandelt werden könne! Der Kaiser bemerkt dazu: „[1]Ich warne davor! Es ist keine Grundlage!“†††) Im übrigen wolle Grey mit Herrn Danew sprechen und seinen Vertreter in Sofia anweisen, der bulgarischen Regierung zu mäßigem Verhalten zu raten, falls andere Mächte entsprechende Weisungen erteilen würden.[3]§) (Rb. des Kaisers:) „[3]Meine keine!“§§)

Trotz dieser ausdrücklichen Willenserklärung des Kaisers stimmte der deutsche Botschafter einem der englischen Anweisung entsprechenden Text zu, der den „meines Erachtens harmlosen“ Wortlaut hatte, wie es fälschlicherweise Lichnowsky in einer dem Kaiser als Vorlage dienenden Abschrift

*) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 34, I, 191.
**) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, 31. Januar 1913, Große Politik, 34, I, 290 (Nr. 12 773).
***) Jagow an Below, 31. Januar 1913, Große Politik, 34, I, 285 f. (Nr. 12 767).
†) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 34, I, 290.
††) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 34, I, 290.
†††) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, 1. Februar 1913, Große Politik, 34, I, 292 (Nr. 12 775).
§) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 34, I, 291.
§§) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 34, I, 292.

in den Mund gelegt wird!*) Letztere Handlung deutet ganz klar darauf hin, daß das Auswärtige Amt sich seiner gegensätzlichen Stellung zum Kaiser wohl bewußt war und durch obige Einfügung den dem Kaiser nicht genehmen Wortlaut abzuschwächen versuchte! Denn Kaiser Wilhelm ist gegen jedes vorschnelle Eingreifen der Mächte. Zuerst sollen die Balkanstaaten die ganze Angelegenheit mit dem Schwert ausfechten und klare Verhältnisse schaffen. „Quatsch der bei den Bulgaren wohl kaum versa(n)gen wird! Ich habe genug von dem Dreck und mache solchen Unsinn nicht weiter mit! Mögen die Kerls sich keilen und die Sache erst zur Entscheidung bringen damit klare Verhältniße geschaffen werden. Ein festes Friedensinstrument vor allem!"**) Diese Ansicht des Kaisers wird noch bestätigt durch eine Randbemerkung zum Drahtbericht Lichnowskys vom 1. Februar, in dem dieser mitteilt, daß Herr Danew auf seinem Standpunkt verharre und hoffe, daß „Wiederaufnahme der Feindseligkeiten nur umso schneller zum Ziele führen würde³". (Rb. des Kaisers:) „³Einzig richtig!"***)

Trotzdem bietet sich uns das merkwürdige Bild, daß der Staatssekretär sowohl in Bukarest als auch in Sofia unbeirrt zur Ruhe und Mäßigung mahnt, um Feindseligkeiten und weiteres Blutvergießen zu verhindern! Am 2. Februar drahtet Jagow an Lichnowsky, daß es eine der „heikelsten Fragen" sei, wie die Differenzen zwischen Bulgarien und Rumänien auszugleichen seien, ohne daß auch die Türkei in ihrem Wiederstand ermutigt werde. „Wir fahren fort, in Sofia und Bukarest zum Ausgleich zu raten. Namentlich erscheinen in Sofia ernste Ratschläge zu promptem Entgegenkommen erforderlich!†) Am selben Tage noch schreibt er an Lichnowsky: „Denjenigen Botschaftern, welche mich über meine Ansichten betreffend der von Mächten nach türkischer Antwortnote einzunehmenden Haltung fragten, habe ich erwidert, mir scheine angezeigt, in Konstantinopel und Sofia mit Ratschlägen zu Nachgeben und Versöhnung fortzufahren!"††)

Nahezu ebenso wenig Einfluß übten die kaiserlichen Marginalien zum Bericht Lichnowsky vom 11. Februar aus. Die Botschafterversammlung hatte sich mit einer Note Tewfik Paschas zu beschäftigen, in welcher der letztere Sir E. Grey fragt, ob nicht die Mächte als Mandatare der Türkei auf der Basis der türkischen Antwortnote mit den Balkanstaaten die Friedensbedingungen vereinbaren könnten. Kaiser Wilhelm lehnt dies in seiner Randbemerkung entschieden ab! „Unter keinen Umständen! alles was passirt und nicht gefällt wird uns in die Schuhe geschoben! Erst mit Bulgarien feste Abmachungen machen!"†††)

) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 34, I, 291; und Anmerkung!

**) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 34, I, 292.

***) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, 1. Februar 1913, (pr. 2. Februar), Große Politik, 34, I, 297 (Nr. 12 778).

†) Lichnowsky an Jagow, 2. Februar 1913, Große Politik, 34, I, 301 (N. 12 781).

††) Jagow an Lichnowsky, 2. Februar 1913, Große Politik, 34, I, 302 (Nr. 12 783).

†††) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, 11. Februar 1913, Große Politik, 34, I, 355 (Nr. 12 825). (pr. 12. 2.).

Da jedoch selbstverständlich war, daß die Mächte ihre Note zur Grundlage der Verhandlungen machten, sah sich der türkische Botschafter gezwungen, den gedachten Hinweis fallen zu lassen. Es wurde daraufhin vereinbart, daß an Tewfik die folgende Note abgehen sollte: „. . .les Puissances se mettront en communication avec les alliés dans le but d'arriver à la paix.“*) Kaiser Wilhelm bemerkt dazu, daß die Türken diese Antwort nie verzeihen werden, da es einer Wegnahme Adrianopels im Auftrag Bulgariens gleichkomme, das nicht imstande gewesen ist, es zu erobern.**) Zusammenfassend äußert er sich noch folgendermaßen: „Die feige Türk(ische) Regierung will ja nur die Schuld für den Verlust von Adrianopel und die schlechten Bedingungen auf die Großmächte abwälzen. Ich warne davor, sich schon jetzt auf sowas einzulassen, ehe nicht die beiden Paukanten untereinander zum Abschluß gekommen sind! Ich bin gegen diesen Schritt!“***)

Obwohl der Kaiser damit die Antwort der Botschafter ganz deutlich abgelehnt hatte, erklärte sich der Staatssekretär von Jagow mit der zustimmenden Erklärung Lichnowsky durch ein Telegramm vom 12. Februar einverstanden!†) Da es den Anschein hatte, daß die Türkei zum Nachgeben bereit wäre, wenn in der Antwort nicht auf die Kollektivnote Bezug genommen würde, würde eine andere Formulierung des Textes vorgenommen, mit der dann auch der Kaiser „einverstanden“ war!††)

Von ebenso geringem Einfluß waren die Randbemerkungen des Kaisers, als es sich darum handelte, den mächtigen Einfluß Rußlands auf der Botschafterreunion in geeigneter Weise einzudämmen. Auf Beschluß der Mächte war Scutari Albanien zugesprochen worden. Doch weigerte sich König Nikita von Montenegro standhaft, auf diese Stadt zu verzichten und hielt auch die Belagerung aufrecht. Es wurde daher die Frage aufgeworfen, ob man nicht Oesterreich und Italien als den meist interessierten Mächten den Auftrag erteilen solle zur Durchführung der sofortigen Räumung der Albanien zugesprochenen Gebiete.

Sir E. Grey konnte jedoch für diesen Vorschlag nicht gewonnen werden, weil er fürchtete, es könne dadurch Rußlands Widerstand hervorgerufen werden. Kaiser Wilhelm schreibt dazu ganz entrüstet an den Rand: „wenn das bei ihm immer noch das maßgebendste ist, werden wir niemals zu einem befriedigenden Resultat kommen!“†††) Tatsächlich äußerte auch der Botschaftsrat der russischen Botschaft in London, Baron Etter,

*) Jagow an Wangenheim, 12. Februar 1913, Große Politik, 34, I, 356 (Nr. 12 287).

**) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 34, I, 355 (Nr. 12 825). Rb. 4.

***) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 34, I, 355.

†) Anmerkung**: Große Politik, 34, I, 354. (Telegramm Nr. 92).

††) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, 15. Februar 1913 (pr. 16. Febr.), Große Politik, 34, I, 383 (Nr. 12 858).

†††) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, 26. März 1913, Große Politik, 34, II, 558. (Nr. 13 021).

es werde sehr schwer sein, das russische Publikum von der Notwendigkeit irgend welcher Zwangsmaßnahmen gegen Montenegro zu überzeugen.*) In größtem Unmut macht der Kaiser dazu die Bemerkung: „?Also die Russen wollen nicht! Dann will Grey auch nicht! Dann geht ganze Geschichte nicht! Die Russen sind also in der Botschafterkonferenz die Herren der Lage und wir haben ihnen zu pariren! Außerordentlich würdig für uns andere Großmächte! Da können wir noch weit kommen! Mit obiger Redewendung H(errn) v. Etters muß schließlich jeder Mächteschritt lahmgelegt werden können, bei jeder Rußland nicht zusagenden Wendung der Dinge ... Das bin ich auf die Dauer nicht mitzumachen gesonnen. Grey muß die Wünsche des österreich(ischen), Ital(ienischen) und Deutschen Publikums genau so berücksichtigen wie die des Russischen Publikums! Das muß Lichnowsky in aller Freundlichkeit und Deutlichkeit an Grey sagen!“**)

Ausdruck dieser Entrüstung über das Verhalten Rußlands sind auch die Randbemerkungen zu den Berichten der folgenden Tage, die das Auswärtige Amt dazu hätten führen können, denselben in gebührender Weise Rechnung zu tragen! Zu dem Bericht aus Petersburg vom 26. März 1913 der die Verschleppungstaktik Rußlands in der montenegrinischen Frage schildert, schreibt Kaiser Wilhelm: „Die Russen wollen unter keinen Umständen Montenegro zwingen!“ ***) Sie steigern durch ihr Doppelspiel den Mächten gegenüber nur den Widerstand der Balkanstaaten. „Diese Wirtschaft ist geradezu unwürdig!“†) Am 28. März beklagt sich der Kaiser sehr darüber, daß sich England und Frankreich so ins Schlepptau von Rußland haben nehmen lassen. „Grey gibt schließlich stets Petersburg nach, und bringt so endlich Österreich und den 3 Bund um seine Interessen! Auf die Dauer kann ich protestlos eine solche Schweinerei nicht mitmachen! .....“††) Ähnlich drückt sich der Kaiser am 31. März am Immediatbericht Jagows aus!†††) Der Gesandte von Treutler telegraphiert hierauf noch privatim an Jagow: „Seine Majestät bittet Sie, in Erwägung zu ziehen, ob nicht Fürst Lichnowsky angewiesen werden soll, ... Sir E. Grey darauf aufmerksam zu machen, daß in solchem Vorgehen eine Verhöhnung der Botschafterreunion liege.“§)

Jagow rät nun indessen im Gegenteil davon ab, zu häufig auf Sir E. Grey einzudringen, da es diesen kopfscheu machen könne!§§) Alles, was er tat, war, daß er Lichnowsky anweisen ließ, auf eine Beschleunigung einer

*) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 34, II, 558.
**) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 34 II, 558.
***) Pourtalès an das Auswärtige Amt, 26. März 1913, (pr. 27. März), Große Politik, 34, II, 560 (Nr. 13 024)
†) Pourtalès an das Auswärtge Amt, a. a. O., Große Politik, 34, II, 560.
††) Below an das Auswärtige Amt, 28. März 1913, Große Politik, 34, II, 580 (Nr. 13 044).
†††) Jagow an Kaiser Wilhelm, 31. März 1913, Große Politik, 34, II, 584 f. (Nr. 13 047).
§) Anmerkung * : Große Politik, 34, II, 585.
§§) Jagow an Treutler, 1. April 1913, Anmerkung * : Große Politik, 34, II, 585.

energischen Aktion gegen Montenegro zu bringen.*) Von einer Ausführung des kaiserlichen Willens war keine Rede!

Bethmann Hollweg schrieb zur Rechtfertigung an den Gesandten von Treutler, der sich beim Kaiser zum Vortrag aufhielt: „... Der Weisung Seiner Majestät entsprechend hat Fürst Lichnowsky am 29. März Auftrag erhalten, Sir E. Grey in aller Freundlichkeit und Deutlichkeit zu sagen, daß Seine Majestät nicht gesonnen sind, Deutschland weiter an den Londoner Botschafterbesprechungen teilnehmen zu lassen, wenn dort Rußland und der Panslawismus die Herren sind und die anderen Großmächte zu parieren haben. ....“**)

Wenn dies tatsächlich richtig gewesen wäre, wäre ja auch der Auftrag Kaiser Wilhelms getreulich ausgeführt worden! Aber dem ist nicht so!! Wie der Herausgeber der Aktenpublikation mitteilt, hat ein Vergleich der Akten ergeben, daß Lichnowsky am 29. März nur den Auftrag erhalten hat, mit Nachdruck für eine schleunige Einleitung energischer Aktion gegen Montenegro einzutreten.***) Mit keinemWort jedoch geschah des kaiserlichen Auftrages Erwähnung!

Da Montenegro durch das Nichtachten der Londoner Beschlüsse den Mächten auch weiterhin Hohn sprach, wurde am 31. März 1913 eine Flottendemonstration vor Scutari von allen Mächten befürwortet.†) Der Kaiser war völlig damit einverstanden und frohlockte, daß England als einzige Macht der Triple-Entente daran teilnahm. „England an der Seite des 3 Bundes im Mittelmeer gegen Slaventhum demonstrirend! Wer hätte vor Jahresfrist so was für möglich gehalten! Fast too good to be true. Das muß man erleben um es zu glauben!!! oh Tripple Entente!!! ?“††) Als jedoch durch die weitere Teilnahme Frankreichs ein sofortiges Einsetzen der Flotte unmöglich gemacht war, beklagte sich Österreich sehr darüber, daß die Demonstration zu einer „Spazierfahrt herabgedrückt werde“†††) und droht mit einer Separataktion!§) Der Kaiser will aber von einem getrennten Vorgehen der Österreicher unter keinen Umständen etwas wissen und verbietet dieselbe förmlich.

Als Berchtold von einer „unwürdigen Komödie“ spricht, zu der die Blockade herabsinke, bemerkt Kaiser Wilhelm: „Solange London die spielt, kann Wien auch mitspielen;“ und bezüglich der Separataktion:

*) Jagow an Lichnowsky, 29. März 1913, Anmerkung * : Große Politik, 34, II, 585. Telegramm-Nr. 183.

**) Bethmann an Treutler, z. Z. in Homburg v.d.H., 8. April 1913, Große Politik, 34, II, 640 (Nr. 13 108).

***) Anmerkung * : Große Politik, 34, II, 585.

†) Lichnowsky an das Auswärtige Amt, 31. März 1913, (pr. 1. April), Große Politik, 34, II, 593 f. (Nr, 31 058).

††) Jagow an Kaiser Wilhelm, z. Z. in Homburg v.d.H., 1. April 1913, Nb. 3, Große Politik, 34, II, 596 (Nr. 13 060).

†††) Tschirschky an Bethmann, 4. April 1913 (pr. 5. 4.), Große Politik, 34, II, 619 ff. (Nr. 13 087).

§) Jagow an Kaiser Wilhelm, z. Z. in Homburg v.d.H., 7. April 1913, Große Politik, 34, II, 631 (Nr. 13 097).

„lieber nicht wegen Rußland und Austritt aus Europ(äischer) Conferenz bedeutet"; „s .. Jedenfalls muß Wien darauf hingewiesen werden, daß London die Führung hat, und Wien wie wir alle ruhig abwarten müßen was London thut, das ja die verletzenden Ablehnungen persönlich empfangen hat. Europ(äische) Conferenz hat zu entscheiden. Nicht Wien allein".*)

Daß der Reichskanzler diese Äußerungen des Kaisers auch verwertet hat, zeigt uns sein Bericht vom 8. April 1913. „Den mir durch Euere Excellenz mit Telegramm Nr. 20 und 21 übermittelten Befehlen Seiner Majestät entsprechend ist der Kaiserliche Botschafter in Wien telegraphisch beauftragt worden, das dortige Kabinett darauf hinzuweisen, daß jede Separataktion Austritt aus den internationalen Bestrebungen bedeuten würde und Österreich, bevor es sich zu einem folgenschweren Schritt entschließt, abwarten muß . . ."**) was auf der Konferenz in London entschieden wird! England sei auch in erster Linie durch die ablehnende Antwort Serbiens und der Türkei getroffen worden und habe daher auch zuerst zu handeln!

Auch der Einfluß einer Randbemerkung zu Flotows Bericht vom 23. März 1913 kann in dem obigen Bericht festgestellt werden. Der Kaiser hatte die Bemerkung gemacht: „Cettinje treibt geradeso Chantagepolitik auf Mächteuneinigkeit wie Sofia, vielleicht in Colluſſion damit?! Das muß diesen Banditen gelegt werden! Sie müßen sehen, daß sie sich zwar über die 6 impuissances moquiren können, aber schließlich doch nichts gegen sie effektuiren können!"***) Bethmann Hollweg schreibt darüber: „Seine Majestät haben in wiederholten huldreichen Randvermerken zu erkennen gegeben, daß der Chantagepolitik der Abenteurer in Cetinje und Belgrad ein Ende gemacht und ihnen die Aussichtslosigkeit ihrer Auflehnung gegen die Großmächte zu Gemüte geführt werden muß. Durch die Entsendung des Kreuzers „Breslau" nach Antivari hat diese allerhöchste Willensmeinung nach außen ihren Ausdruck gefunden.†)

Zu jener Zeit war vor allem auch Deutschlands und Oesterreichs Aufgabe, sich unter den Balkanstaaten neue Verbündete zu suchen! Insbesondere schien Oesterreich-Ungarn mit seinen weitgehenden Interessen von Natur aus dazu ausersehen, Führer einer Koalition auf dem Balkan zu sein. Am 5. Februar hatte es das schon bestehende Bündnis mit Rumänien wieder erneuert, sodaß wenigstens ein Kern da war, um den sich die andern Staaten gruppieren konnten.

Kaiser Wilhelm befürwortete denn auch in seinen Marginalien den Wunsch Serbiens, nach dem Friedensschluß mit der Türkei ein Schutz- und Trutzbündnis einzugehen und dem nach Vorherrschaft strebenden Bulgarien entgegentreten zu können. Ferner heißt er Serbiens Bestreben,

*) Jagow an Kaiser Wilhelm, a. a. O., Große Politik, 34, II, 631 f.

**) Bethmann an Treutler, z. Z. in Homburg v.d.H., 8. April 1913, Große Politik, 34, II, 640 ff. (Nr. 13 108).

***) Flotow an das Auswärtige Amt, 23. März 1913, Große Politik, 34, II, 548 (Nr. 13 011).

†) Bethmann an Treutler, a. a. O., Große Politik, 34, II, 641.

auch bei Rumänien näheren Anschluß zu finden, „gut"!*) Jagow geht in dieser Frage ohne weiteres auf die Randbemerkungen des Kaisers ein. Er schreibt Tschirschky, daß er sich nicht dazu verstehen könne, irgend eine vorzeitige Verpflichtung wegen Salonikis Bulgarien gegenüber einzugehen, da ihm „eine Annäherung Rumäniens an Serbien" „viel mehr geeignet" erscheine!**)

Noch deutlicher als in obigen Randbemerkungen gibt Kaiser Wilhelm seine politische Auffassung in Marginalien zum Bericht des Botschafters in Petersburg vom 5. März zu erkennen. Er schreibt: „Es liegt im Interesse Oesterreichs, daß es sich mit Serbien verträgt, mit ihm sich stellt und handelspolitisch verträgt und seine Entwickelung fördert. In diesem Falle ist eine Oesterreich(ische) Armee an der Serb(ischen) Grenze nicht mehr nöthig ... Die Politik Wiens Serbien gegenüber war verfehlt! Man sehe den Fehler ein, redressire ihn, und gewähre Serbien Rückhalt, den es Bulgarien gegenüber braucht und wünscht. Da es sich schon mit Griechenland zu ähnlichem Zweck verbunden hat, so würde dieses ebenfalls mit Oesterreich mitwirken. So könnte Wien bei coulanter und geschickter Behandlung mit Serbien, Rumänien und Griechenland gemeinsam einen festen Ring um Bulgarien legen, dem die Türkei sich später anschließen könnte! ..."***)

Die Randbemerkung wurde Tschirschky durch Erlaß vom 6. März mitgeteilt.†) Der Botschafter fand jedoch in Wien kein offenes Ohr, als er Berchtold die kaiserlichen Ansichten auseinandersetzte. Der letztere wollte mit allen Mitteln versuchen, Bulgarien auf seine Seite zu ziehen, so unter anderem auch mit dem Versprechen, Saloniki Bulgarien zukommen zu lassen. Als „oberstes Ziel betrachtet er, Bulgarien und Rumänien zusammen an den Dreibund heranzubringen!"††) Der Kaiser schreibt an den Rand: „⁹! Serbien und Rumänien ist viel leichter".†††) Zudem hänge Bulgarien mit „goldener Fessel" an Rußland und Frankreich und kommt nicht los.§) Immer wieder kehrt in den Randbemerkungen der gleiche Gedanke: „Serbien ist leichter", „warum nicht Serbien!?"§§)

Seinen Weisungen gemäß hat Tschirschky in seiner Unterredung mit Graf Berchtold die kaiserliche Auffassung ganz energisch vertreten! An anderer Stelle hat der Kaiser nochmals ausführlich seine Beweggründe motiviert! Durch die Art und Weise, wie Berchtold vorgehe, treibe er na-

*) Below an das Auswärtige Amt, 3. März 1913, Rb. 1, Große Politik, 34, I, 443 (Nr. 12 924).

**) Jagow an Tschirschky, 3. März 1913, (ab am 4. März), Große Politik, 34, I, 446 (Nr. 12 926).

***) Pourtalès an das Auswärtige Amt, 5. März 1913, Große Politik, 34, II, 456 (Nr. 12 934).

†) Anmerkung ** : (Erlaß Nr. 299), Große Politik, 34, II, 456.

††) Tschirschky an Bethmann, 5. März 1913 (pr. 7. März), Große Politik, 34, II, 460 (Nr. 12 937).

†††) Tschirschky an Bethmann, a. a. O., Große Politik, 34, II, 462.

§) Tschirschky an Bethmann, a. a. O., Rb. 11, Große Politik, 34, II, 462.

§§) Tschirschky an Bethmann, a. a. O., Rb. 13 und 15, Große Politik, 34, II, 462.

turgemäß alle Slawen in die Arme Rußlands! „Ich bin nach wie vor der Ansicht, daß die Combination Serbien, Rumänien, Griechenland unter Österreichs Führung die natürlichere und bessere ist; weil sich auch an sie die Türkei lieber anschließen wird wie an eine Bulgarische! ....“*) Der Staatssekretär hat hierauf Tschirschky von der kaiserlichen Schlußbemerkung durch Erlaß vom 9. März in Kenntnis gesetzt und fügte hinzu: er bitte „nach Maßgabe der allerhöchsten Randvermerke auch fernerhin auf den Grafen Berchtold einzuwirken“!**)

Am 13. März teilt der deutsche Botschafter in Wien Bethmann Hollweg mit, daß er infolge ihm „mittelst hohen geheimen Erlasses Nr. 316 zugekommenen allerhöchsten Weisung nochmals Gelegenheit genommen, die Frage der zukünftigen politischen Beziehungen der Monarchie zu den Balkanstaaten, insbesonders zu Serbien, mit Graf Berchtold zu erörtern.“***) Er habe ihm alle Argumente dafür vorgetragen, eine Annäherung an Serbien zu suchen und werde auch weiterhin die politischen Kreise Oesterreichs in unserem Sinn zu beeinflussen bestrebt sein.***) Am 23. März 1913 setzt sogar Jagow selbst in einem Privatbrief dem Grafen Berchtold auseinander, welche Konstellation der Mächte auf dem Balkan er für die gegebenste und nützlichste halte! In seinen Ausführungen bleibt er völlig in den Gedankengängen Kaiser Wilhelms und hält sich an die in den Randbemerkungen geäußerten Richtlinien des Kaisers!†) Wenn auch eine Wendung in der österreichischen Politik dadurch nicht erreicht wurde, so ist doch die Tatsache einer weitgehenden Beinflussung der deutschen Politik durch die Marginalien Kaiser Wilhelms in dieser Frage unverkennbar.

D.

Der dritte Balkankrieg 1913.

Bei der Teilung der Siegesbeute waren die siegreichen Staaten unter einander ernstlich in Streit geraten. Selbst Rußland, der Schutzherr des Balkanbundes und Anstifter allen Unheils, war ihnen gegenüber machtlos geworden und konnte sie nicht mehr im Zaume halten. So brach denn am 29./30. Juni 1913 der dritte Balkankrieg aus. Serbien und Griechenland gingen sofort gegen Bulgarien vor, das von Rußland im Stich gelassen war. Kurz darauf griff auch Rumänien noch ein, und ebenso die Türkei! Die Mächte hielten deshalb die dringendsten Vorstellungen für geboten.

Kaiser Wilhelm war jedoch, wie schon im Januar und im Februar des Jahres, ganz entschieden gegen ein Einschreiten der Mächte! Dies hielt je-

*) Tschirschky an Bethmann, a. a. O., Große Politik, 34, II, 462.

**) Anmerkung * : Große Politik, 34, II, 462. (Erlaß Nr. 316).

***) Tschirschky an Bethmann, 13. März 1913, (pr. 15. März), Große Politik, 34, II, 504 (Nr. 12 974).

†) Jagow an Berchtold, 23. März 1913, Große Politik, 34, II, 548 ff. (Nr. 13 012).

doch den Staatssekretär nicht ab, trotzdem bei allen Balkanstaaten nachdrücklichst vor weiterem Vorgehen warnen zu lassen! Als Schoen, der deutsche Botschafter in Paris, berichtet, „russischer, österreich-ungarischer und italienischer Botschafter[2] haben hier instruktionsgemäß Geneigtheit zu derartigen Vorstellungen[3] zu erkennen gegeben, ich nur persönlich",*) bemerkt der Kaiser: „[2]ich nicht!" und „[3]lauter Blech!"**) Seine Schlußbemerkung führt dies noch deutlicher aus, wenn er schreibt: „Quatsch! Nein! Man überlasse die Balkanier sich selbst! Die Türken hat ja Wangenheim ohne meine Erlaubnis schon genügend befriedigt!"**) Am selben Tag, den 16. Juli, war ein Telegramm Wangenheims vom 15. Juli ins kaiserliche Hoflager abgesandt worden, in dem dieser meldet, er setze seine Warnungen fort, wenn die Türkei nicht unverzüglich den Vormarsch einstelle!***) Im Sinne obiger Randbemerkungen muß denn auch Treutler dem Auswärtigen Amt mitteilen, daß der Kaiser gar nicht damit einverstanden sei, daß Wangenheim die Türkei von weiterem Vordringen abzuhalten versuche. „Er soll stille sein, bis Seine Majestät das befiehlt!"†)

Hierauf bittet Jagow den Kaiser, daß der Botschafter in Konstantinopel im eigensten Interesse der Türkei dieses warnen dürfe, da die anderen Mächte gleichfalls vorstellig geworden seien!††) Da jedoch Kaiser Wilhelm ohnehin mit der Zersetzung der Türkei rechnet, und es auch für richtiger hält, dem Kampfe seinen Lauf zu lassen, ohne sich dauernd darein zu mischen, kann Treutler dem Staatssekretär nur mitteilen, daß der Kaiser auf sein Telegramm hin sehr ungnädig gewesen sei und keine Warnungen dulden wollte. Doch habe der Kaiser schließlich auf sein wiederholtes Drängen erklärt: „Machen Sie, was Sie wollen, ich übernehme keine Verantwortung."†††) Auf diese Aussage des Kaisers sich berufend, treibt Jagow von da ab seine eigene Politik!

Am 28. Juli 1913 richtet Jagow einen Privatbrief an Wangenheim, in dem er ihn ersucht, die Machthaber in Konstantinopel eindringlichst zur Nachgiebigkeit in der Adrianopelfrage zu ermahnen! Es hieß unter anderem darin, daß das türkische Kabinett nicht darüber in Zweifel gelassen werden dürfe, „daß wir im übrigen mit den Großmächten völlig darüber einig sind, daß der Wille Europas zur Geltung gebracht werden müsse. Die Mittel werden sich mit der Zeit schon finden."§) Am folgenden

*) Schoen an das Auswärtige Amt, 16. Juli 1913, Große Politik, 35, 161 (Nr. 13 527).

**) Schoen an das Auswärtige Amt, a. a. O., Große Politik, 35, 162.

***) Wangenheim an das Auswärtige Amt, 15. Juli 1913, Große Politik, 35, 158 (Nr. 13 521).

†) Treutler z. Z. in Balestrand an das Auswärtige Amt, 17. Juli 1913, Große Politik, 35, 166 (Nr. 13 534).

††) Jagow an Treutler z. Z. in Balestrand, 17. Juli 1913, Große Politik, 35, 172 f. (Nr. 13 545).

†††) Treutler z. Z. in Balestrand an das Auswärtige Amt, 20. Juli 1913, Große Politik, 35, 174 (Nr. 13 546).

§) Anmerkung * : Große Politik, 35, 227.

Tage ersucht er wiederum Wangenheim, sich an der „décision identique" der Mächte zu beteiligen und den Willen der Mächte energisch zum Ausdruck zu bringen; ferner könne auch die Pforte auf eventuelle Verweigerung moralischer und finanzieller Unterstützung hingewiesen werden, falls sie nicht einlenken würde!*)

Auch in Sofia läßt der Staatssekretär in diesem Sinne auf die Regierung einwirken! „Dortige Regierung auf ernste Gefahr einer Fortsetzung des Krieges aufmerksam machen!"**) Desgleichen bittet er in Belgrad und Athen um Einstellung der Feindseligkeiten.***) Zuletzt ergeht am 29. Juli nochmals der Befehl an Griesinger, den Gesandten in Belgrad, die identische Demarche auf Grund der Botschafterreunion auszuführen!†)

Wenngleich der Staatssekretär von Jagow wegen diesen — im übrigen völlig fruchtlosen — Handlungen nicht getadelt werden konnte, so erhalten wir doch den Eindruck, daß er gerne die Gelegenheit benutzt hat, die Randbemerkungen des Kaisers außer acht zu lassen und ihnen den nötigen Einfluß zu entziehen!

*) Jagow an Wangenheim, 29. Juli 1913, Große Politik, 35, 226 f. (Nr. 13 611).
**) Jagow an Below, 19. Juli 1913, Große Politik, 35, 178 (Nr. 13 552).
***) Jagow an Griesinger, 24. Juli 1913, Große Politik, 35, 202 (Nr. 13 580); ferner Anmerkung ** : S. 202, Telegramm Nr. 111 nach Athen.
†) Jagow an Griesinger, 29. Juli 1913, Große Politik, 35, 228 (Nr. 13 612).

Schlußbetrachtung.

Nachdem wir den Einfluß der Randbemerkungen Bismarcks und Kaiser Wilhelms II. auf die auswärtige Politik in den einzelnen Perioden ihrer Amts- beziehungsweise Regierungszeit untersucht haben, mögen die Hauptergebnisse derselben in Kürze hier zusammengefaßt werden.

Im Hinblick auf die Randbemerkungen Bismarcks in den verschiedenen Perioden seiner Amtszeit läßt sich nur wiederholen, daß seine Bemerkungen durchgehends von größter sachlicher Bedeutung für die Behandlung der jeweils vorliegenden politischen Fragen gewesen sind und daß sie sogar großenteils wörtlich in die Erlasse des Auswärtigen Amts aufgenommen wurden.

Auf Grund unserer Untersuchungen über den Einfluß der Randbemerkungen Kaisers Wilhelms II. kommen wir jedoch zu einem etwas anderen Ergebnis! Interessant ist nämlich die Feststellung, daß den Marginalien des Kaisers von Seiten des Auswärtigen Amtes im Anfang seiner Regierungszeit weit mehr Beachtung geschenkt wurde als später. An dem Zustandekommen dieser Tatsache haben eine Reihe von Faktoren mitgewirkt, die im folgenden etwas näher ausgeführt werden sollen.

Den Randbemerkungen zu den Berichten der ersten Regierungsjahre des Kaisers wurde, wie wir gesehen haben, fast durchweg der entsprechende Einfluß auf die auswärtige Politik gewährt. Dies mag einerseits an der Person des Reichskanzlers von Caprivi gelegen haben, sowie an dem Staatssekretär Freiherrn Marschall von Bieberstein, die beide in der Diplomatie noch Neulinge waren; andererseits mag es aber auch daher rühren, daß die unter Bismarckscher Aera gepflogene Behandlung der Randbemerkungen von den Beamten des Auswärtigen Amtes auch weiterhin angewandt wurde, und daß zudem die Einstellung des jungen Kaisers zu einer etwaigen Nichtbefolgung seiner Marginalien noch nicht bekannt war.

In der zweiten Periode, von 1898 bis 1903, können wir schon in mehreren Fällen bemerken, daß die Randbemerkungen des Kaisers nicht beachtet wurden oder zum mindesten die in ihnen enthaltenen Direktiven mit großer Selbständigkeit umgebogen oder abgeschwächt wurden!

In der dritten Periode gar, also in der Zeit der Balkankriege, können wir von einem größeren politischen Einfluß der Randbemerkungen auf die auswärtige Politik überhaupt nicht mehr reden! Dies kommt besonders ausgeprägt unter Kiderlen-Wächter zum Ausdruck, während sein Nachfolger, Staatssekretär von Jagow, ihnen teilweise wieder etwas mehr Beachtung geschenkt hat.

Sicherlich kann es in vielen Fällen, besonders im Hinblick auf eine einheitliche und folgerichtige politische Führung nur lebhaft bedauert werden, daß der Kaiser, dem es — wie ja seine Randbemerkungen zeigen — an politischem Instinkt und natürlichem Scharfsinn nicht gefehlt hat, in manchen entscheidenden Fragen gegen seine bessere Erkenntnis zu handeln gezwungen war.

Quellen- und Literaturangabe.

Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1871—1914. Sammlung der Diplomatischen Akten des Auswärtigen Amtes. Im Auftrage des Auswärtigen Amtes herausgegeben von Johannes Lepsius, Albrecht Mendelssohn Bartholdy, Friedrich Thimme. Deutsche Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin.

*

Erich Brandenburg, Von Bismarck zum Weltkriege. 2. Auflage 1925. Berlin.

Erich Eyck, Die Monarchie Wilhelms II. nach seinen Briefen, seinen Randbemerkungen und den Zeugnissen seiner Freunde. Berlin 1924.

Karl Friedrich Frekſa, Menschliche Rechtfertigung Kaiser Wilhelms II. München 1920.

Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürſt, Denkwürdigkeiten. 2 Bände. Stuttgart und Leibzig 1907.

Ernſt Jäckh, Kiderlen Wächter. Der Staatsmann und Mensch. 2 Bände. Stuttgart 1924.

Georg Karo, Kaiserliche Randbemerkungen in „Deutscher Offizier-Bund" Nr. 34 vom 5. Dezember 1928.

Edgar von Schmidt-Pauli, Der Kaiser. Das wahre Gesicht Kaiser Wilhelms II. Berlin 1928.

Friedrich Stieve, Deutschland und Europa. 1890—1914. Berlin 1927.

Friedrich Thimme, Die Aktenpublikation des Auswärtigen Amtes. Preußische Jahrbücher, Juliheft 1922.

Friedrich Thimme, Rückblick und Ausblick. Archiv für Politik und Geschichte. Januar bis Juli 1924.

Alfred von Tirpitz, Der Aufbau der deutschen Weltmacht. Stuttgart und Berlin 1924.

Alfred von Tirpitz, Erinnerungen. Leipzig 1919.

Adalbert Wahl, Deutsche Geschichte. 1871—1914. Stuttgart 1926/29.

Lebenslauf.

Ich, Erich Thoma, bin am 18. April 1908 als Sohn des Kaufmanns Hermann Thoma in Reutlingen geboren. Nach Absolvierung des Gymnasiums in Reutlingen bis zur vierten Klasse besuchte ich die Oberrealschule daselbst und schloß im Frühjahr 1926 meine Schulbildung mit der Reifeprüfung ab. Im Sommersemester 1926 ließ ich mich an der Universität Tübingen immatrikulieren und entschloß mich in der Wahl meiner Fächer für Geschichte, Deutsch und Englisch. Außer einem dreimonatlichen Studienaufenthalt in England verbrachte ich meine Studienzeit in Tübingen.

Buch- und Notendruck
Chr. Killinger
Reutlingen